



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Bruttoinlandsprodukt 2015

Landtagswahl 2016

Unternehmen der öffentlichen Hand

Zensus 2021



Fotonachweis

Titelfoto: BASF SE

Das Wirtschaftswachstum hat 2015 weiter an Dynamik gewonnen. Preisbereinigt ist das Bruttoinlandsprodukt 2015 um 1,4 Prozent gestiegen. In jeweiligen Preisen erreichte das Bruttoinlandsprodukt einen Wert von 132 Milliarden Euro (+3,4 Prozent gegenüber 2014).

Beilagen: Faltblätter „Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz“ und „Erwerbstätigenrechnung“

04 | 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE

69. Jahrgang

kurz + aktuell	281
Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungsbau ■ Außenhandel Erwerbstätigkeit ■ Arbeitsvolumen ■ Gewerbeanzeigen Insolvenzen ■ Dienstleistungen ■ Handwerk ■ Landwirt- schaft ■ Bevölkerung ■ Einkommen ■ Bildung ■ Umwelt Verkehr ■ Finanzen	
Aus der amtlichen Statistik	301
Verbraucherpreise	302
Rheinland-Pfalz in Karten: Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2016 nach Verwaltungsbezirken	303
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2015 – Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,4 Prozent	304
Landtagswahl 2016: Aggregatdatenanalyse – Der Einfluss sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale auf die Wahlbeteiligung und die Landesstimmenanteile	314
Unternehmen der öffentlichen Hand – Erfassung in der amtlichen Statistik	324
Zensus 2021 – Aktueller Planungsstand	332
Daten zur Konjunktur	338
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	371
Neuerscheinungen	387

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Januar 2016 leicht rückläufig

Im Januar 2016 ist die rheinland-pfälzische Industrieproduktion leicht gesunken. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, war 0,7 Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat legte der Index 0,9 Prozent zu.

Zwei der drei umsatzstärksten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten im Januar ihren Güterausstoß. Der Output der Chemischen Industrie, der größten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, lag 0,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein Minus von acht Prozent. Im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweitgrößten Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes, stieg der Güterausstoß im Januar um 1,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ein Zuwachs von 8,5 Prozent zu verzeichnen. Lediglich der Maschinenbau drosselte im Januar seine Produktion (-0,9 Prozent). Trotzdem war der Output 0,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im Januar 2016

Im Januar 2016 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex war um 1,8 Prozent höher als im Vormonat. Sowohl aus dem Inland als auch aus

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe/Branche	Jan. 2016	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dez. 2015	Jan. 2015
Entwicklung der Produktion		
Industrie	-0,7 % ↓	0,9 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,6 % ↗	-2,6 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-0,2 % ↓	4,7 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-3,9 % ↓	4,6 % ↑
Chemie	0,4 % ↗	-8,0 % ↓
Fahrzeugbau	... ↗	8,5 % ↑
Maschinenbau	-0,9 % ↓	3,1 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	1,8 % ↗	7,0 % ↑
Inland	1,4 % ↗	4,8 % ↑
Ausland	2,1 % ↑	8,7 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	4,4 % ↑	-3,6 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-1,5 % ↓	4,0 % ↑
Konsumgüterproduzenten	5,6 % ↑	80,0 % ↑
Chemie	6,6 % ↑	-7,3 % ↓
Fahrzeugbau	-4,8 % ↓	-7,8 % ↓
Maschinenbau	1,1 % ↗	17,1 % ↑

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

dem Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Dezember 2015 (+1,4 bzw. +2,1 Prozent). Gegenüber Januar 2015 ergab sich ein Zuwachs von sieben Prozent. Damit lagen die Auftragseingänge zum zwölften Mal in Folge über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Das Ordervolumen aus dem Inland erhöhte sich um 4,8 Prozent und die Nachfrage aus dem Ausland um 8,7 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich die bereinigten Auftragseingänge unterschiedlich. In der Chemischen Industrie stiegen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat um 6,6 Prozent. Trotzdem lagen sie um 7,3 Prozent unter dem Stand von Januar 2015. Im Fahrzeugbau gingen weniger Aufträge ein als im Dezember (-4,8 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



fiel das Ordervolumen um 7,8 Prozent geringer aus. Im Maschinenbau waren die Auftragseingänge etwas höher als im Monat zuvor (+1,1 Prozent). Gegenüber Januar 2015 war ein kräftiger Zuwachs von 17 Prozent zu verzeichnen. Die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie ist weiterhin durch einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Branche geprägt. Daher lagen die Bestellungen um 80 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats; gegenüber dem Vormonat erhöhte sich die Nachfrage um 5,6 Prozent.

Industrieumsätze im Januar niedriger als im Vorjahresmonat – Zuwachs bei den Beschäftigten

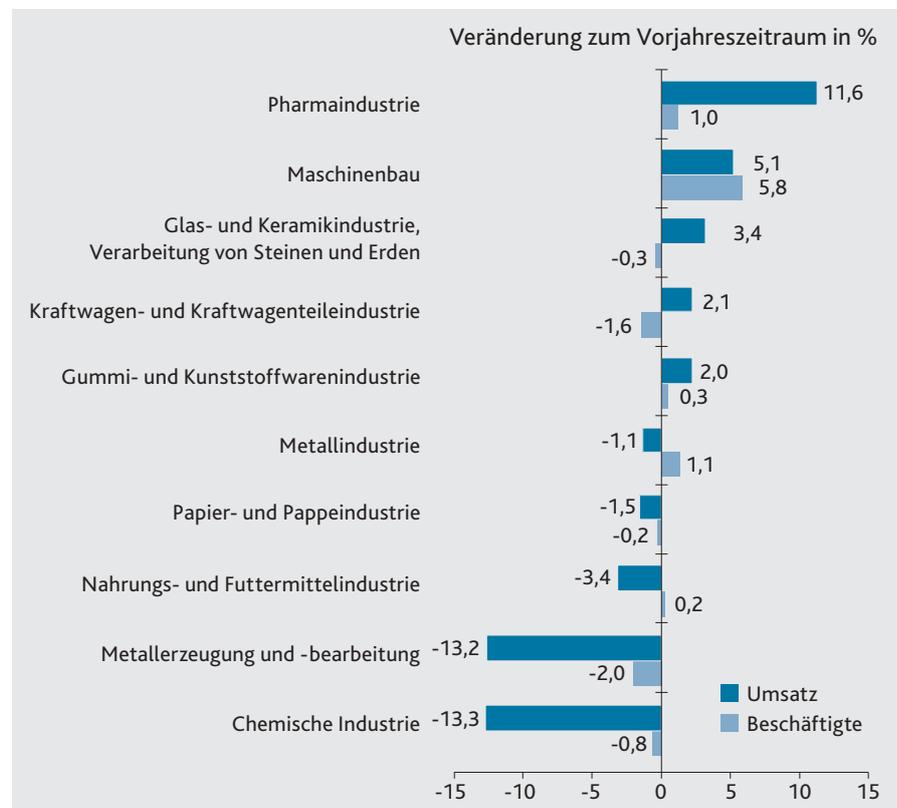
Die rheinland-pfälzische Industrie ist mit einem Umsatzrückgang in das Jahr 2016 gestartet. Die Industrieunternehmen erwirtschafteten im Januar Erlöse in Höhe von 6,4 Milliarden Euro, das waren 3,9 Prozent weniger als im ersten Monat des Vorjahres (Deutschland: -2,8 Prozent). Die Umsatzeinbußen sind insbesondere auf die schwache Entwicklung des Auslandsgeschäfts zurückzuführen; die Auslandsumsätze lagen 5,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats (Deutschland: -3 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz, lag mit 56,7 Prozent (Deutschland: 49,3 Prozent) um 0,9 Prozentpunkte niedriger als im Januar 2015. Die Inlandsumsätze gingen ebenfalls zurück; sie fielen um 1,7 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor (Deutschland: -2,7 Prozent).

Im Januar 2016 waren in der Industrie rund 252 300 Beschäftigte tätig, das waren 1 800 bzw. 0,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +1 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich auf 31,9 Millionen Arbeitsstunden, was einen Rückgang um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet (Deutschland: 669,9 Millionen Stunden; -1,6 Prozent).

Fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen verbuchten Umsatzsteigerungen. Einen besonders starken Zuwachs gab es mit +12 Prozent in der pharmazeutischen Industrie. Der Grund dafür ist die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts; im Inland waren die Erlöse der Pharmabranche

rückläufig. An zweiter Stelle folgte der Maschinenbau, dessen Umsätze um 5,1 Prozent zulegten. Auch hier lief das Exportgeschäft besser als der Absatz im Inland, der ein leichtes Plus aufwies. Die chemische Industrie, die mit Abstand umsatzstärkste Branche der rheinland-pfälzischen Industrie, musste hingegen starke Einbußen hinnehmen. Die Erlöse fielen im Januar 2016 um 13 Prozent geringer aus als im Vorjahresmonat. Im In- und Ausland setzte die Chemische Industrie weniger um, wobei das Minus im Exportbereich wesentlich stärker war als im Inlandsgeschäft. Im Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ schrumpften die Erlöse ebenfalls um 13 Prozent.

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2016 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich in den wichtigsten Branchen uneinheitlich. In fünf der zehn Branchen war die Beschäftigtenzahl höher als ein Jahr zuvor. Im Maschinenbau lag die Beschäftigung mit +5,8 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. In der Herstellung von Metallerezeugnissen und im Pharmabereich gab es Zuwächse von 1,1 bzw. einem Prozent. Im Bereich „Metallerzeugung und Bearbeitung“ sind die Beschäftigtenzahlen am stärksten zurückgegangen (-2 Prozent).

Weniger Aufträge, aber höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar 2016

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2016 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum Dezember 2015 – kalender- und saisonbereinigt – um 2,8 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich leicht um 0,5 Prozent. Gegenüber Januar 2015 stieg das Ordervolumen um 19 Prozent, der Umsatz blieb im Vergleich zum Vorjahresergebnis unverändert.

Gegenüber Dezember 2015 verringerte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um zwölf Prozent. Im Tiefbau zog das Ordervolumen um sieben Prozent an. Kräftige Einbußen errechneten sich für den öffentlichen Hochbau (-25 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau zeigte sich dagegen eine sehr positive Entwicklung der bereinigten Auftragseingänge (+39 Pro-

Indikator	Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz			
	Jan. 2016		Veränderung des Wertes ¹ zu	
	Dez. 2015		Jan. 2015	
Auftragseingang	-2,8 %	↓	19,0 %	↑
Hochbau insgesamt	-11,9 %	↓	9,0 %	↑
Wohnungsbau	3,2 %	↑	-2,1 %	↓
gewerblicher Hochbau	-10,3 %	↓	15,2 %	↑
öffentlicher Hochbau	-25,1 %	↓	5,5 %	↑
Tiefbau insgesamt	7,0 %	↑	28,2 %	↑
gewerblicher Tiefbau	-8,9 %	↓	-7,5 %	↓
öffentlicher Tiefbau	39,1 %	↑	63,0 %	↑
Straßenbau	4,4 %	↑	28,1 %	↑
Baugewerblicher Umsatz	0,5 %	↔	0 %	↔
Hochbau insgesamt	2,2 %	↑	-2,2 %	↓
Wohnungsbau	-1,8 %	↓	6,4 %	↑
gewerblicher Hochbau	1,3 %	↔	-9,7 %	↓
öffentlicher Hochbau	11,5 %	↑	5,8 %	↑
Tiefbau insgesamt	-3,3 %	↓	0,9 %	↔
gewerblicher Tiefbau	-3,7 %	↓	2,4 %	↑
öffentlicher Tiefbau	-5,4 %	↓	-10,4 %	↓
Straßenbau	2,4 %	↑	7,2 %	↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

zent). Im Vergleich zum Januar 2015 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutliche Auftragszuwächse registriert (+28 bzw. +9 Prozent).

Gegenüber Dezember 2015 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 2,2 Prozent. Im Tiefbau gab es dagegen ein Umsatzminus von 3,3 Prozent. Insbesondere der öffentliche Hochbau konnte zum Jahresbeginn deutlich zulegen (+11,5 Prozent). Demgegenüber blieben vor allem im öffentlichen sowie im gewerblichen Tiefbau die Erlöse hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-5,4 bzw. -3,7 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2015 verringerte sich der baugewerbliche Umsatz im Hochbau um 2,2 Prozent. Im Tiefbau erhöhten sich die Erlöse leicht um 0,9 Prozent.

Bautätigkeit steigt wieder – Landesweit fast 31 neue Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner

In Rheinland-Pfalz wurden 2015 deutlich mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt als im Vorjahr. Die Zahl stieg um 9,7 Prozent auf 12 300. Der größte Anstieg war bei Zweifamilienhäusern zu verzeichnen. Mit insgesamt 1 460 Wohnungen waren dies 24 Prozent mehr als im Jahr 2014 (1 170 Wohnungen). Die Zahl neuer Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stieg um 14 Prozent auf 5 650. Insgesamt wurden 5 190 Einfamilienhäuser genehmigt und damit knapp zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von etwas mehr

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2005–2015 nach Anzahl der Wohnungen



als 2,3 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Zunahme von 13 Prozent gegenüber 2014 entspricht.

Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 30,7 genehmigte Wohnungen. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Landkreise Mainz-Bingen (49,7), Trier-Saarburg (48,1) und Rhein-Pfalz-Kreis (44). Der geringste Wert ergab sich für den Landkreis Birkenfeld mit 9,6 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Unter den kreisfreien Städten hatten Trier mit 61,2 und Landau in der Pfalz mit 55,1 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war die Nachfrage nach neuen Wohnungen in Pirmasens (8,9).

Exporte erreichen 2015 neues Rekordniveau – Importe legen ebenfalls zu

Die rheinland-pfälzischen Exporte erreichten 2015 ein neues Rekordniveau. Nach vorläufigen Berechnun-

gen wurden Waren im Wert von 51,2 Milliarden Euro exportiert. Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2014 wurde um 3,1 Milliarden Euro bzw. 6,5 Prozent übertroffen (Deutschland: +6,4 Prozent).

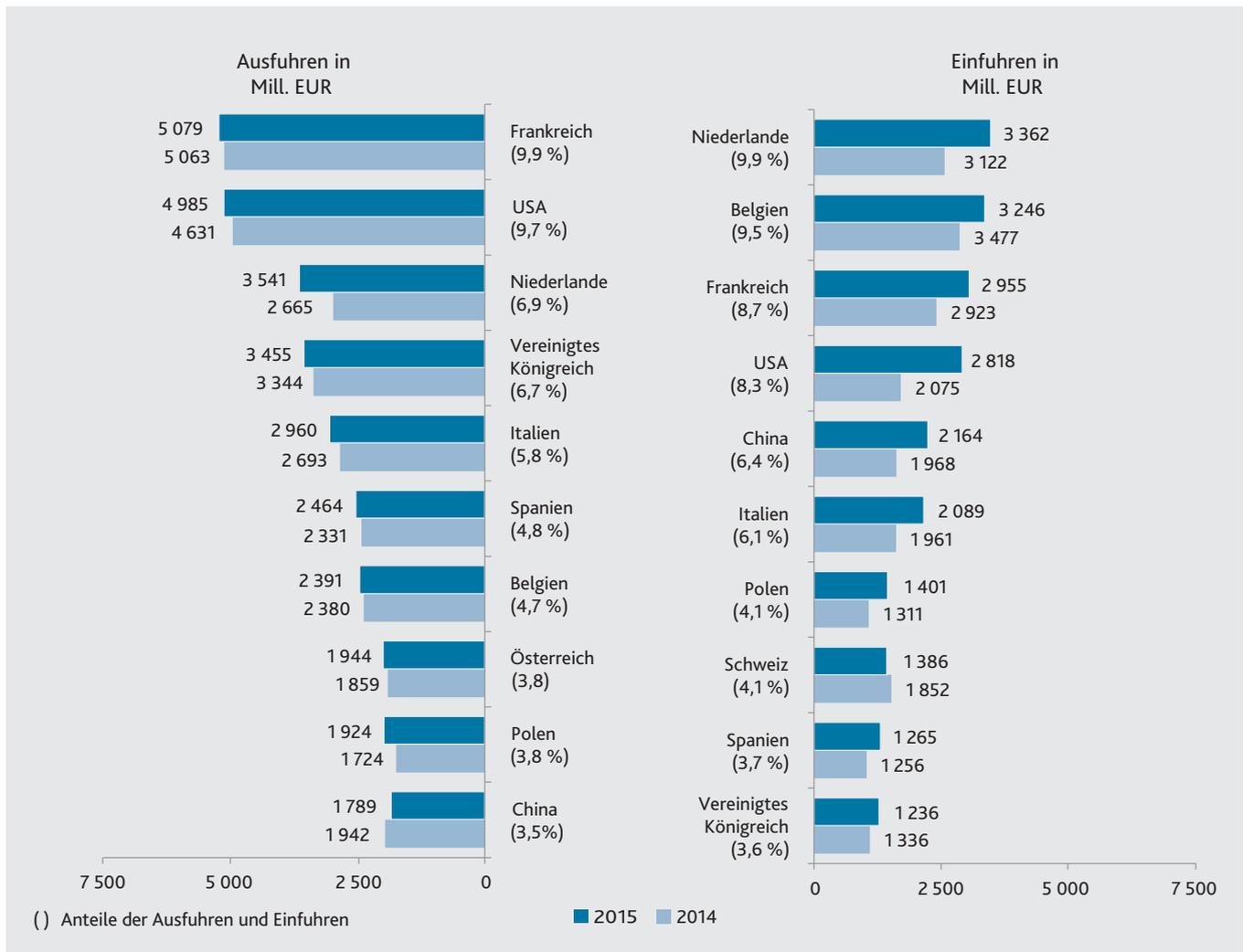
Ein großer Teil der Ausfuhren – 2015 waren es rund 61 Prozent – gingen in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Exporte in EU-Länder stiegen um 8,4 Prozent auf 31,2 Milliarden Euro. Davon entfielen 21,3 Milliarden auf die Länder der Eurozone (+7,9 Prozent). Der wichtigste Handelspartner im Exportbereich war Frankreich mit einem Anteil von 9,9 Prozent an allen rheinland-pfälzischen Ausfuhren. In das Nachbarland wurden Waren im Wert von 5,1 Milliarden Euro geliefert, was einen geringen Zuwachs um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Knapp dahinter auf Rang zwei lagen die USA mit einem Ausfuhranteil von 9,7 Prozent bzw. einem Exportwert von fünf Milliarden Euro. Die Lieferungen in die USA erhöhten sich um 7,7 Prozent.

In den für den rheinland-pfälzischen Export bedeutenden Branchen verlief das Auslandsgeschäft unterschiedlich. Das wichtigste Exportgut sind chemische Erzeugnisse; im Jahr 2015 machte diese Gütergruppe 22 Prozent der Ausfuhren aus. Ihr Exportwert blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die übrigen exportstarken Branchen konnten hingegen ihren Auslandsabsatz steigern. Einen besonders deutlichen Zuwachs verbuchten die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse, deren Ausfuhr um 22 Prozent zunahm.

Bei den Importen wurde ebenfalls ein neues Rekordergebnis erzielt. Der Wert der eingeführten Waren belief sich auf 34,1 Milliarden Euro, das waren 2,1 Milliarden Euro bzw. 6,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +4,2 Prozent).

Zwei Drittel der Einfuhren gelangten aus EU-Ländern nach Rheinland-Pfalz; es wurden Waren im Wert von 22,4 Milliarden Euro importiert (+7,9 Prozent). Davon stammten Waren im Wert von 17 Milliarden aus der Eurozone. Nach einer Stagnation im Vorjahr stiegen die Importe aus den Euroländern 2015 kräftig um 9,3 Prozent. Aus EU-Ländern außerhalb der Eurozone kamen Waren im Wert von 5,4 Milliarden Euro ins Land (+3,8 Prozent). Stark zurückgegangen sind die Lieferungen aus europäischen Ländern außerhalb der EU. Der Wert der importierten Waren lag nur noch bei 2,6 Milliarden Euro, was einen Rückgang von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Der Anteil dieser

Die zehn wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner 2014 und 2015



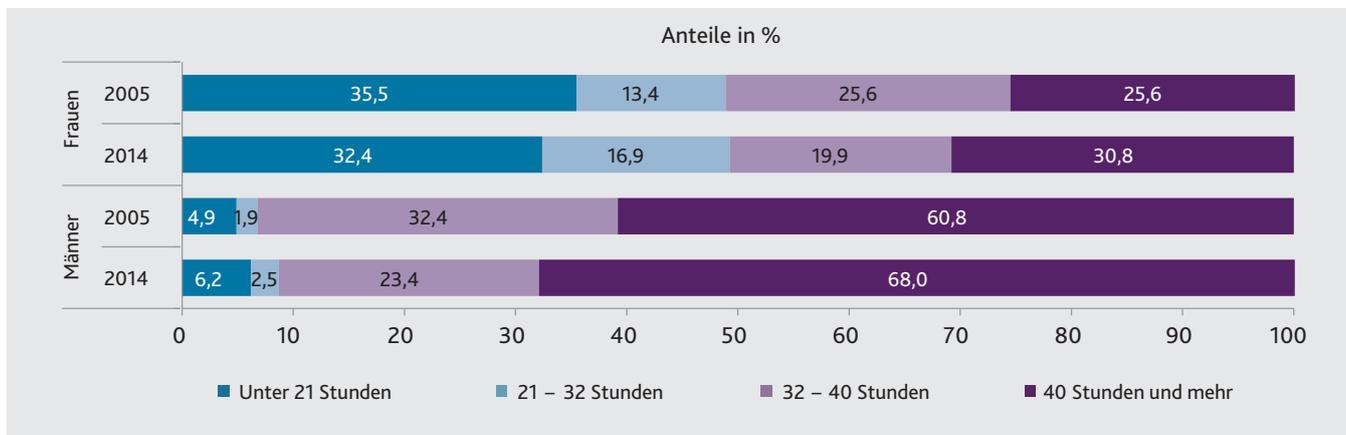
Länder an den Importen schrumpfte auf 7,7 Prozent. Aus Asien wurden Waren im Wert von 4,8 Milliarden Euro eingeführt (+4,7 Prozent; Importanteil: 14 Prozent). Lieferungen aus Amerika trugen elf Prozent zu den Einfuhren bei (3,7 Milliarden Euro; Importanteil: +27 Prozent). Waren aus Afrika sowie aus Australien und Ozeanien machten zusammen nur 1,6 Prozent der Importe aus. Die wichtigsten Handelspartner waren die Niederlande, Belgien und Frankreich.

Erwerbsbeteiligung und durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen 2014 gestiegen

Im Jahr 2014 lebten in Rheinland-Pfalz rund 1,3 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Der Anteil derer, die nach eigenen Angaben ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit bestritten, ist seit 2005 um 9,2 Prozentpunkte auf rund 60 Prozent gestiegen (Männer: +4,2

Prozentpunkte). Zugleich sank der Anteil der Frauen im erwerbsfähigen Alter, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften Angehöriger, beispielsweise einem alleinverdienenden Ehemann, bestritten, um 9,5 Prozentpunkte (Männer: -1,5 Prozentpunkte). Die Anteile anderer Einkommensarten wie etwa Renten, Stipendien oder Arbeitslosengeld haben sich dagegen vergleichsweise wenig verändert.

Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter 2005 und 2014 nach normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit



Ursächlich hierfür ist unter anderem die insgesamt höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie eine durchschnittlich höhere Wochenarbeitszeit. So stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter im Vergleichszeitraum um 9,6 Prozentpunkte auf fast 69 Prozent (Männer: +5,1 Prozentpunkte), während der Anteil der erwerbslosen Frauen in der genannten Altersgruppe um 3,4 Prozentpunkte zurückging (Männer: –3,8 Prozentpunkte). Zugleich sank der Anteil der Frauen, die normalerweise 20 Wochenstunden oder weniger arbeiteten, um 3,1 Prozentpunkte auf 32 Prozent. Der Anteil derer, die normalerweise eine Arbeitszeit von 21 bis 39 Wochenstunden leisteten, sank ebenfalls und zwar um 2,1 Prozentpunkte auf 37 Prozent. Dagegen ist der Anteil der Frauen, die normalerweise 40 oder mehr Stunden pro Woche arbeiteten, um 5,2 Prozentpunkte auf 31 Prozent gestiegen.

Arbeitsvolumen erreicht 2015 neuen Höchststand – Pro-Kopf- Stundenzahl unverändert

Im Jahr 2015 leisteten die gut 1,98 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz rund 2,66 Milliarden Arbeitsstunden. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren dies 0,7 Prozent bzw. 17,8 Millionen Stunden mehr als 2014. Damit wurde – wie bei der Zahl der Erwerbstätigen – ein neuer Höchststand erreicht. Im Bundesdurchschnitt war mit +1,1 Prozent ein etwas stärkerer Anstieg des Arbeitsvolumens als in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Dabei betrug der Zuwachs in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,2 Prozent; in den neuen Bundesländern nahm die Zahl der Arbeitsstunden dagegen nur um 0,4 Prozent zu.

Durchschnittlich leistete 2015 jede bzw. jeder Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz 1341 Arbeitsstunden und damit genauso viele wie im Vorjahr.

Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit 1990 Stunden deutlich mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1268 Stunden). Bundesweit stieg das Arbeitsvolumen je Erwerbstätige bzw. je Erwerbstätigen um fünf Stunden bzw. 0,3 Prozent auf 1371 Stunden. Während die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 1359 Stunden (+4 Stunden bzw. +0,3 Prozent) betrug, waren es in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 1436 Stunden (+9 Stunden bzw. +0,6 Prozent). Bei der Darstellung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit ist zu beachten, dass es sich hierbei nicht um die durchschnittliche jährliche Stundenzahl einer bzw. eines Vollzeitbeschäftigten handelt. Bei der Ermittlung der Arbeitsstunden fließen beispielsweise auch die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit in die Berechnungen ein. Bei der rechnerisch ermittelten Arbeitszeit je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen

werden die marginal Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten auf. Auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich zum Teil das vergleichsweise geringe Arbeitsvolumen pro Kopf in Rheinland-Pfalz.

Die durchschnittliche Arbeitszeit ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1550 Stunden (Deutschland: 1635 Stunden) aufgrund des großen Selbstständiganteils am höchsten. Das waren allerdings 16 Stunden bzw. ein Prozent weniger als 2014.

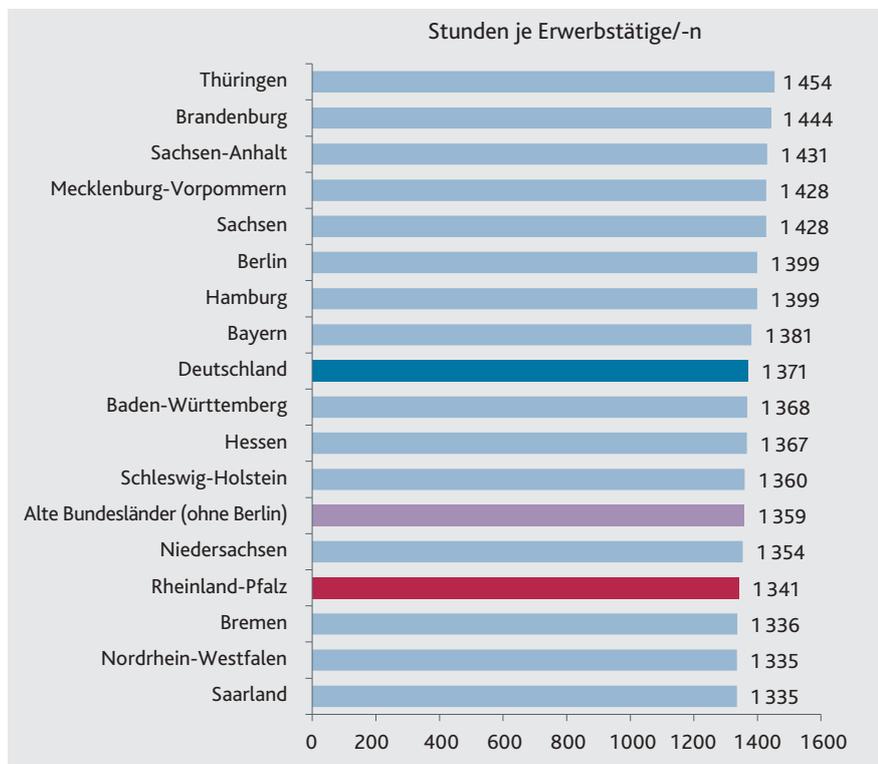
Im Produzierenden Gewerbe wurden von jedem Erwerbstätigen durchschnittlich 1482 Stunden geleistet (Deutschland: 1500 Stunden). Dabei liegt das Baugewerbe mit 1592 Stunden (Deutschland: 1619 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1448 Stunden (Deutschland: 1465 Stunden). Auch im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2014 nahm das Arbeitsvolumen je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen im Baugewerbe um 20 Stunden bzw. 1,2 Prozent ab, während es sich im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe um sechs Stunden bzw. 0,4 Prozent erhöhte.

Im Durchschnitt werden von den Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor deutlich weniger Stunden erbracht. Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden durchschnittlich 1343 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1348 Stunden). Dies bedeutet einen Rückgang um vier Stunden bzw. 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ arbeiteten 1324 Stunden (Deutschland: 1363 Stunden). Auch dieser Bereich verzeichnete einen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (-3 Stunden bzw. -0,2 Prozent). Lediglich im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ stieg die Pro-Kopf-Arbeitszeit (+4 Stunden bzw. +0,3 Prozent). Mit 1229 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit in diesem Wirtschaftsbereich dennoch mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1276 Stunden). Die niedrigeren Werte für den Dienstleistungssektor sind u. a. auf den höheren Anteil von Teilzeit- und marginal Beschäftigten zurückzuführen. Insbesondere im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ ist die hohe Teilzeitquote mit für das relativ geringe Arbeitsvolumen je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen verantwortlich.

Leichter Anstieg bei Betriebsgründungen im Jahr 2015

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2015 insgesamt 35 000 Gewerbe angemeldet und damit fast genauso

Arbeitsvolumen 2015 nach Ländern



viele wie im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen hielt sich gegenüber dem Vorjahr fast die Waage.

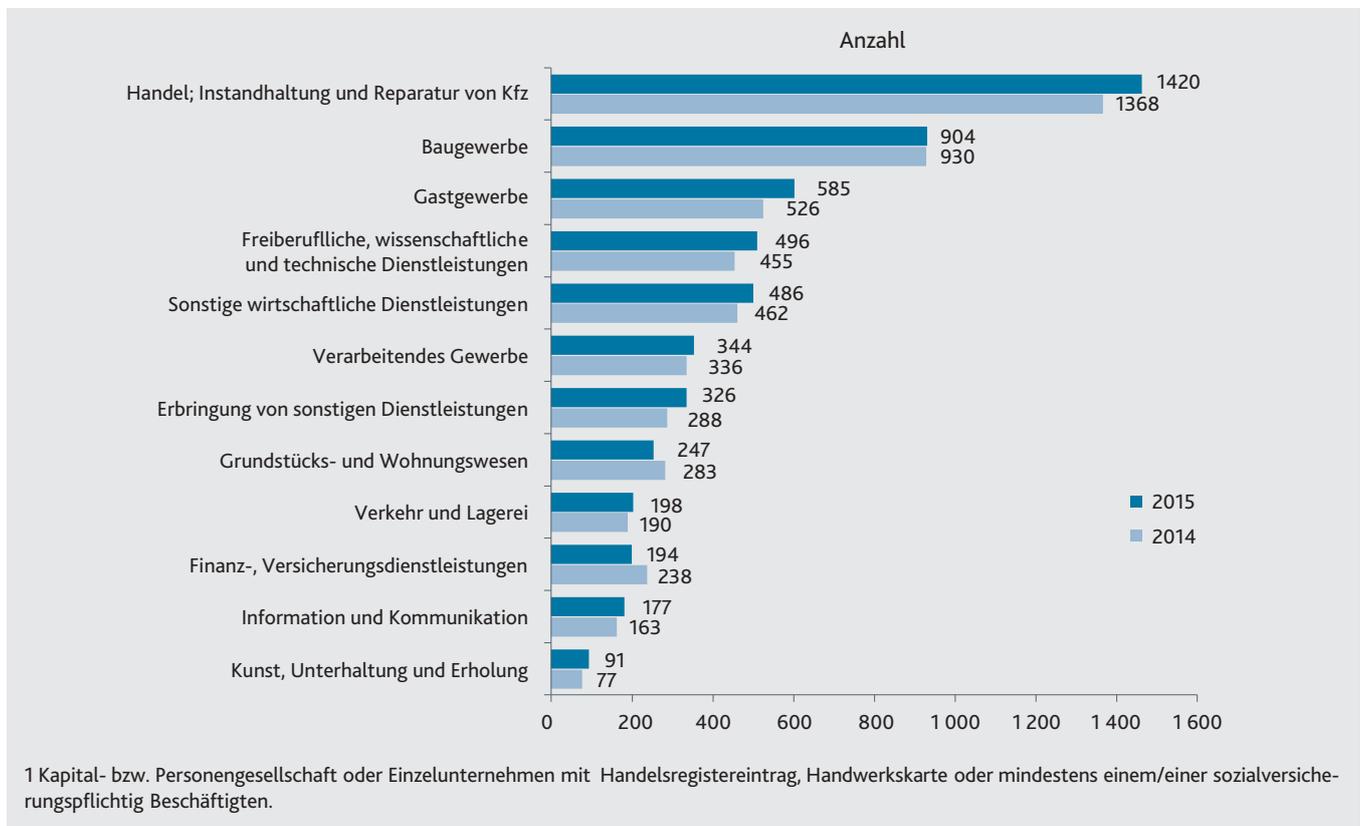
Im Jahr 2015 wurden 5 700 sogenannte Betriebsgründungen getätigt. Dies waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. Beschäftigten haben. Bei den Betriebsgründungen kann eine grö-

ßere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden als bei den sonstigen Neugründungen. Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 25 Prozent nach wie vor der Wirtschaftszweig „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 16 Prozent der Wirtschaftszweig „Baugewerbe“. Unter den kreisfreien Städten erreichte Kaiserslautern mit 30,1 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchste, Trier mit 14,4 die niedrigste Quote. Bei den Landkreisen nahm der Kreis Vulkaneifel mit einer Quote von 18,4 Betriebsgründungen je 10 000

Einwohnerinnen und Einwohner die Spitzenposition ein. Der geringste Wert errechnete sich für die Landkreise Altenkirchen, Kusel und Südwestpfalz mit jeweils 8,7.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2015 insgesamt 22 800 sogenannte sonstige Neugründungen. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Zahl um rund ein Prozent. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Unter den

Betriebsgründungen¹ 2014 und 2015 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



sonstigen Neugründungen waren 12 700 Gründungen im Nebenerwerb, 4,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Insgesamt wurden 34 600 Gewerbe abgemeldet. Dies entsprach fast genau den Abmeldungen des Vorjahres (34 500). Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – stieg leicht um 1,5 Prozent auf 5 000. Die sonstigen Stilllegungen lagen mit 23 700 ebenfalls nur knapp über dem Wert des Jahres 2014.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2015

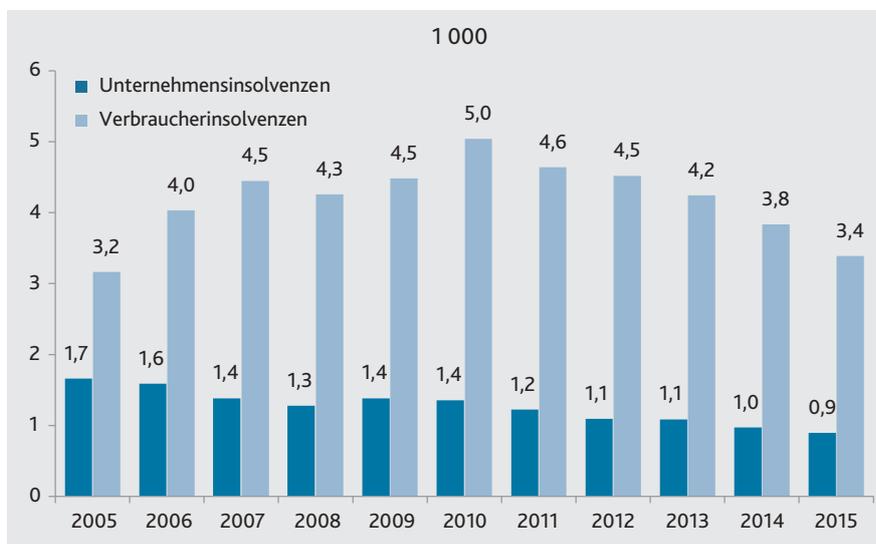
Die Zahl der Insolvenzen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im Jahr 2015 stellten knapp 900 Unternehmen einen Insolvenzantrag. Dies waren 7,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging deutlich um zwölf Prozent auf 3 400 Fälle zurück.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten lag mit 4 100 um 8,8 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Summe der von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen erreichte 613 Millionen Euro und war um 0,6 Prozent niedriger als 2014. Damit hatte jedes im vergangenen Jahr insolvent gewordene Unternehmen durchschnittlich 685 900 Euro Schulden (2014: 635 500 Euro).

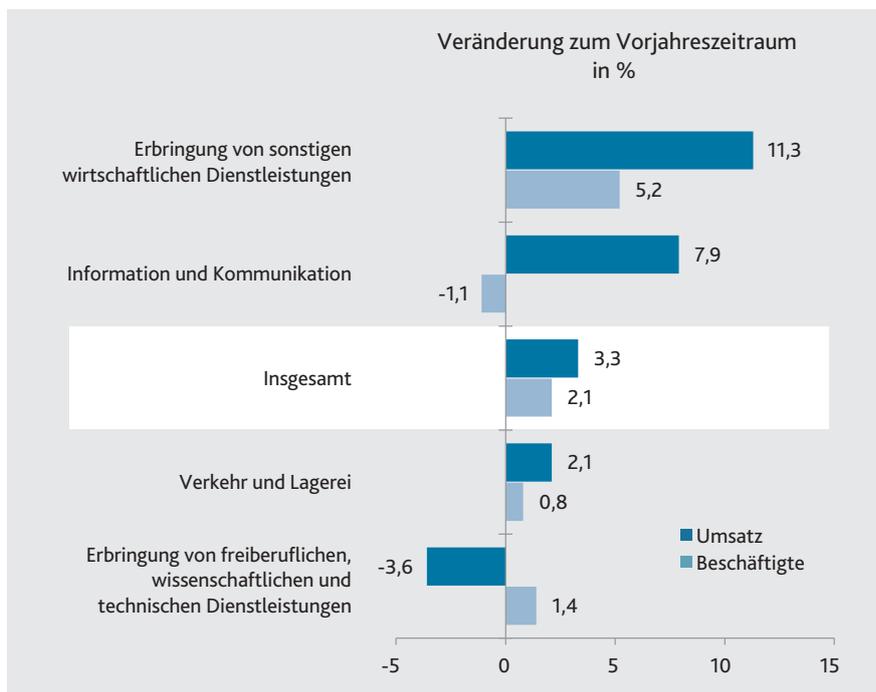
Umsatzplus bei unternehmensnahen Dienstleistungen – Beschäftigtenzahl steigt ebenfalls

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsunternehmen, die überwiegend

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2005–2015



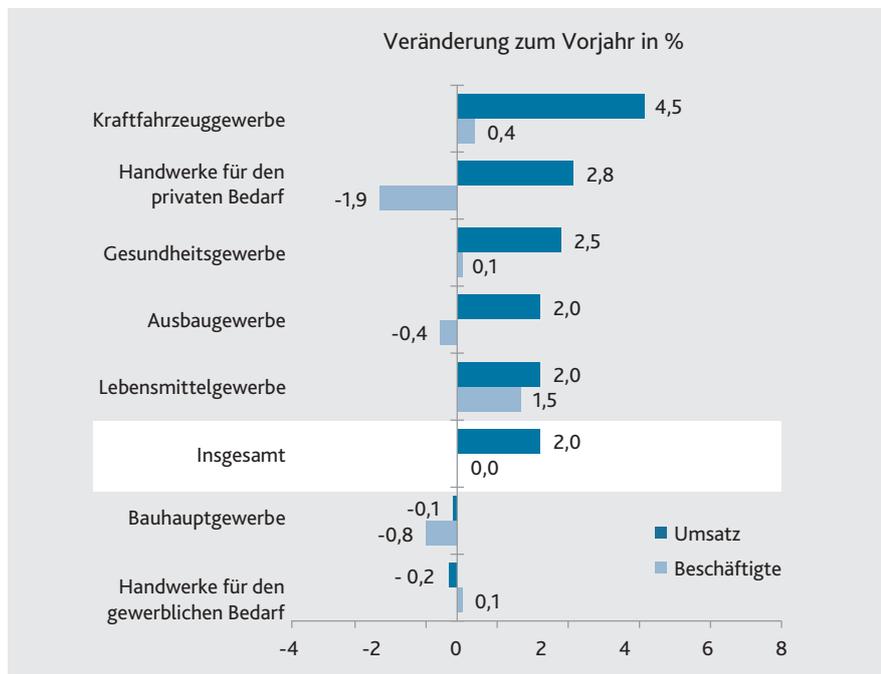
Umsätze und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2015



unternehmensnahen Service anbieten, erwirtschafteten 2015 höhere Umsätze als im Vorjahr. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in allen vier Quartalen über dem

Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums. In den Monaten Oktober bis Dezember 2015 waren die Umsätze um 3,3 Prozent höher als im vierten Quartal 2014 (Deutschland: +2,9

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2015 nach Gewerbegruppen



Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg ebenfalls; es war ein Zuwachs von 2,1 Prozent gegenüber dem letzten Vorjahresquartal zu verzeichnen (Deutschland: +3,4 Prozent).

Drei der vier Dienstleistungsbereiche verbuchten Umsatzsteigerungen gegenüber dem vierten Quartal 2014. Besonders kräftig fiel die Zunahme im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ aus (+11 Prozent); hierzu zählen z. B. die Vermittlung von Arbeitskräften sowie Hausmeister- und Reinigungsdienste. Auch im Wirtschaftszweig „Information und Kommunikation“ legten die Erlöse deutlich zu (+7,9 Prozent). Lediglich im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ – dazu gehören Architektur- und Ingenieur-

büros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen – lagen die Erlöse im vierten Quartal 2015 unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (-3,6 Prozent).

Zur insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung trug vor allem die „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ bei; dort war die Beschäftigtenzahl im vierten Quartal 2015 um 5,2 Prozent höher als im letzten Quartal des Vorjahres. In den Bereichen „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ sowie „Verkehr und Lagerei“ lag die Beschäftigung ebenfalls über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+1,4 bzw. +0,8 Prozent). Lediglich im Wirtschaftszweig „Information und Kommunikation“ war ein Beschäf-

tigungsrückgang zu verzeichnen (-1,1 Prozent).

Zulassungspflichtiges Handwerk 2015 mit Umsatzplus

Die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind 2015 gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Erlöse um zwei Prozent über dem Niveau von 2014. Von den sieben Gewerbebranchen verzeichneten fünf Umsatzzuwächse. Die größte Erlössteigerung gab es im Kraftfahrzeuggewerbe (+4,5 Prozent). Lediglich die Handwerke für den gewerblichen Bedarf das Bauhauptgewerbe mussten geringe Umsatzeinbußen hinnehmen (-0,2 bzw. -0,1 Prozent).

Die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk blieb gegenüber 2014 insgesamt unverändert. In vier der sieben Gewerbebranchen war die Beschäftigtenzahl höher als im Vorjahr. Mit +1,5 Prozent fiel der Zuwachs im Lebensmittelgewerbe am größten aus. Den stärksten Beschäftigtenrückgang verzeichneten die Handwerke für den privaten Bedarf (-1,9 Prozent).

In Deutschland erwirtschaftete das zulassungspflichtige Handwerk 2015 eine Umsatzsteigerung von 2,1 Prozent, während die Beschäftigtenzahl um 0,4 Prozent abnahm.

Eierzeugung auf 189 Millionen Stück ausgeweitet

Im Jahr 2015 legten die rheinland-pfälzischen Legehennen in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungs-

plätzen knapp 518 000 Eier pro Tag. Würde jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeder Rheinland-Pfäler an Ostern ein Ei aus heimischer Produktion essen wollen, könnten dies nur rund 13 Prozent der Bürgerinnen und Bürger des Landes tun. Die Übrigen müssten auf Eier aus anderen Bundesländern oder dem Ausland zurückgreifen.

Im längerfristigen Vergleich ist seit dem Jahr 2010 ein Trend zur Ausweitung der Produktion zu beobachten. Gegenüber dem Jahr 2014 stieg die Produktion um über vier Prozent auf 189 Millionen Stück. Gegenüber dem Jahr 2009, als die geringste Produktionsmenge registriert wurde, beträgt der Anstieg über 80 Prozent. Seinerzeit trat das Verbot der konventionellen Käfighaltung in Kraft. Vor diesem Hintergrund hat sich zwischenzeitlich die Bodenhaltung als dominierende Haltungform etabliert. Über 92 Pro-

zent der Eierproduktion stammen aus dieser Haltungform.

Zahl der Single- und Zweipersonenhaushalte wächst weiter

Im Jahr 2014 lebten in den 1,9 Millionen rheinland-pfälzischen Privathaushalten rund vier Millionen Menschen. Die Zahl der Privathaushalte im Land ist damit seit 2005 um 1,6 Prozent gestiegen, während die Zahl der Haushaltsmitglieder um 2,2 Prozent zurückging. Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag 2014 bei 2,1 Personen. Im Jahr 2005 hatte der Wert noch bei 2,2 Personen gelegen.

Die Entwicklung ist zum einen auf die zunehmende Zahl von sogenannten Singlehaushalten zurückzuführen. Ihr Anteil an allen Privathaushalten stieg seit 2005 um 1,2 Prozentpunkte auf 36,7 Prozent im Jahr 2014. Zum anderen ist die Strukturveränderung der Mehrpersonenhaushalte bedeutsam.

So stieg der Anteil der Zweipersonenhaushalte im Vergleichszeitraum um 2,3 Prozentpunkte auf 35,8 Prozent, während der Anteil der Haushalte mit drei oder mehr Haushaltsmitgliedern auf 27,6 Prozent zurückging (-3,5 Prozentpunkte).

Diese Strukturveränderungen wirkten sich auch auf die Zahl der jeweiligen Haushaltsmitglieder aus. Lebten im Jahr 2005 insgesamt noch 2,153 Millionen Menschen in Haushalten mit drei oder mehr Mitgliedern, so waren es im Jahr 2014 noch 1,925 Millionen (-4,5 Prozentpunkte). Mit einem Minus von 2,8 Prozentpunkten fiel der Rückgang bei den Vierpersonenhaushalten am stärksten aus.

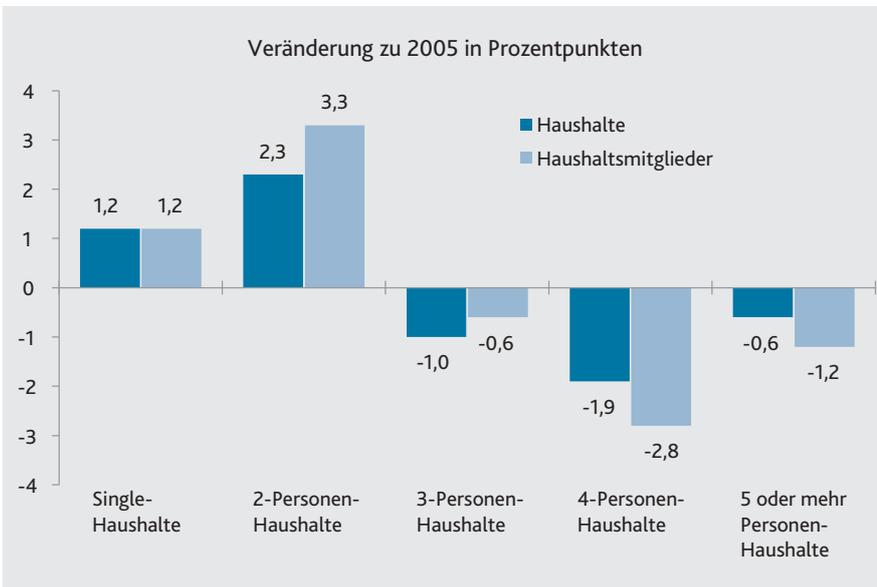
Schnellschätzung: Im Jahr 2015 netto rund 55 000 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Ausland

Im Jahr 2015 wanderten in Rheinland-Pfalz schätzungsweise rund 92 000 Ausländerinnen und Ausländer über die Bundesgrenze zu. Dies sind 23 Zuwanderinnen und Zuwanderer je 1 000 der zur Jahresmitte ansässigen Bevölkerung. Rund 37 000 ausländische Personen, das sind neun je 1 000 der Bevölkerung, zogen ins Ausland fort. Damit ließen sich im Saldo rund 55 000 ausländische Personen mehr in den rheinland-pfälzischen Gemeinden nieder, als im Laufe des Jahres in das Ausland abwanderten (14 je 1 000 der Bevölkerung). Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern über die Bundesgrenzen um 55 Prozent. Die Zahl der Fortzüge nahm dagegen um lediglich 19 Prozent zu, so dass sich der

Eiererzeugung¹ 2005–2015



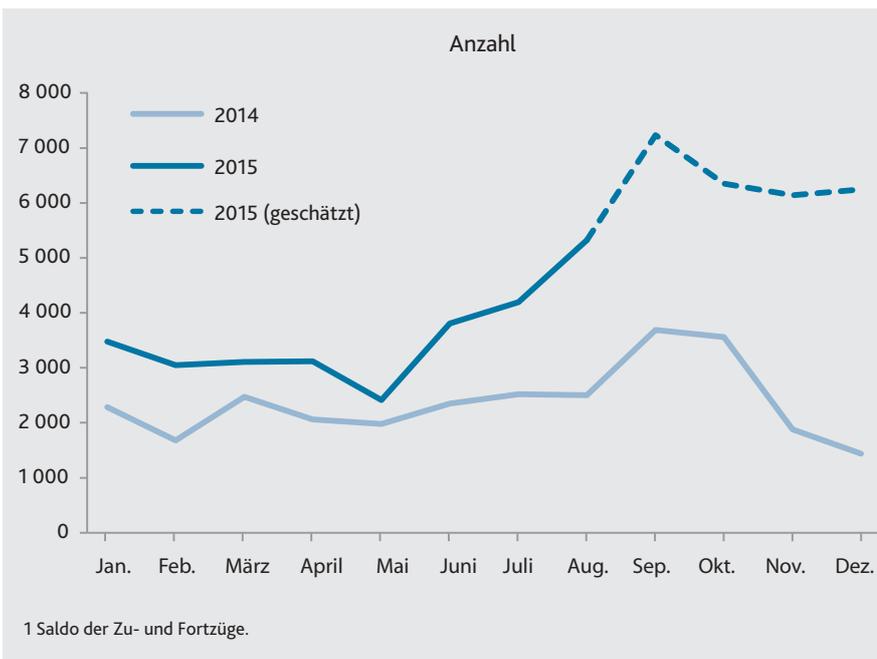
Haushalte und Haushaltsmitglieder 2014 nach Haushaltsgröße



Wanderungsüberschuss gegenüber dem Ausland um 94 Prozent erhöhte. Mit einer Nettozuwanderungsrate von 14 ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern je 1 000 der Bevölkerung

liegt Rheinland Pfalz im Mittelfeld der Bundesländer. Eine überdurchschnittliche Nettozuwanderung ergibt sich für Bremen (20), Nordrhein-Westfalen und Hessen (jeweils 16). Am

Nettozuwanderung¹ von Ausländer/-innen über die Bundesgrenze nach Rheinland-Pfalz 2014 und 2015 nach Monaten

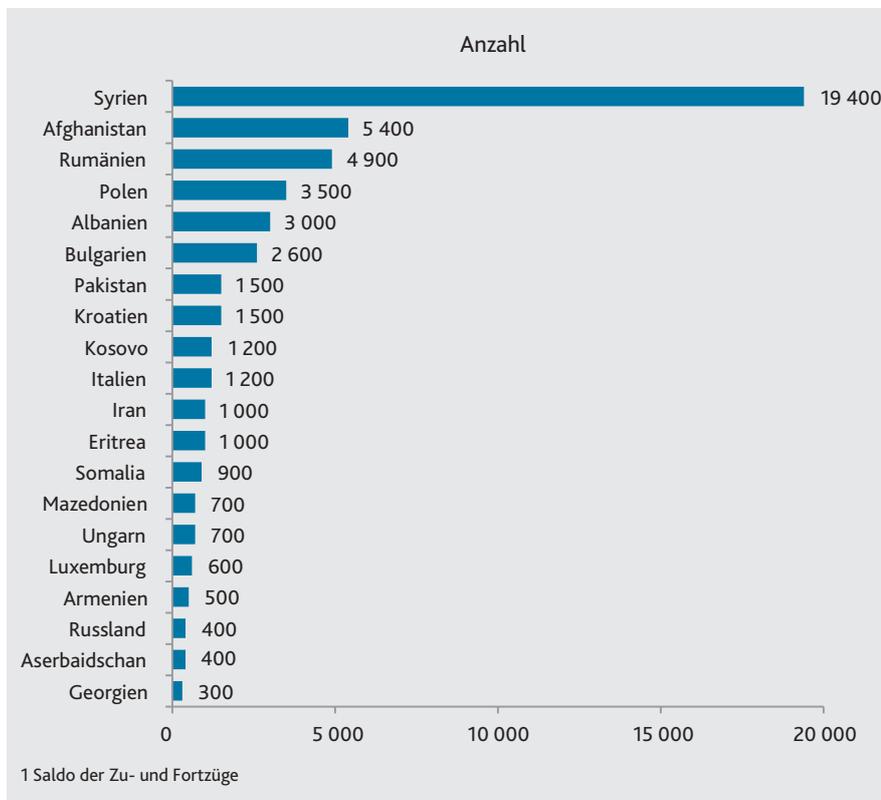


geringsten ist die Rate für Brandenburg und Hamburg sowie für den Freistaat Sachsen mit jeweils 10 je 1 000 der Bevölkerung.

Diese Zahlen ergeben sich auf der Grundlage einer Sonderauswertung, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wurde, um angesichts der Diskussionen um die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden möglichst aktuelle Zahlen zum Wanderungsgeschehen im vergangenen Jahr vorlegen zu können. Die Schnellschätzung basiert auf Datenlieferungen der Meldebehörden über das Zu- und Fortzugsgeschehen für die Monate Januar bis August 2015, die von den statistischen Landesämtern bereits abschließend aufbereitet worden sind. Für die Folgemonate wurden aus den Datenlieferungen der Meldeämter vorläufige Ergebnisse geschätzt.

Die Nettozuwanderung in Rheinland-Pfalz lag auf Grundlage dieser Sonderauswertung in sämtlichen Monaten des vergangenen Jahres deutlich über den jeweiligen Vorjahreswerten. Insbesondere zwischen Mai und September 2015 stieg der Überschuss in der Wanderungsbilanz mit dem Ausland – aufgrund des beständig wachsenden Zustromes von Schutzsuchenden – rapide von 2 400 auf mehr als 7 200 Personen pro Monat an. Auch in den Monaten Oktober bis Dezember überstieg die Zahl der über die Bundesgrenzen nach Rheinland-Pfalz zuwandernden Ausländerinnen und Ausländer die Zahl der Fortzie-

Geschätzte Nettozuwanderung¹ von Ausländer/-innen über die Bundesgrenze nach Rheinland-Pfalz 2015 nach Staatsangehörigkeit



henden um schätzungsweise mehr als 6 000 pro Monat.

Nach zusätzlichen landesinternen vorläufigen Auswertungen der Datenlieferungen der Meldebehörden wanderten im Saldo die weitaus meisten Ausländerinnen und Ausländer syrischer und afghanischer Staatsangehörigkeit zu. Die Zahl der hierzulande lebenden Syrerinnen und Syrer stieg netto um mehr als 19 400 Personen, die Zahl der Afghanninnen und Afghannen nahm um mehr als 5 400 zu. Im Jahr zuvor war die Nettozuwanderung von Menschen aus Syrien mit unter 4 000 und aus Afghanistan mit 550 deutlich geringer ausgefallen.

Die Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz wird schon seit einigen Jahren durch verschiedene Sondereinflüsse geprägt. Hierzu zählen eine verstärkte Zuwanderung aus

- den von Finanz-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrisen besonders stark betroffenen Eurokrisenländern Italien, Spanien, Griechenland und Portugal, den acht mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE8-Länder) Polen, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien, die 2004 Mitglied der Europäischen Union wurden und für die seit dem 1. Mai 2011 die

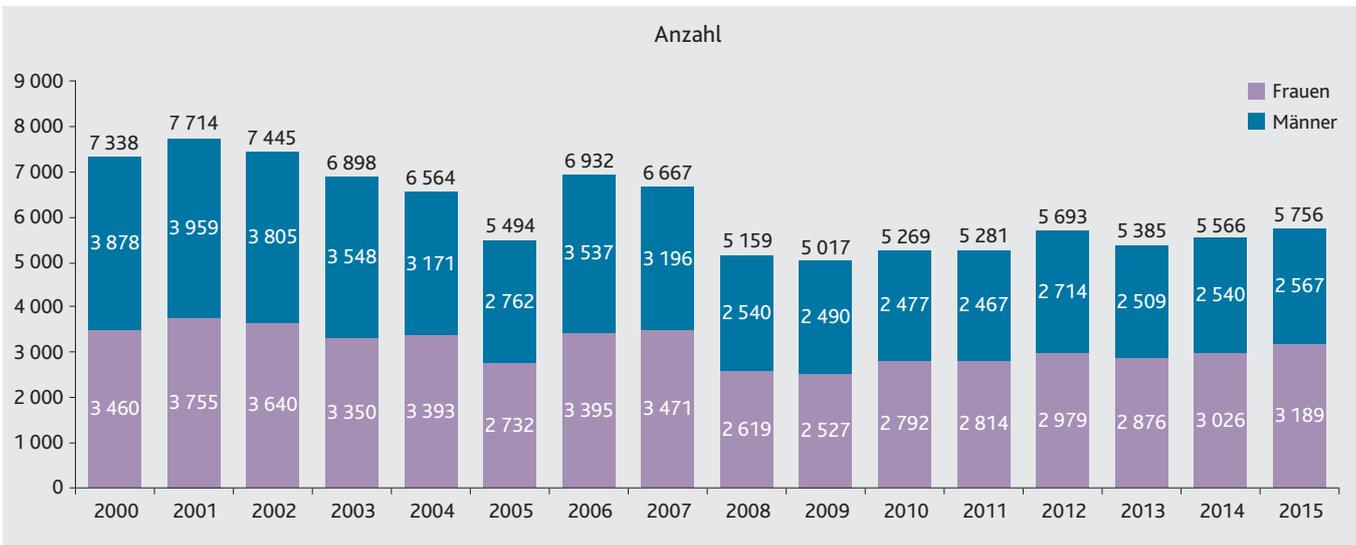
- volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Bundesrepublik gilt
- Rumänien und Bulgarien, die 2007 der Europäischen Union beitraten und deren Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit erlangten,
- Bürgerkriegs- und sonstigen Krisengebieten, beispielsweise Syrien, Eritrea, Afghanistan, Somalia und Irak.

Aus den EU-Beitritts- und den Eurokrisenländern kamen 2015 etwa 25 Prozent der ausländischen Nettozuwanderinnen und -zuwanderer; im Jahr 2014 war es noch fast die Hälfte. Dagegen kam 2015 fast die Hälfte der Nettozuwanderinnen und -zuwanderer aus Kriegs- und Krisengebieten; im Jahr 2014 war es nur etwa 20 Prozent.

Mehr als 5 700 Einbürgerungen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 erhielten fast 5 800 in Rheinland-Pfalz lebende Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Dies sind fast 200 Einbürgerungen mehr als im Vorjahr (+3,4 Prozent). Somit setzt sich der bereits 2014 zu beobachtende leichte Anstieg der Einbürgerungszahlen fort. Die Hälfte der 3 200 Frauen und 2 600 Männer lebten bereits 14 Jahre oder länger in Deutschland. Mehr als 80 Prozent waren 18 Jahre und älter; die Altersspanne der Eingebürgerten reichte von unter Einjährigen bis zu 89-Jährigen. Im Durchschnitt waren die Eingebürgerten 31 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der volljährigen Eingebürgerten waren verheiratet.

Eingebürgerte Personen 2000–2015 nach Geschlecht



Wie bereits in den Vorjahren wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (686) und Mainz (532) ausgehändigt. Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten in den kreisfreien Städten Zweibrücken (zwölf) und Pirmasens (35) sowie im Landkreis Cochem-Zell (37). Gemessen an der Zahl der Ende 2015 im Ausländerzentralregister registrierten Personen belegte, wie auch in den Vorjahren, die kreisfreie Stadt Koblenz den Spitzenplatz. Hier erhielten 2,5 Prozent der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Es folgte die kreisfreie Stadt Landau mit knapp zwei Prozent. Die relativ gesehen wenigsten Einbürgerungen gab es in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (0,4 Prozent) sowie im Eifelkreis Bitburg-Prüm (0,5 Prozent).

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten wird wie

im Vorjahr von türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (1 037) angeführt. Es folgten Polen (424), Kosovaren (326), Italiener (245) und Ukrainer (230). Wird die Analyse auf Angehörige von Staaten, für die jeweils mindestens 100 Einbürgerungen zu verzeichnen waren, beschränkt, erhielten – gemessen an der Zahl der 2015 im Ausländerzentralregister verzeichneten Personen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz – überproportional viele hier lebende Irakerinnen und Iraker (6,8 Prozent), Marokkanerinnen und Marokkaner (4,8 Prozent), Ukrainerinnen und Ukrainer (4,4 Prozent) sowie Iranerinnen und Iraner (4,1 Prozent) den von ihnen beantragten deutschen Pass.

Knapp 12 500 Betroffene in Schuldnerberatung – Durchschnittlich 40 000 Euro Verbindlichkeiten

Im Jahr 2014 suchten 12 500 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-

Pfälzer in den Schuldnerberatungsstellen der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände bzw. der Kommunen Hilfe. Die durchschnittlichen Schulden betragen 39 600 Euro (Deutschland: 34 500 Euro).

Die höchsten Schulden lasteten mit durchschnittlich 60 600 Euro auf Selbstständigen. Wer zum Zeitpunkt der Beratung abhängig erwerbstätig war, hatte durchschnittlich 52 100 Euro Schulden. Arbeitslose wiesen durchschnittlich 26 600 Euro und anderweitig nicht erwerbstätige Personen (z. B. Rentnerinnen und Rentner oder Personen in Ausbildung) 42 800 Euro Schulden auf.

Als Hauptauslöser für die Überschuldung gaben die meisten beratenen Personen Arbeitslosigkeit an (23 Prozent). Trennung bzw. Scheidung oder Tod der Partnerin bzw. des Partners war für 17 Prozent die wesentliche Ursache, eine Erkrankung, eine Sucht

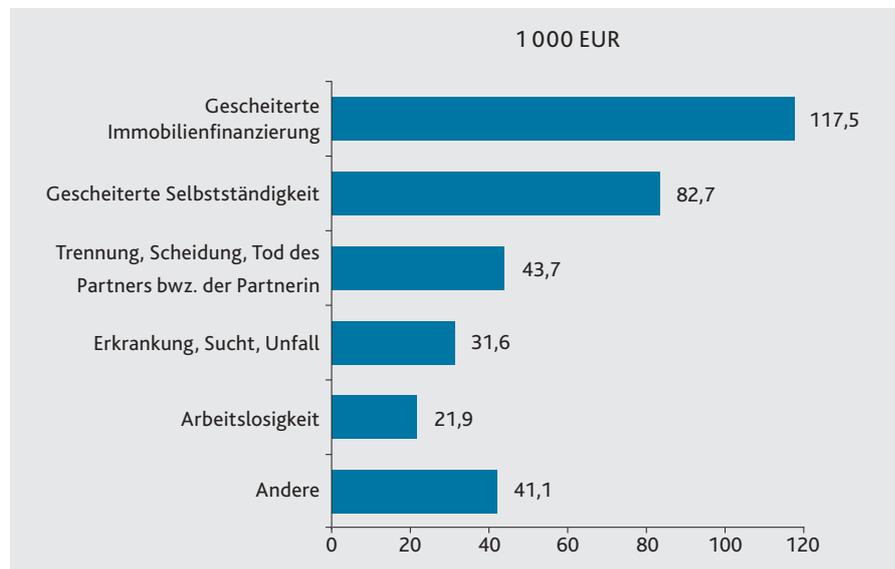
oder ein Unfall für 13 Prozent. In 9,2 Prozent der Fälle war eine gescheiterte Selbstständigkeit, in 4,9 Prozent der Fälle eine gescheiterte Immobilienfinanzierung der Hauptauslöser. Die übrigen nannten sonstige Gründe.

Je nach Hauptauslöser der Überschuldung variiert die Höhe der Verbindlichkeiten erheblich. Die höchsten Schulden lasteten mit durchschnittlich fast 117 500 Euro auf Personen, die durch eine gescheiterte Immobilienfinanzierung in Überschuldung gerieten. Wer wegen gescheiterter Selbstständigkeit die Beratungsstelle aufsuchte, hatte durchschnittlich 82 700 Euro Schulden. Personen, die wegen einer Trennung bzw. Scheidung oder Tod der Partnerin bzw. des Partners überschuldet waren, wiesen durchschnittlich 43 700 Euro an Verbindlichkeiten auf. Die im Vergleich der hier genannten Gründe geringste Last hatten mit 21 900 Euro Personen zu tragen, die hauptsächlich wegen Arbeitslosigkeit überschuldet waren.

Equal Pay Day: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern geringfügig gesunken

Der Gender Pay Gap – der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern – ist 2015 geringfügig gesunken. Wie anlässlich des Equal Pay Day am 19. März mitgeteilt wurde, lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied 2015 bei 21 Prozent (2014: 22 Prozent). Der Equal Pay Day markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um das

Höhe der Verbindlichkeiten von Personen in Schuldnerberatung 2014 nach Hauptauslöser der Verschuldung

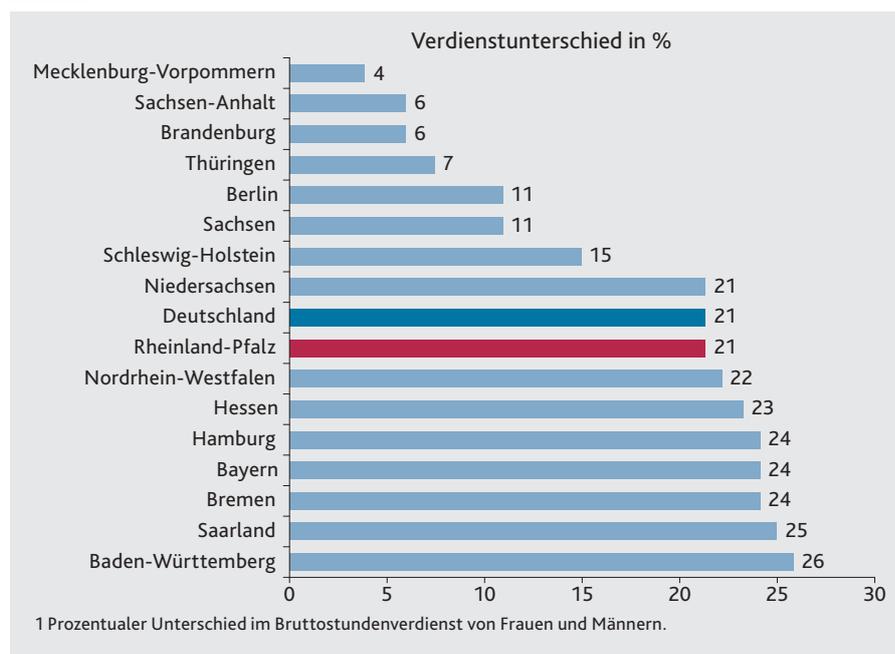


gleiche durchschnittliche Gehalt zu erzielen, das männlichen Arbeitnehmern im Vorjahr gezahlt wurde.

Mit 21 Prozent entsprach der Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz dem

Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der alten Bundesländer (ohne Berlin) verzeichnete Rheinland-Pfalz – gemeinsam mit Niedersachsen – den zweitniedrigsten Wert. Aus dieser

Gender Pay Gap¹ 2015 nach Bundesländern



Ländergruppe hatte lediglich Schleswig-Holstein einen geringeren Gender Pay Gap (15 Prozent). Wesentlich anders stellt sich die Situation in den neuen Bundesländern dar, die alle niedrigere geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede aufwiesen als die alten Länder. Am geringsten fiel der Gender Pay Gap in Mecklenburg-Vorpommern mit vier Prozent aus. Den höchsten Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern gab es in Baden-Württemberg (26 Prozent).

Im Zeitverlauf erweist sich der Gender Pay Gap als relativ stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. Dies gilt zum Beispiel

für geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wahl der Berufe und in der Erwerbsbiografie. In Rheinland-Pfalz war der prozentuale Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern 2006 mit 21 Prozent genauso hoch wie 2015.

Über 900 Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2015

Im Jahr 2015 erhielten in Rheinland-Pfalz 919 Studierende, davon 498 Frauen, eine Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium). Das sind 23 Personen bzw. 2,6 Prozent mehr als im Jahr 2014.

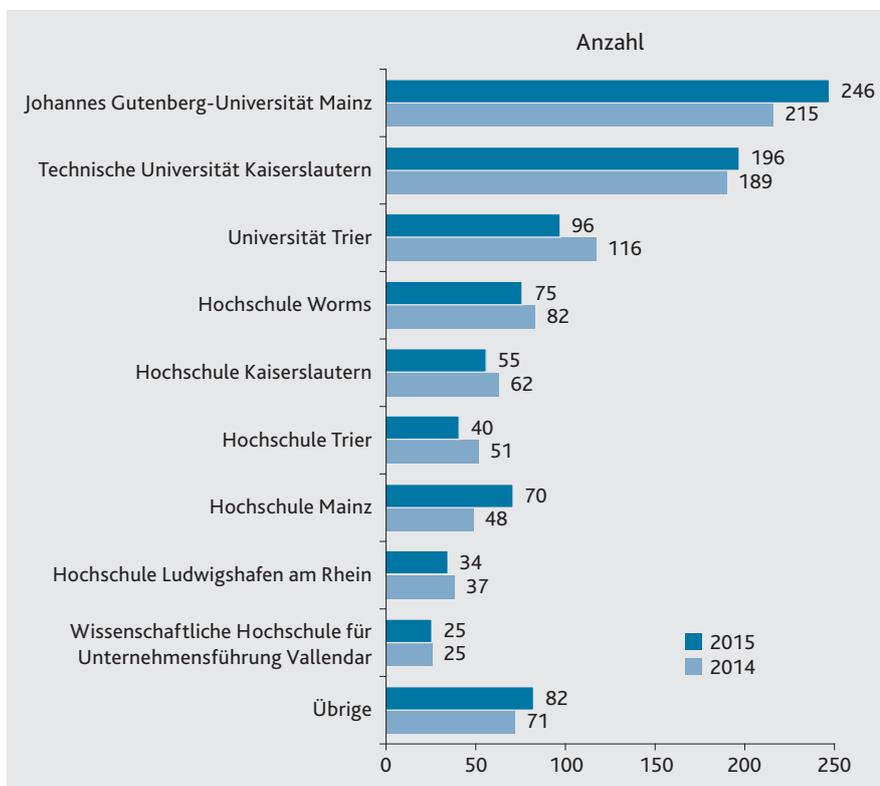
Im Rahmen des Deutschlandstipendiums werden besonders leistungs-

starke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2017 bis zu zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes zu fördern. In Rheinland-Pfalz haben im Jahr 2015 rund 0,8 Prozent aller Studierenden ein Deutschlandstipendium erhalten.

Beinahe die Hälfte (46 Prozent) der geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten war in einem mathematischen oder naturwissenschaftlich-technischen Studienfach eingeschrieben. Weitere 36 Prozent der Geförderten kommen aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Da das Deutschlandstipendium jeweils hälftig vom Bund und von privaten Stiftern finanziert wird, kommen regionale und institutionelle Unterschiede durch die Fächerangebote der Hochschulen, die Ausstattung der Hochschulen zur Akquise der Förderer, die regionale Anzahl fördernder Betriebe, Institutionen und Privatpersonen sowie die finanziellen Fördermöglichkeiten bisheriger Stifter zustande. So hat beispielsweise seit dem Jahr 2013 die Anzahl der Deutschlandstipendien an den Hochschulen in Mainz um 112 zugenommen, während im gleichen Zeitraum an den Hochschulen in Trier ein Rückgang von 48 Stipendiaten zu verzeichnen war.

Stipendiatinnen und Stipendiaten 2014 und 2015 nach Hochschulen und Geschlecht



Entsorgungsanlagen nehmen mehr Abfälle an

Die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2014 fast 18 Millionen Tonnen Abfälle entgegen. Das waren fünf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Rund 60 Prozent der Abfallmenge entfiel auf Bau- und Abbruchabfälle (10,8 Millionen Tonnen). Gegenüber dem Jahr 2013 stellt das einen Anstieg von drei Prozent bzw. 320 000 Tonnen dar. Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke (2,4 Millionen Tonnen) umfassten 13 Prozent der Abfallmenge. Auch sie wies gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen

Zuwachs von sechs Prozent oder 140 000 Tonnen auf. Den Siedlungsabfällen (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle) waren 1,9 Millionen Tonnen zuzurechnen. Dies entspricht fast elf Prozent der gesamten Abfallmenge. Die drei genannten Abfallkapitel vereinigen somit rund 84 Prozent der von den rheinland-pfälzischen Anlagen angenommen Abfälle auf sich.

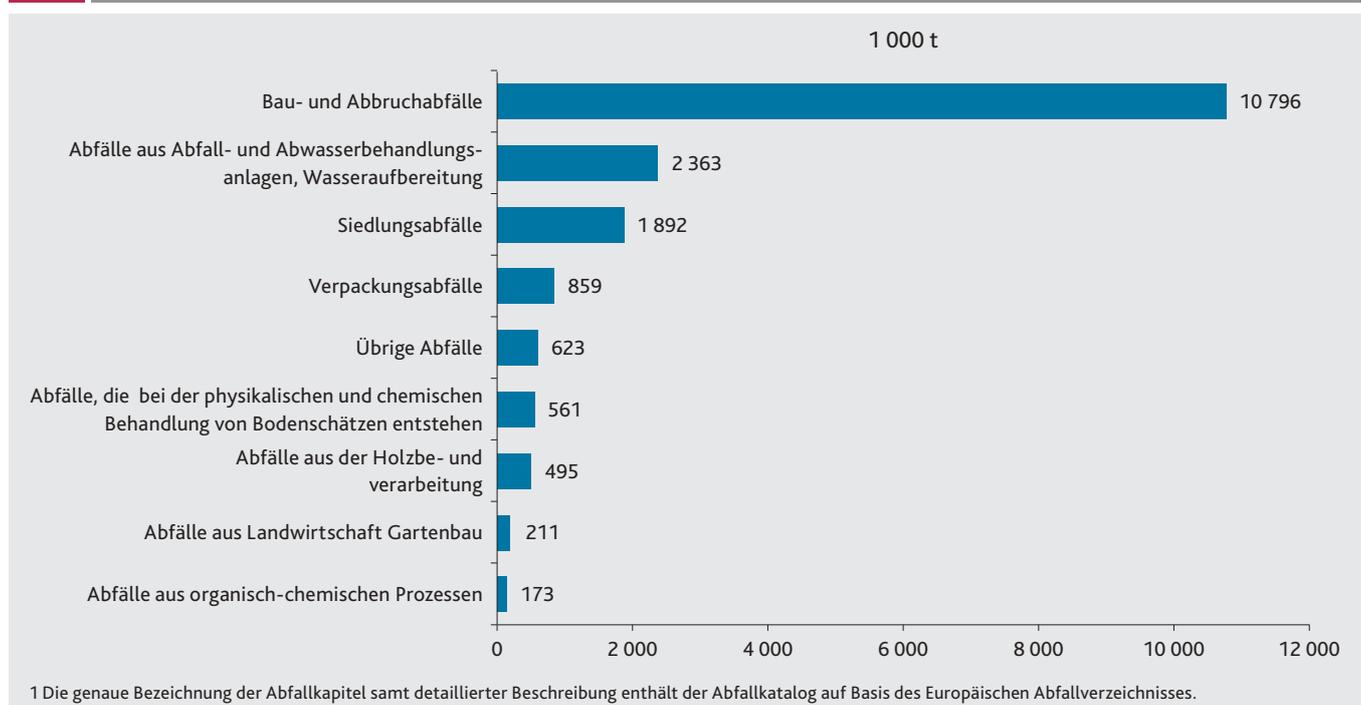
Die größte Abfallmenge nahmen die Anlagen zur Verfüllung bergbaufremder Abfälle in übertägigen Abbaustätten an (4,6 Millionen Tonnen). Auf diesen Anlagentyp entfiel über ein Viertel der gesamten Abfälle. Bauschutttaufbereitungsanlagen nahmen knapp ein Fünftel der Abfälle an. Auf Deponiebaumaßnahmen entfielen fast acht Prozent. Sortieranlagen

kamen auf sieben Prozent der Abfälle. Es folgten die thermischen Abfallbehandlungsanlagen (Müllverbrennungsanlagen) mit 6,5 Prozent vor den Feuerungsanlagen mit der energetischen Verwertung der Abfälle z. B. für Fernheizzwecke (5,9 Prozent). Auf Deponien wurden 960 000 Tonnen abgelagert; das ist gegenüber 2013 ein Rückgang von 23 Prozent.

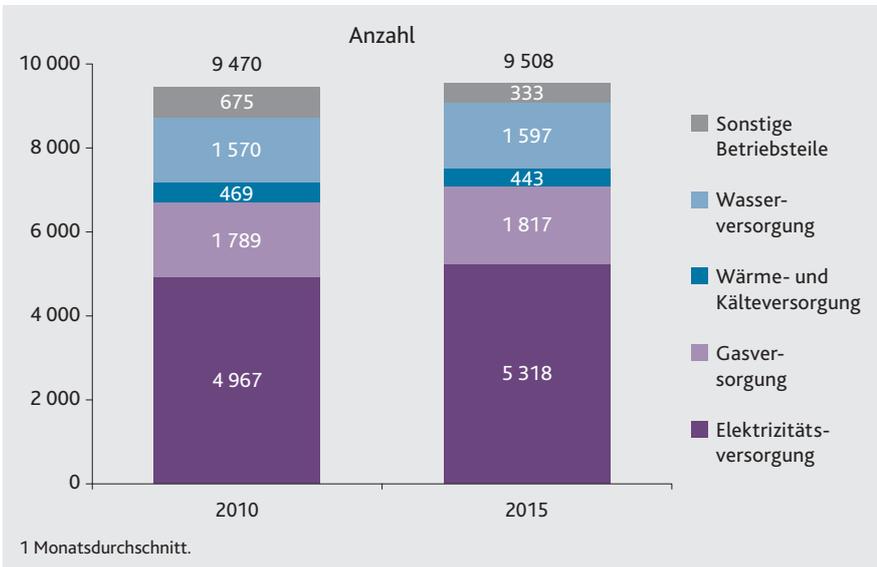
Zahl der Beschäftigten in der Elektrizitätsversorgung gestiegen

Knapp 9 500 Beschäftigte waren im Jahresmittel 2015 in der rheinland-pfälzischen Energie- und Wasserversorgung beschäftigt. Gegenüber dem Jahr 2014 betrug der Rückgang in den 180 Betrieben von Unternehmen mit mindestens 20 tätigen Personen 2,6 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2010 ist

An Abfallentsorgungsanlagen angelieferte Abfallmengen 2014 nach Abfallkapiteln¹



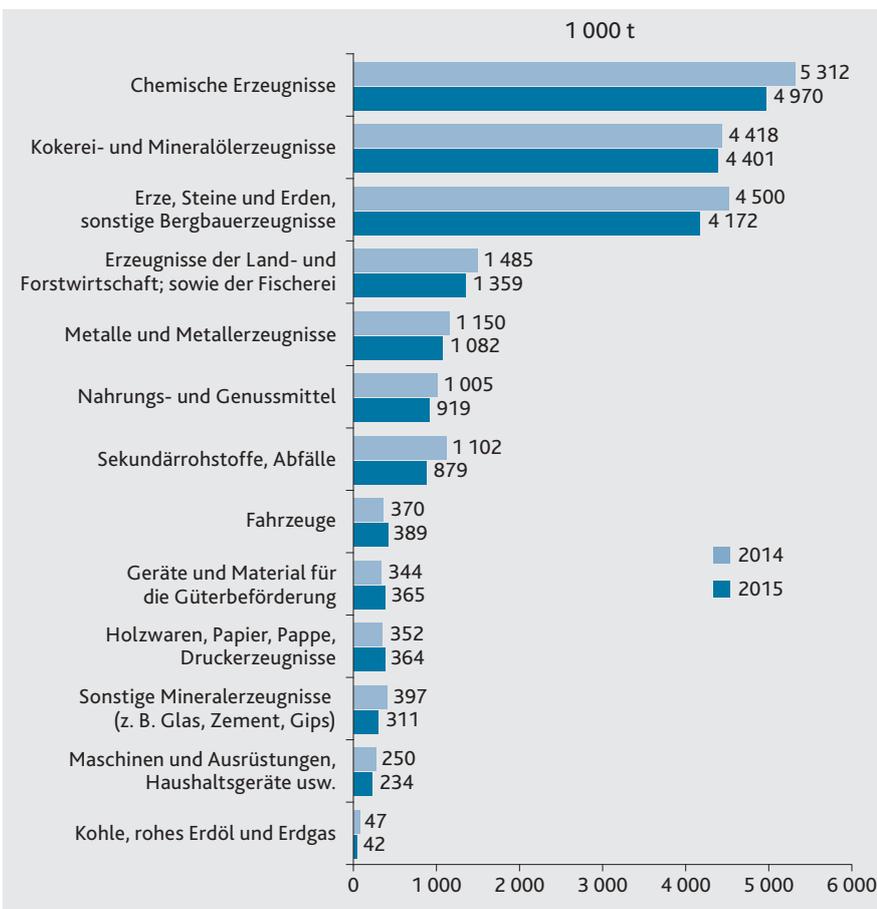
Beschäftigte¹ in den fachlichen Betriebsteilen der Energie- und Wasserversorgung 2010 und 2015 nach Wirtschaftszweigen



die Zahl der Beschäftigten fast unverändert geblieben.

Der Beschäftigtenrückgang hat sich insbesondere bei den sonstigen Betriebsteilen vollzogen zu denen etwa Häfen, Bäder und Verkehrsbetriebe gehören; diese wurden vielfach aus den Unternehmen ausgegliedert. Dagegen verzeichneten die Bereich Elektrizitätsversorgung und Gasversorgung eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen. Über die Hälfte der Beschäftigten (56 Prozent) war im Bereich Elektrizitätsversorgung tätig. Es folgte die Gasversorgung mit 19 Prozent vor der Wasserversorgung mit 17 Prozent. Auf die Wärme- und Kälteversorgung entfielen fünf Prozent. Der Beschäftigtenanteil der sonstigen Betriebsteile belief sich im Jahr 2015 noch auf 3,5 Prozent.

Güterumschlag in Häfen 2014 und 2015 nach Güterabteilungen



Im Durchschnitt leistete jede bzw. jeder Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) monatlich 123 Arbeitsstunden und erzielte hierbei im Mittel einen Bruttolohn bzw. ein Gehalt von 53 500 Euro. Das waren rund 16 Prozent mehr als im Jahr 2010. Gegenüber dem Jahr 2014 betrug der Anstieg 4,3 Prozent.

Rückgang beim Frachtumschlag in Binnenhäfen 2015

Im Jahr 2015 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vorjahr. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von 21,4 Millionen Tonnen; das waren 1,1 Millionen Tonnen bzw. fünf Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Empfang ging um 5,5 Prozent auf 12,1 Millionen Ton-

nen zurück; das Versandvolumen verringerte sich um 4,5 Prozent auf 9,3 Millionen Tonnen. Insbesondere das Mitte des Jahres lang anhaltende Niedrigwasser des Rheins dürfte eine wesentliche Ursache des Umschlagrückgangs sein.

Die höchsten umgeschlagenen Tonnagen entfielen mit knapp fünf Millionen Tonnen (-6,4 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, gefolgt von den beiden Bereichen „Kokerei- und Mineralölzeugnisse“ mit 4,4 Millionen Tonnen (-0,4 Prozent) bzw. „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 4,2 Millionen Tonnen (-7,3 Prozent) Umschlag.

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden fünf Prozent weniger Güter umgeschlagen als 2014. Auch der Hafen in Mainz meldete ein Umschlagsminus von 4,8 Prozent. In Andernach wurden genauso viele Tonnagen umgeschlagen wie im Jahr zuvor.

Mehr Verkehrstote zum Jahresbeginn

Auf rheinland-pfälzischen Straßen in kamen zum Jahresbeginn 14 Personen bei Verkehrsunfällen ums Leben, vier mehr als im Januar des vergangenen Jahres. Die Polizei registrierte im Januar 2016 insgesamt 11 025 Verkehrsunfälle, das waren 0,6 Prozent mehr als im ersten Monat des Vorjahres. Schwer verletzt wurden 225 Unfallbeteiligte, 24 mehr als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten ging um 60 auf 1 021 zurück.

Steuereinnahmen der Kommunen 2015 weiter angestiegen

Die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen stiegen 2015 gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Prozent. Die kassenmäßigen Einnahmen der Kommunen betragen vier Milliarden Euro. Damit wurden seit sechs Jahren in Folge steigende kommunale Steuereinnahmen registriert.

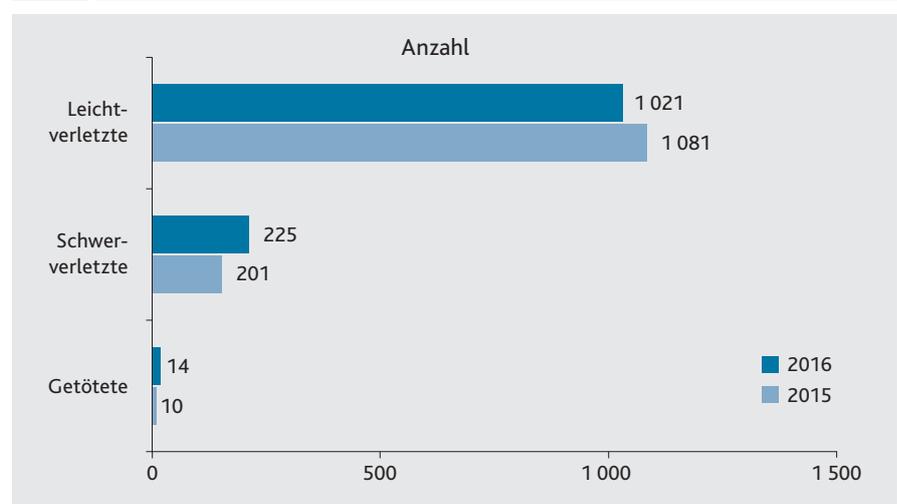
Den größten Teil des Aufkommens vereinigen die Realsteuern auf sich. Sie stiegen um 8,2 Prozent auf 2,16 Milliarden Euro. Die darin enthaltene Gewerbesteuer erhöhte sich deutlich um rund zehn Prozent auf 1,6 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Grundsteuer B lagen mit insgesamt 539 Millionen Euro um 3,9 Prozent höher als im Vorjahr.

Die zweithöchsten Einnahmen stammten aus den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern. Die Festsetzungen wuchsen hier um 5,4 Prozent auf 1,77 Milliarden Euro. Hierbei entfielen

1,58 Milliarden Euro auf den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer (+4,1 Prozent).

In den kreisfreien Städten und Landkreisen erhöhten sich die kommunalen Steuereinnahmen jeweils um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Innerhalb dieser Gebietskörperschaftsgruppen waren aber teilweise deutliche Unterschiede zu verzeichnen. So konnte die kreisfreie Stadt Kaiserslautern ein deutliches Plus von über 20 Prozent verzeichnen, während die kreisfreie Stadt Zweibrücken einen Rückgang von elf Prozent verkraften musste. Im Landkreis Germersheim war ein Anstieg um 17 Prozent zu beobachten, während im Donnersbergkreis die Einnahmen um durchschnittlich sieben Prozent zurückgingen. Unter Einbeziehung der Einwohnerzahlen zeigt sich folgendes Bild: In den Landkreisen nahmen die Kommunen je Einwohnerin bzw. Einwohner durchschnittlich 901 Euro ein. Wie in den Vorjahren wurde

Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2015 und 2016

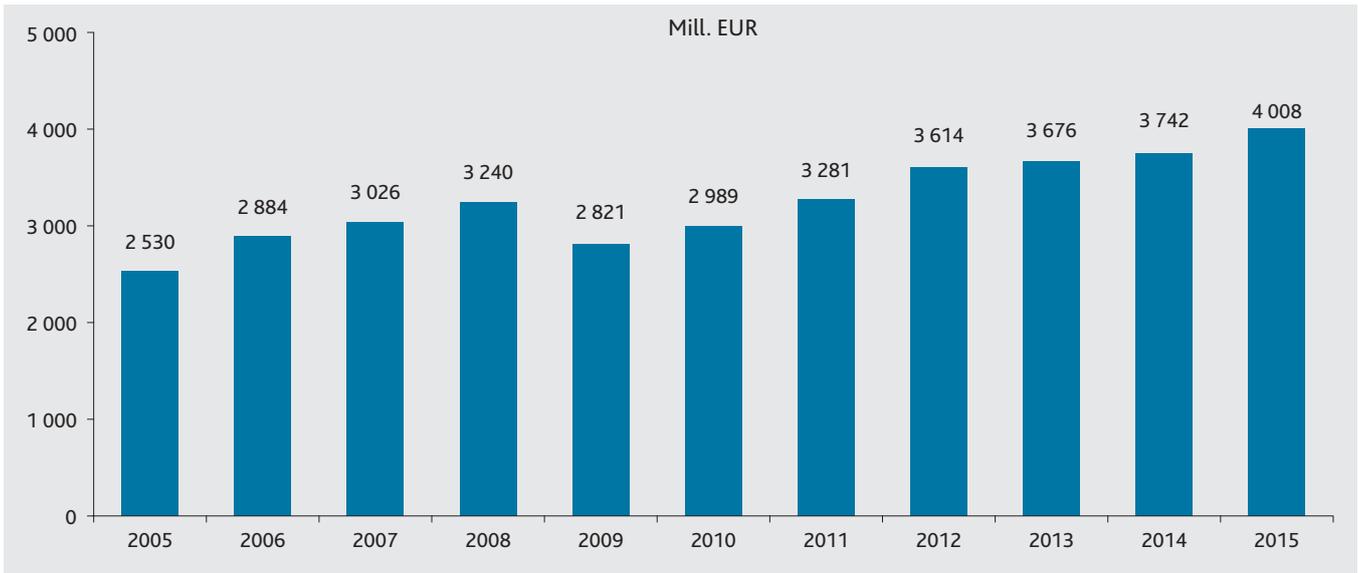


der höchste Pro-Kopf-Wert im Landkreis Mainz-Bingen (1 763 Euro), der niedrigste im Landkreis Kusel (609 Euro) registriert. Die kreisfreien

Städte erzielten durchschnittlich 1 271 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Hier reichte die Spannweite von 930 Euro in Pirmasens bis 1 696

Euro in Ludwigshafen. Der Landesdurchschnitt lag bei 997 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Steuereinnahmen der Kommunen 2005–2015



Aus der amtlichen Statistik

Internationaler Frauentag – Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt



Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2016 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt. Dieser Publikation lassen sich viele interessante Informationen über die Situation der Frauen in der Gesellschaft entnehmen.

- Frauen leben länger als Männer: Ein Mädchen, das heute in Rheinland-Pfalz geboren wird, hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82,7 Jahren; bei Jungen sind es 77,8 Jahre.
- Frauen erzielen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: In Rheinland-Pfalz verlassen 37 Prozent der jungen Frauen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es 29 Prozent; 55 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen werden von Frauen abgelegt.
- Frauen wagen seltener den Schritt in die Selbstständigkeit als Männer: Ein Drittel der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz ist weiblich. Bei den abhängigen Erwerbstätigen ist der Frauenanteil mit 48 Prozent deutlich höher.
- Frauen beziehen länger Elterngeld als Männer: In Rheinland-Pfalz nehmen junge Mütter knapp zwölf Monate die Entgeltersatzleistung in Anspruch, Väter dagegen nur 3,1 Monate.
- Frauen sind häufiger alleinerziehend als Männer: Von den 134 000 Alleinerziehenden im Land sind 83 Prozent Mütter und 17 Prozent Väter.
- Frauen sind seltener Mitglied in Sportvereinen als Männer: Von den Mitgliedern in rheinland-pfälzischen Sportvereinen sind 40 Prozent Frauen. Während ein Großteil der Frauen das Turnen bevorzugt (37 Prozent der weiblichen Vereinsmitglieder), führt der Fußball die Rangliste bei den Männern an (40 Prozent der männlichen Vereinsmitglieder).
- Frauen sind weniger von Übergewicht betroffen als Männer: In Rheinland-Pfalz sind 45 Prozent der erwachsenen Frauen übergewichtig, bei den erwachsenen Männern sind es 62 Prozent. Untergewicht ist hingegen bei Frauen (3,5 Prozent) häufiger verbreitet als bei Männern (0,7 Prozent)
- Frauen sind nicht so oft an Verkehrsunfällen beteiligt wie Männer: In Rheinland-Pfalz sind von den Unfallbeteiligten 35 Prozent weiblich.
- Frauen sind in Gefängnissen seltener anzutreffen als Männer: Von den derzeit rund 2 700 Strafgefangenen sind nur knapp sieben Prozent weiblich.

Das Faltblatt enthält ausgewählte Daten zu verschiedenen Themenbereichen wie z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Rechtspflege.

Es steht unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/faltblaetter-und-broschueren/ zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2016

Die Verbraucherpreise sind im März 2016 leicht gestiegen. Der Verbraucherpreisindex lag 0,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die Entwicklung der Energiepreise wirkt weiterhin dämpfend auf die Inflationsrate. Im März 2016 war Energie 8,3 Prozent günstiger als ein Jahr zuvor. Insbesondere bei Mineralölprodukten gab es starke Preissenkungen (-16 Prozent). Heizöl verbilligte sich um 28 Prozent; die Kraftstoffpreise fielen um 13 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energie wäre die Teuerungsrate mit +1,4 Prozent deutlich höher ausgefallen.

Die stärksten Preissteigerungen waren im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ zu verzeichnen (+2,7 Prozent). Dazu zählen u. a. Pauschalreisen, deren

Preise um 7,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen.

Den zweithöchsten Zuwachs gab es im Bereich „Gesundheitspflege“ (+2,4 Prozent), gefolgt von alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+2,3 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren um ein Prozent höher als im März 2015. Hier schlugen vor allem Preissteigerungen bei Gemüse und Obst zu Buche (+8,1 bzw. +5,1 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat ist der Verbraucherpreisindex um 0,7 Prozent gestiegen. Saisonal bedingt waren die stärksten Preiserhöhungen bei Bekleidung und Schuhen (+4,5 Prozent). Im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ lagen die Preise ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vormonats (+2,6 Prozent).

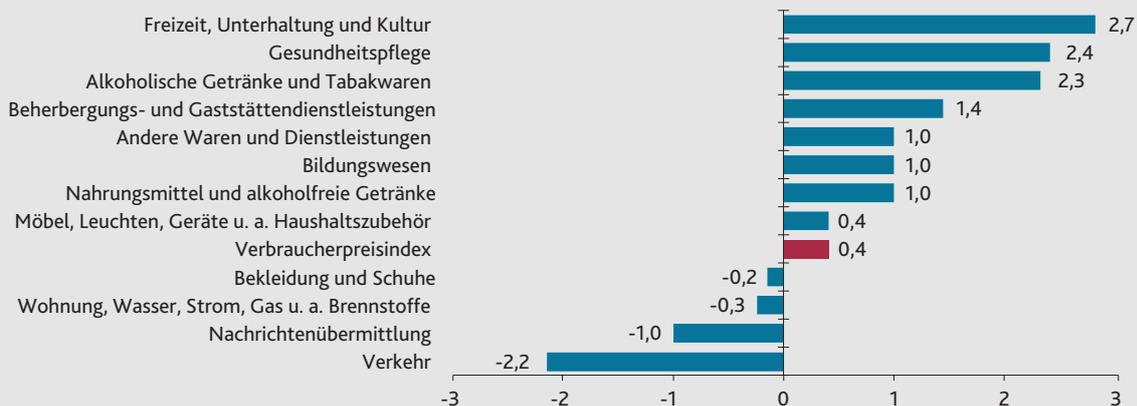
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2016

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu März 2015 in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



März 2016

■ Verbraucherpreisindex: +0,4%

■ Ausgewählte Preisentwicklungen:

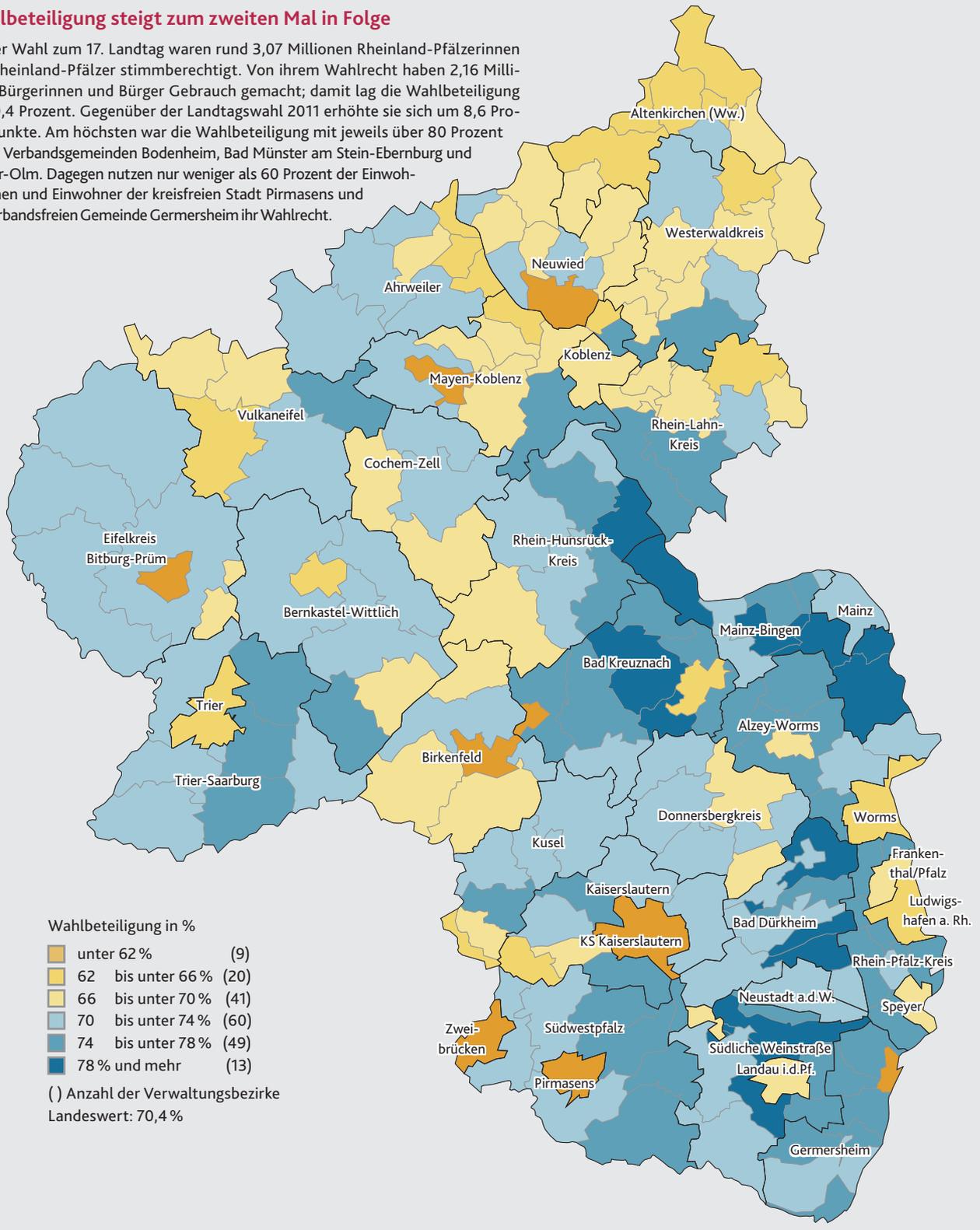
Kartoffeln: +33,3%

Butter: -12,1%

Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2016 nach Verwaltungsbezirken

Wahlbeteiligung steigt zum zweiten Mal in Folge

Bei der Wahl zum 17. Landtag waren rund 3,07 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer stimmberechtigt. Von ihrem Wahlrecht haben 2,16 Millionen Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht; damit lag die Wahlbeteiligung bei 70,4 Prozent. Gegenüber der Landtagswahl 2011 erhöhte sie sich um 8,6 Prozentpunkte. Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit jeweils über 80 Prozent in den Verbandsgemeinden Bodenheim, Bad Münster am Stein-Eberburg und Nieder-Olm. Dagegen nutzen nur weniger als 60 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der kreisfreien Stadt Pirmasens und der verbandsfreien Gemeinde Germersheim ihr Wahlrecht.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2015

Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,4 Prozent



Von Dr. Annette Illy

Das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz hat 2015 an Dynamik gewonnen, die Wachstumsrate fiel mit +1,4 Prozent deutlich höher aus als 2014. Zum Wachstum trug vor allem der Dienstleistungssektor bei. Insbesondere der Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ erzielte einen kräftigen Wertschöpfungszuwachs. Aus der Industrie kamen dagegen – wie bereits 2014 – nur moderate Wachstumsimpulse, das Baugewerbe verzeichnete sogar einen Rückgang der Wertschöpfung. Im Vergleich zu Deutschland verlief die Entwicklung wie in den beiden Jahren zuvor unterdurchschnittlich. In jeweiligen Preisen nahm die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um 3,4 Prozent auf 132 Milliarden Euro zu. Die Arbeitsproduktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist gegenüber 2014 leicht gestiegen.

Wirtschaftswachstum gewinnt weiter an Dynamik

Bruttoinlandsprodukt steigt preisbereinigt um 1,4 Prozent

Das wirtschaftliche Wachstum hat im Berichtsjahr Fahrt aufgenommen. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2013 nur um 0,1 Prozent und 2014 lediglich um 0,8 Prozent gestiegen war, nahm die Wirtschaftsleistung 2015 um 1,4 Prozent zu. Nach dieser ersten noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fiel das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz etwas geringer aus als in Deutschland und den alten Ländern ohne Berlin (jeweils +1,7 Prozent).

Nominales Bruttoinlandsprodukt beträgt 132 Milliarden Euro

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um 4,3 Milliarden Euro bzw. 3,4 Prozent auf 132 Milliarden Euro (Deutschland: +3,8 Prozent). Damit erwirtschaftete Rheinland-Pfalz 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Moderater Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe

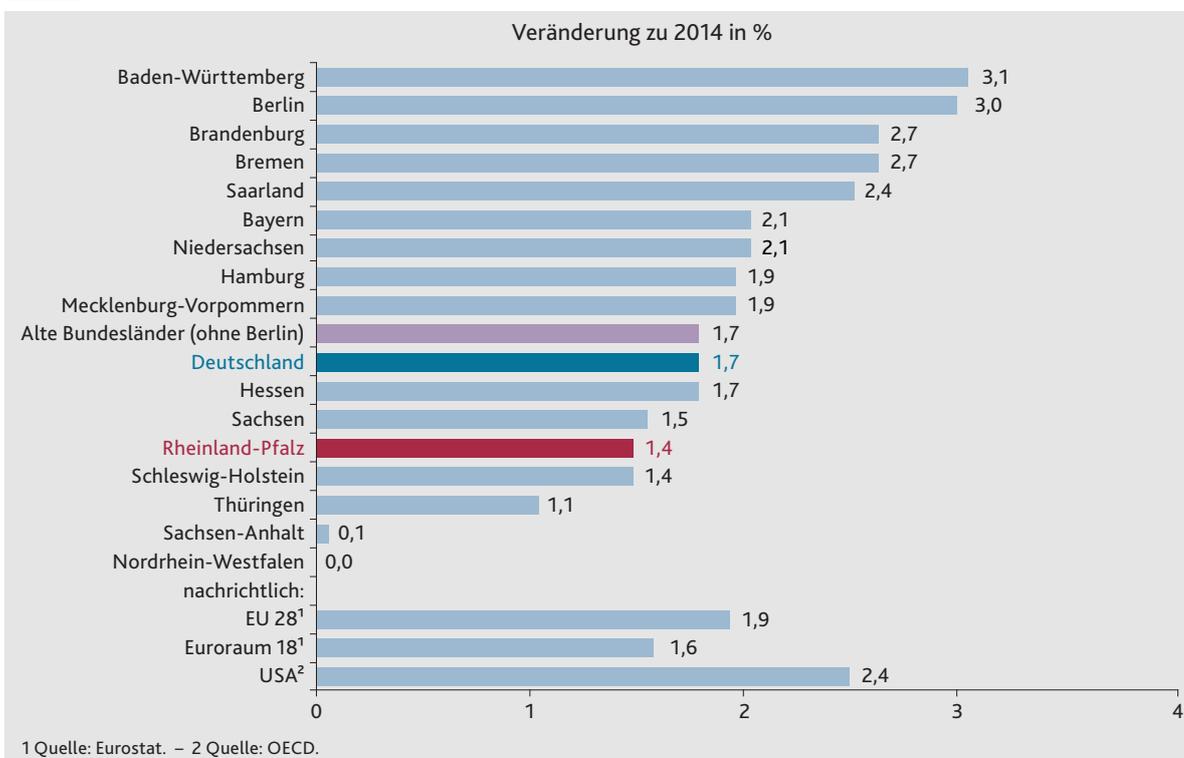
Von der Industrie kamen erneut nur moderate Wachstumsimpulse. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nahm preisbereinigt um 0,8 Prozent zu und damit deutlich weniger als in Deutschland (+1,7 Prozent). Deshalb war auch der Bei-

Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 0,8 Prozent

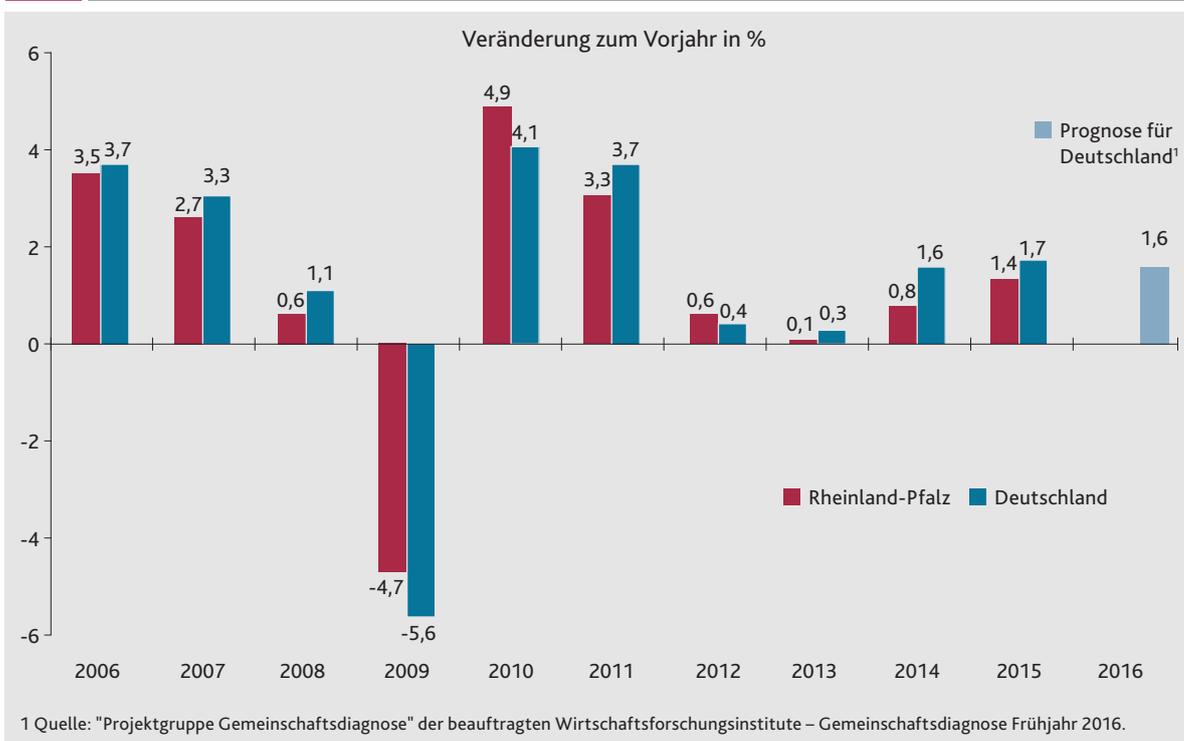
Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2015 nach Bundesländern



G 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2006–2016



T 1

Bruttoinlandsprodukt 2015 nach Bundesländern

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt	
	Mrd. EUR	Veränderung zu 2014 in %	Index: 2010=100	Veränderung zu 2014 in %
Baden-Württemberg	460,7	5,4	110,4	3,1
Bayern	549,2	4,3	112,3	2,1
Berlin	124,2	5,4	109,1	3,0
Brandenburg	65,3	4,7	106,6	2,7
Bremen	31,6	4,9	108,1	2,7
Hamburg	109,3	3,9	106,0	1,9
Hessen	263,4	3,8	106,8	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	39,9	3,9	104,6	1,9
Niedersachsen	258,5	4,0	106,7	2,1
Nordrhein-Westfalen	645,6	2,0	104,9	0,0
Rheinland-Pfalz	132,0	3,4	106,3	1,4
Saarland	35,0	4,6	105,8	2,4
Sachsen	112,7	3,7	108,5	1,5
Sachsen-Anhalt	56,2	2,0	100,3	0,1
Schleswig-Holstein	85,6	3,4	107,1	1,4
Thüringen	56,8	3,3	108,0	1,1
Deutschland	3 025,9	3,8	107,9	1,7
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 570,9	3,7	108,0	1,7
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	330,8	3,6	106,1	1,5

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2016.

trag der Industrie zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts mit 0,2 Prozentpunkten unterdurchschnittlich (Deutschland: 0,4 Prozentpunkte). Mit einem Anteil von gut 25 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung hat das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ein höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt (knapp 23 Prozent). Der Anstieg der Wertschöpfung in der Industrie ist wie in den Vorjahren vor allem auf die positive Entwicklung des Auslandsgeschäfts zurückzuführen. Während die Inlandsumsätze in jeweiligen Preisen um 0,5 Prozent sanken, stiegen die Auslandserlöse um 3,3 Prozent. Da der Export in der rheinland-pfälzischen Industrie mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmacht, konnte damit insgesamt ein Umsatzplus von 1,6 Prozent erreicht werden.

Besonders schwach entwickelte sich 2015 das Baugewerbe, das 4,9 Prozent zur gesamten Wertschöpfung beitrug (Deutschland: 4,7 Prozent). Preisbereinigt nahm die Wertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich um zwei Prozent ab (Deutschland: +0,3 Prozent). Dies bedeutete einen negativen Wachstumsbeitrag (-0,1 Prozentpunkte). Verantwortlich für den Rückgang ist das Bauhauptgewerbe. Dort sanken die baugewerblichen Umsätze um drei Prozent, nachdem sie im Jahr zuvor noch kräftig zugelegt hatten. Das Ausbaugewerbe verzeichnete zwar auch 2015 ein Umsatzplus, es konnte die Einbußen im Bauhauptgewerbe aber nicht ausgleichen.

Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe, das neben der

Rückgang der Wertschöpfung im Baugewerbe um zwei Prozent

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2015 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2014 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	131 951	3,4	3,8	1,4	1,7
Bruttowertschöpfung insgesamt	118 728	3,4	3,8	1,2	1,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 189	-11,3	-16,1	-0,4	-1,8
Produzierendes Gewerbe	39 489	2,6	4,2	0,5	1,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	33 684	2,3	3,9	0,9	2,0
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	30 031	2,0	3,7	0,8	1,7
Baugewerbe	5 805	3,8	6,1	-2,0	0,3
Dienstleistungsbereiche	78 050	4,0	3,8	1,7	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	21 506	4,9	3,8	2,9	1,9
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	27 386	3,7	3,8	1,4	1,6
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	29 159	3,7	3,8	1,0	1,1

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2016.

Industrie und dem Baugewerbe auch die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie den in Rheinland-Pfalz relativ kleinen Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, preisbereinigt um 0,5 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Der Anteil des sekundären Sektors an der gesamten Bruttowertschöpfung betrug 33 Prozent (Deutschland: 30 Prozent).

Im primären Sektor nahm die Wertschöpfung ebenfalls ab (-0,4 Prozent), aber weniger als in Deutschland (-1,8 Prozent). Mit lediglich einem Prozent ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung allerdings sehr gering (Deutschland: 0,6 Prozent). Zur sektoralen Wertschöpfung in Deutschland trug Rheinland-Pfalz jedoch 7,9 Prozent bei. Nur Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg trugen aufgrund größerer Nutzflächen mehr zur landwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland bei. Der hohe rheinland-pfälzische Anteil

erklärt sich durch die höhere Flächenproduktivität, insbesondere im Weinbau.

In den Dienstleistungsbereichen steigt die Wertschöpfung kräftig

Aus den Dienstleistungsbereichen, die einen Anteil von 66 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung haben (Deutschland: 69 Prozent), kamen im Berichtsjahr die größten Wachstumsimpulse. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte im tertiären Sektor um 1,7 Prozent zu (Deutschland: +1,5 Prozent) und trug so 1,1 Prozentpunkte zum Wachstum bei.

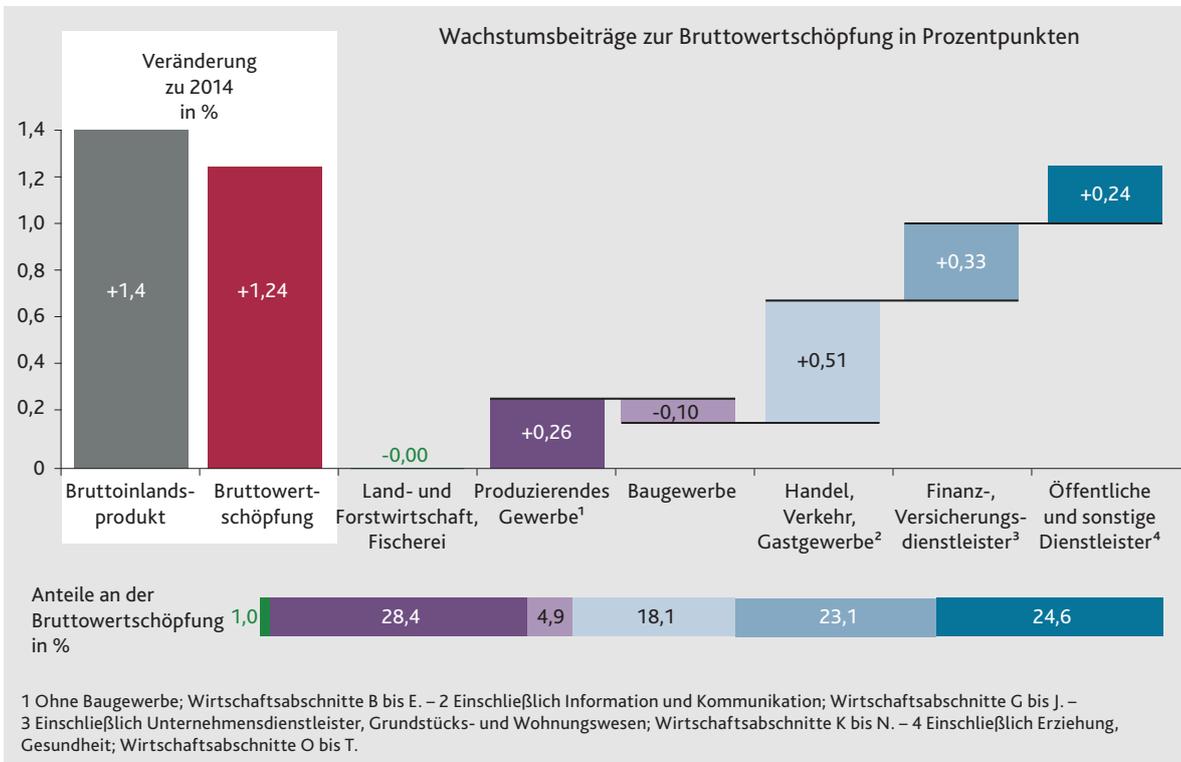
Den größten Zuwachs verzeichnete der mit einem Wertschöpfungsanteil von 18 Prozent kleinste Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“. Nach einer schwächeren Entwicklung im Jahr zuvor stieg die Wertschöpfung 2015 preisbereinigt um 2,9 Prozent und damit deutlich stärker als in Deutschland (+1,9 Prozent). Dabei verbuchte der Teilbereich „Handel, Verkehr und

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“: +2,9 Prozent

Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sinkt um 0,4 Prozent

G 3

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche 2015



Lagerei, Gastgewerbe“ mit einem Plus von 2,9 Prozent einen etwas stärkeren Anstieg als der Abschnitt „Information und Kommunikation“ (+2,6 Prozent).

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“: +1,4 Prozent

Auch der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ entwickelte sich besser als im Jahr zuvor. Die Zunahme der Bruttowertschöpfung betrug 1,4 Prozent; das waren allerdings 0,2 Prozentpunkte weniger als in Deutschland (+1,6 Prozent). Zurückzuführen ist das Wachstum insbesondere auf die Unternehmensdienstleister, die ein Plus von 2,3 Prozent verzeichneten. Im größten Teilbereich, dem Grundstücks- und Wohnungswesen, nahm die Wertschöpfung um 1,2 Prozent zu. Dagegen stagnierte die Wirtschaftsleistung der Finanz- und Versicherungsdienstleister (+0,2 Prozent).

Am geringsten war der Zuwachs der Bruttowertschöpfung im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit +1 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent). Der größte Dienstleistungsbereich (Wertschöpfungsanteil: 25 Prozent) wird von dem Unterbereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ dominiert, dessen Wertschöpfung um ein Prozent zunahm. Geringfügig schwächer verlief die Entwicklung im kleineren Teilbereich „Sonstige Dienstleister“ mit einem Plus von 0,8 Prozent. Zu diesem Bereich gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste.

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“: +1 Prozent

Arbeitsproduktivität steigt

Erwerbstätigkeit nimmt um 0,7 Prozent zu

Die Erwerbstätigkeit ist 2015 wie in den Vorjahren gestiegen. Mit 1,984 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt wurde ein neuer Rekordwert erreicht. Gegenüber 2014 war dies ein Anstieg um 14 200 Erwerbstätige bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent). Dazu trugen vor allem die Dienstleistungsbereiche bei. Den höchsten Zuwachs verzeichnete der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit einem Plus von 7 000 Personen (+1,1 Prozent). Die prozentual höchste Steigerung erzielte der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+1,9 Prozent bzw. +5 000 Personen). Auch im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ waren 2015 deutlich mehr Personen erwerbstätig als im Vorjahr (+3 900 Personen bzw. +0,8 Prozent). Im Gegensatz dazu nahm die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nur um 600 Personen bzw. 0,2 Prozent zu. Im Baugewerbe war die Zahl der Erwerbstätigen sogar rückläufig (–1 300 Personen bzw. –1,1 Prozent). Auch in der Land- und Forstwirtschaft war ein Beschäftigungsrückgang festzustellen (–900 Personen bzw. –2,2 Prozent).

Da der preisbereinigte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts höher ausfiel als der Anstieg der Erwerbstätigkeit, hat die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, zugenommen und zwar um 0,7 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Jeder Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz erwirtschaftete in jeweiligen Preisen bewertet durchschnittlich 66 500 Euro (Deutschland: 70 300 Euro). Das waren knapp 1700 Euro bzw. 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +2 000 Euro bzw. +3 Prozent).

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass darin Veränderungen des Arbeitsvolu-

Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen um 0,7 Prozent

men bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass darin Veränderungen des Arbeitsvolu-

T 3

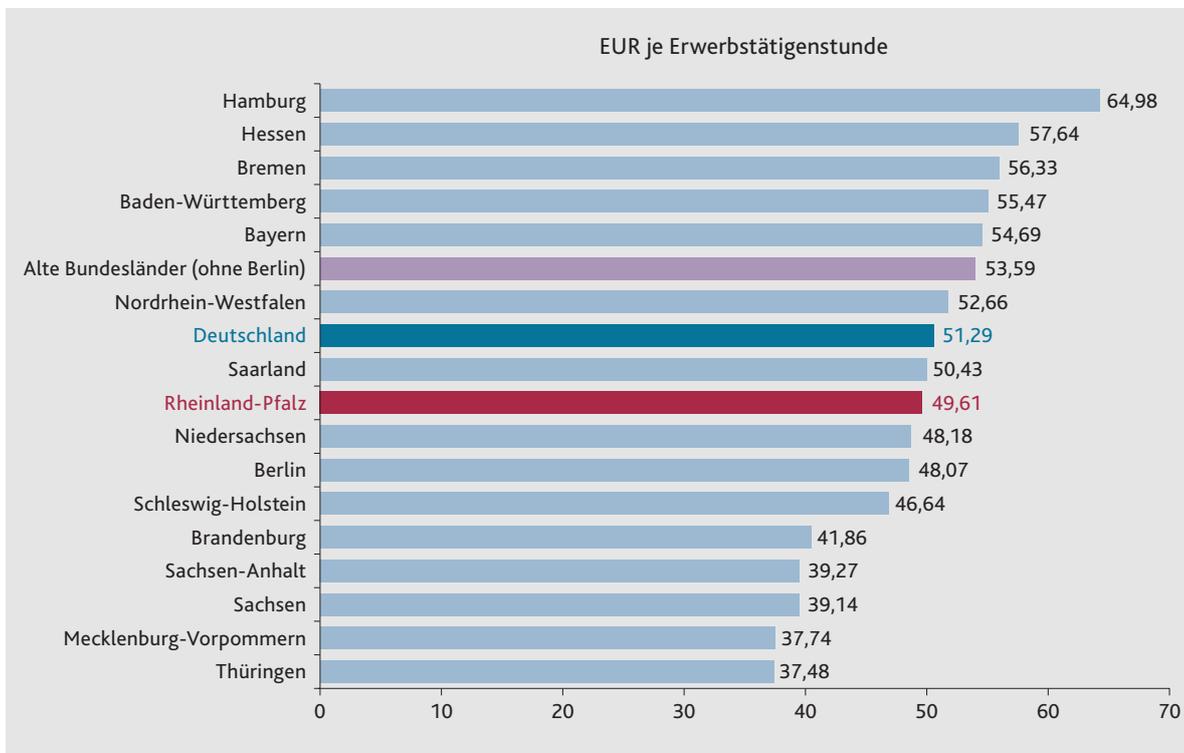
Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2015 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland		Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	1 000	Veränderung zu 2014 in %		Mill. Stunden	Veränderung zu 2014 in %	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	41,9	- 2,2	- 2,5	65,0	- 3,2	- 2,8
Produzierendes Gewerbe	512,1	- 0,1	0,0	759,0	- 0,2	0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	390,4	0,2	0,2	565,4	0,6	0,9
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	365,5	0,2	0,3	527,3	0,6	1,0
Baugewerbe	121,7	- 1,1	- 0,5	193,7	- 2,3	- 0,4
Dienstleistungsbereiche	1 429,9	1,1	1,1	1 835,6	1,2	1,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	497,4	0,8	0,6	658,8	0,6	1,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	268,9	1,9	2,0	361,0	1,6	2,2
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	663,7	1,1	1,0	815,7	1,4	1,4
Insgesamt	1 984,0	0,7	0,8	2 659,6	0,7	1,1

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2016.

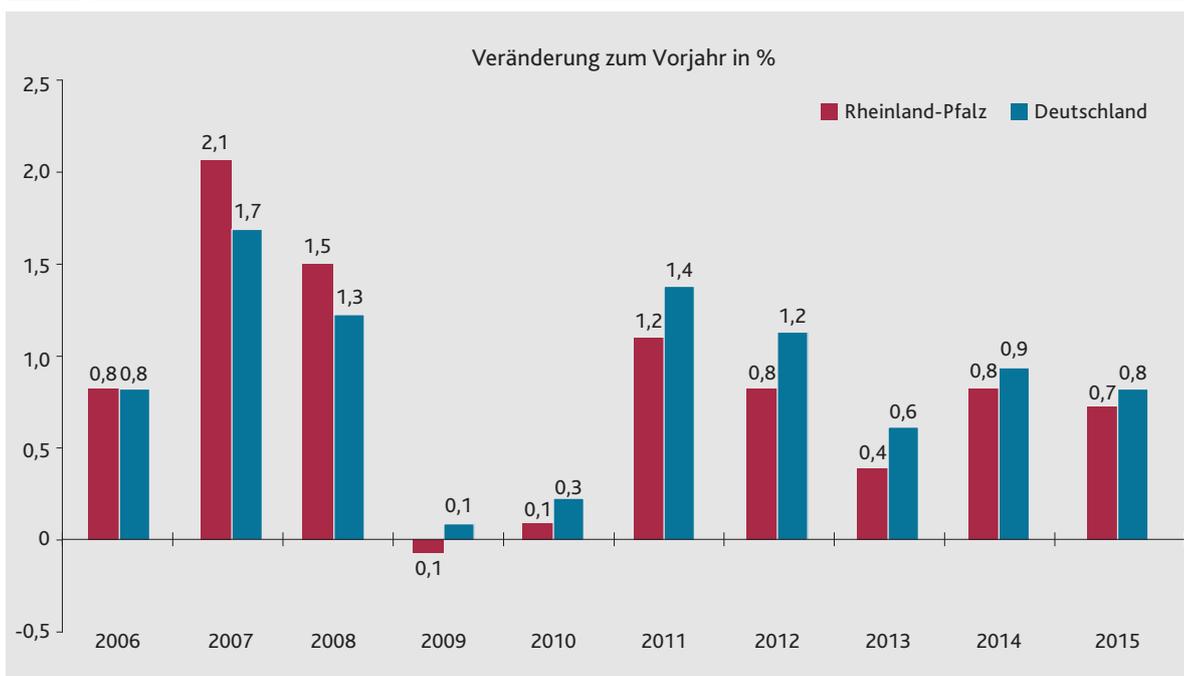
G 4

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2015 nach Bundesländern



G 5

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2006–2015



mens nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei regionalen und intertemporalen Vergleichen. Das Arbeitsvolumen spiegelt im Gegensatz zur Zahl der Erwerbstätigen auch strukturelle Verschiebungen wie vermehrte Teilzeitschäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung wider.

Arbeitsvolumen nimmt um 0,7 Prozent zu

Das Arbeitsvolumen hat 2015 – wie die Erwerbstätigkeit – um 0,7 Prozent zugenommen (Deutschland: +1,1 Prozent). Insgesamt wurden knapp 2,7 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, das waren 18 Millionen Stunden mehr als 2014. Jeder Erwerbstätige arbeitete somit wie im Jahr zuvor durchschnittlich 1341 Stunden. In den Wirtschaftsbereichen entwickelte sich das Arbeitsvolumen unterschiedlich. Die höchste Zunahme verzeichnete der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister,

Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit einem Plus von 1,6 Prozent bzw. 5,7 Millionen Stunden, gefolgt vom Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit einem Plus von 1,4 Prozent bzw. gut elf Millionen Stunden. Dagegen war das Arbeitsvolumen in der Land- und Forstwirtschaft und im Baugewerbe – wie auch die Bruttowertschöpfung – rückläufig. In der Landwirtschaft nahm die Zahl der geleisteten Stunden um 3,2 Prozent bzw. 2,1 Millionen Stunden ab. Im Baugewerbe wurden 2,3 Prozent bzw. 4,6 Millionen Stunden weniger gearbeitet.

Da sich Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen 2015 gleich entwickelten, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, genauso wie die Pro-Kopf-Produktivität um 0,7 Prozent gestiegen (Deutschland: +0,6 Prozent). In jeweiligen Preisen wurden je Erwerbstätigenstunde 49,61 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 51,29 Euro). Im Vergleich zu 2014 bedeutete dies einen Anstieg

Anstieg des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde um 0,7 Prozent

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.

um 2,6 Prozent (Deutschland: ebenfalls +2,6 Prozent). Nach Wirtschaftsbereichen untergliedert zeigt sich eine überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität des Produzierenden Gewerbes. Mit 52,02 Euro je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 52,58 Euro) lag sie um 9,50 Euro über der Produktivität im Dienstleistungssektor (42,52 Euro; Deutschland: 44,52 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in den Dienstleistungsbereichen der Teilbereich „Wohnungsvermietung“ enthalten ist. Er umfasst die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken. Die Arbeitsproduktivität ist in diesem Bereich sehr hoch. Dadurch fällt der Durchschnittswert für den Dienstleistungssektor deutlich höher aus als in den meisten Teilbereichen dieses Sektors. In der Land- und Forstwirtschaft wurden je Stunde durchschnittlich nur 18,30 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 14,47 Euro).

Arbeitnehmerentgelte steigen um 2,7 Prozent

Die Arbeitnehmerentgelte, die sämtliche Geld- und Sachleistungen umfassen, die den Beschäftigten aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zufließen (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber), sind um 3,9 Prozent gestiegen (Deutschland: ebenfalls +3,9 Prozent). Je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer bedeutete dies ein Plus von 2,7 Prozent (Deutschland: ebenfalls

+2,7 Prozent). Auch das Entgelt je geleisteter Arbeitsstunde erhöhte sich durchschnittlich um 2,7 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent). Da die Lohnkosten somit genauso stark zugenommen haben wie die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen, blieben die Lohnstückkosten im Berichtsjahr unverändert. In der Industrie, die besonders stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist und deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Kostenentwicklung haben muss, wurden 2015 ebenfalls höhere Arbeitnehmerentgelte gezahlt (+3,2 Prozent, Deutschland: +3,2 Prozent). Der Anstieg je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer fiel mit einem Plus von 2,9 Prozent sogar noch etwas höher aus als in der Wirtschaft insgesamt (Deutschland: +2,8 Prozent). Je geleisteter Arbeitsstunde nahmen die Arbeitnehmerentgelte in der Industrie dagegen weniger als in der Gesamtwirtschaft zu (+2,4 Prozent; Deutschland: +2 Prozent). Da die nominale Stundenproduktivität nur um 1,5 Prozent gestiegen ist (Deutschland: +2,7 Prozent), haben 2015 die Lohnstückkosten in der Industrie zugenommen.

Lohnstückkosten unverändert

Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt“.

Ausgabe N° 37 der Reihe „Statistische Analysen“

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2015

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2015 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2015“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden die Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen sowie die Themenbereiche „Preise“, „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“ sowie „Außenhandel“ aus der Analyse vorgestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wirtschaft/jw2015.pdf zur Verfügung. Anhangtabellen zu dieser Analyse finden Sie unter: www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wirtschaft/jw2015_tabellenanhang.pdf. Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen:



Landtagswahl 2016: Aggregatdatenanalyse

Der Einfluss sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale auf die Wahlbeteiligung und die Landesstimmenanteile

Von Dr. Sofie Jedinger und Dr. Annette Illy

Am 13. März 2016 fand die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz statt. Zum vierten Mal hat das Statistische Landesamt zu einer Landtagswahl noch in der Wahlnacht eine Analyse erstellt. Sie umfasste auch eine Aggregatdatenanalyse. Aggregatdatenanalysen geben Auskunft über statistische Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Stimmenanteilen der Parteien und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Charakteristika auf Ebene von Verwaltungsbezirken. In diesem Beitrag werden die Korrelationsanalysen, die in der Wahlnacht auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden durchgeführt wurden, um Ergebnisse multivariater Regressionen ergänzt.

Zusammenhänge zwischen Parteistimmenanteilen und sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen

Große Unterschiede in Wahlbeteiligung und Parteistimmenanteilen

Bei der Landtagswahl am 13. März 2016 unterschieden sich die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der Parteien in den kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz teils deutlich. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und im Wählerverhalten stehen mit einer Vielzahl von Strukturmerkmalen in Zusammenhang. Das zeigen die Ergebnisse einer Regressionsanalyse, in der ausgewählte sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale von 142 untersuchten Verwaltungsbezirken berücksichtigt wurden.

Starker statistischer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Zahl der SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher

Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als erstrebenswert, da sie die Funktionsfähigkeit der Demokratie sichert und politische Entschei-

dungsträger legitimiert. Die Wahlbeteiligung war mit 70,4 Prozent höher als bei den drei Landtagswahlen zuvor (2001, 2006 und 2011). Gleichwohl fiel sie in den 142 untersuchten der insgesamt 192 Verwaltungsbezirke sehr unterschiedlich aus. Am größten war das Wahlinteresse in Bodenheim (80,8 Prozent) und am geringsten in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim (57 Prozent).

Der mit Abstand stärkste statistische Zusammenhang zur Wahlbeteiligung in einem Verwaltungsbezirk zeigt sich zur SGB II-Quote. Je höher der Anteil von SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern („Hartz IV“) an der unter 65-jährigen Bevölkerung ist, desto geringer ist die Wahlbeteiligung (Beta = -0,68). Die Quote gilt als Indikator für die soziale Lage bzw. für die Armut in einer Region. Neben der SGB II-Quote haben noch weitere sozialstrukturelle Merkmale Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden mit höherem Akademikeranteil nehmen mehr Wahlberech-

Wahlbeteiligung zwischen 57 und 80,8 Prozent

Methodik

Der statistische Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Landesstimmenanteilen der Parteien und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen wird mithilfe multivariater linearer Regressionen auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden untersucht. Es werden insgesamt sieben Regressionsmodelle für die abhängigen Variablen Wahlbeteiligung und Landesstimmenanteile der Parteien geschätzt. Für diese Regressionsmodelle werden die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und das korrigierte Bestimmtheitsmaß (korrigiertes R^2) ausgewiesen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden in allen Modellen die gleichen unabhängigen Variablen und die gleiche Anzahl an Untersuchungseinheiten berücksichtigt.

Der **standardisierte Regressionskoeffizient Beta** gibt die Stärke und Richtung des linearen Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable an. Im multivariaten Modell wird dieser Einfluss unter Berücksichtigung des Einflusses der übrigen unabhängigen Variablen geschätzt (statistisch kontrolliert). Multikollinearität liegt in keinem problematischen Ausmaß vor (Varianzinflationsfaktor < 10). Ein Beta-Wert von +1 weist auf einen perfekten positiven Einfluss, ein Beta-Wert von -1 auf einen perfekten negativen Einfluss hin. Bei einem Beta-Wert von Null existiert kein linearer Zusammenhang. Ob ein Regressionskoeffizient signifikant von null verschieden ist, wird bei gängigen Irrtumswahrscheinlichkeiten (zehn, fünf und ein Prozent) getestet. Die Beschreibung konzentriert sich auf die signifikanten Effekte.

Das **korrigierte Bestimmtheitsmaß** gibt an, wie gut die abhängige Variable durch das Modell „erklärt“ werden kann. Im bestmöglichen Fall nimmt es den Wert Eins an, im schlechtesten Fall wird es negativ.

Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es folgendes zu bedenken:

- Grundsätzlich sollten weitreichende Schlussfolgerungen nie allein auf Basis statistischer Analysen gezogen werden, sondern auch auf Basis eines theoretischen Modells begründet sein.
- Aus den Ergebnissen kann nicht auf das individuelle Wählerverhalten geschlossen werden. Ein starker Einfluss beispielsweise des Arbeitslosenanteils auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei muss nicht bedeuten, dass diese Partei von Arbeitslosen gewählt wurde, da eine hohe Arbeitslosigkeit auch die Wahlentscheidung von Erwerbstätigen beeinflussen kann.
- Der Einfluss einer unabhängigen Variablen kann sich ändern, wenn weitere, hier nicht berücksichtigte unabhängige Variablen ins Modell aufgenommen werden. Gleiches gilt für Verwaltungsbezirke, die aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht untersucht werden konnten.
- Die zeitliche Reihenfolge wurde nicht kontrolliert. Selbst ein hoher und signifikanter Einfluss berechtigt damit nicht zu Schlüssen über Ursache und Folge. Ein hoher Regressionskoeffizient des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei könnte durch den Einfluss des Wohlstandsniveaus auf das Wählerverhalten entstehen oder umgekehrt durch den Einfluss der Politik auf die Einkommenssituation.

- Ein Regressionskoeffizient mit dem Wert Null bedeutet, dass kein linearer Zusammenhang vorliegt. Es könnte dennoch ein nicht-linearer Zusammenhang bestehen. Beispielsweise könnte eine Partei in

Regionen ohne Bevölkerungswachstum sehr erfolgreich sein, während sie in Regionen mit Bevölkerungswachstum bzw. -rückgang nur geringe Stimmenanteile erhält.

tigte ihr Stimmrecht in Anspruch (Beta = 0,21). In Verwaltungsbezirken mit höherer Bevölkerungsdichte, also in Städten und Ballungsräumen, ist die Wahlbeteiligung tendenziell höher als in dünner besiedelten Gebieten (Beta = 0,22).

Zudem ist die politische Partizipation in Verwaltungsbezirken höher, die geringere Bevölkerungsanteile von unter 30-Jährigen (unter 18-Jährige: Beta = -0,33; 18- bis unter 30-Jährige: -0,44) sowie 65-Jährigen und Älteren (Beta = -0,23) aufweisen.

T 1

Übersicht der in der Aggregatdatenanalyse verwendeten Strukturmerkmale

Merkmal	Zeitpunkt	Datenquelle
Bevölkerungsdichte (Bevölkerung je km ²)	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung, Gebietsstand
Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2014 (in Prozent)	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
Anteil der ... an der Bevölkerung		
unter 18-Jährigen	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
18- bis unter 30-Jährigen	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
65-Jährigen und Älteren	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
Frauen	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
Ausländer/-innen	31.12.2014	Bevölkerungsfortschreibung
Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2014)
Ledigen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2014)
Verwitweten	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2014)
Anteil der ... an allen Haushalten		
Haushalte von Alleinerziehenden	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2014)
... je Einwohner/-in		
Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich insgesamt	2014	Schuldenstatistik, Bevölkerungsfortschreibung
... je Steuerpflichtigem		
zu versteuerndes Einkommen	2010	Lohn- und Einkommensteuerstatistik
Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung		
Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	31.12.2014	Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungsfortschreibung
Anteil der ... an allen Wohnungen		
leer stehenden Wohnungen	2011	Zensus 2011 (Gebietsstand 2014)
Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt		
Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Arbeiter/-innen sowie Angestellten	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Selbstständigen	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ...		
(noch) ohne beruflichen Abschluss	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)
mit (Fach-)Hochschulabschluss	2011	Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011)

Verwendete Strukturdaten

Die in die Aggregatdatenanalyse einbezogenen Daten stammen aus der amtlichen Statistik der Jahre 2010 und 2014 und dem Zensus mit dem Stichtag 9. Mai 2011. Ein Teil der Zensusdaten stammt aus einer Stichprobe, in die ausschließlich Gemeinden einbezogen wurden, die am 31. Dezember 2009 mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner aufwiesen. In die Regressionsanalyse können daher nur

die 142 Gebietseinheiten (Gebietsstand 1. Juli 2014: zwölf kreisfreie Städte, 26 verbandsfreie Gemeinden und 104 Verbandsgemeinden) einbezogen werden, die diese Mindestgröße erreichten und seit 2011 von keiner Gebietsreform betroffen waren. Darüber hinaus konnte die Verbandsgemeinde Edenkoben aufgrund der zurückgenommenen Gebietsreform nicht berücksichtigt werden.

Die konfessionelle Verbreitung hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In Verwaltungsbezirken, in denen mehr Protestanten als Katholiken leben, gehen mehr Wahlberechtigte wählen als in Verwaltungsbezirken, in denen der Anteil der Katholiken größer ist als der Anteil der Protestanten (Beta = -0,22).

SPD ist vor allem in Verwaltungsbezirken mit hohem Protestantenanteil erfolgreich

SPD-Stimmenanteil zwischen 21,7 und 46,6 Prozent

Bei der diesjährigen Landtagswahl stimmte mehr als jede bzw. jeder Dritte für die Sozialdemokraten (36,2 Prozent). Die SPD konnte in der Verbandsgemeinde Kirn-Land im Landkreis Bad Kreuznach am meisten Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Dort stimmten 46,6 Prozent für die SPD. Mit 21,7 Prozent mussten die Sozialdemokraten ihr schlechtestes Ergebnis in Adenau im Landkreis Ahrweiler hinnehmen.

Stärkster Zusammenhang zwischen Protestantenanteil und SPD-Stimmenanteil

Die SPD ist besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken, in denen relativ mehr Menschen der evangelischen als der römisch-katholischen Kirche angehören. Je höher der Anteil von Katholikinnen und Katholiken an der Bevölkerung, desto geringer ist der Stimmenanteil für die SPD (Beta = -0,75).

Die Bevölkerungsstruktur eines Verwaltungsbezirks hat hinsichtlich des Familienstandes der Einwohnerinnen und Einwohner die Wahl der SPD ebenfalls beeinflusst. Die Sozialdemokraten sind in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden umso erfolgreicher, je größer der Bevölkerungsanteil der Ledigen ist (Beta = 0,70).

SPD erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Anteil Lediger

In Verwaltungsbezirken mit einer jüngeren Bevölkerung schneidet die SPD vergleichsweise ungünstiger ab. Je größer der Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an der Bevölkerung ist, desto niedriger ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten (Beta = -0,59).

Die Berufsstruktur in den kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden hat ebenfalls einen Einfluss auf das Stimmenergebnis der SPD. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die SPD dort überdurchschnittliche Resultate erzielt (Beta = -0,45).

Die SPD war bei der Landtagswahl 2016 besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken, die eher dünn besiedelt sind, deren Bevölkerung aber zwischen 2005 und 2014 überdurchschnittlich gewachsen ist. Je höher die Bevölkerungsdichte ist, desto

SPD-Anteil höher in dünn besiedelten Verwaltungsbezirken mit Einwohnerzuwachs

ungünstiger fällt das Wahlergebnis für die SPD aus ($\text{Beta} = -0,25$). Je größer das Bevölkerungswachstum ist, desto besser schneiden die Sozialdemokraten ab ($\text{Beta} = 0,23$). Die Bevölkerungsdichte hat bei den anderen Parteien keinen signifikanten Effekt auf den Stimmenanteil.¹

CDU erzielt gute Ergebnisse in katholisch geprägten Gebieten

20,7 bis 51,1 Prozent der Stimmen für die CDU

Die Christdemokraten errangen am 13. März 31,8 Prozent der gültigen Stimmen und wurden damit hinter der SPD zweitstärkste Partei. Ihr bestes Ergebnis erzielte die CDU in Adenau, also in der Verbandsgemeinde, in der die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis in den 142 untersuchten Verwaltungsbezirken hinnehmen musste. Mit 51,1 Prozent votierte in Adenau jede zweite Wählerin bzw. jeder zweite Wähler für die Christdemokraten. In der Verbandsgemeinde Kusel war der Stimmenanteil der CDU mit 20,7 Prozent am niedrigsten.

CDU vor allem in überwiegend katholisch geprägten Verwaltungsbezirken stark

Die konfessionelle Bevölkerungsstruktur eines Verwaltungsbezirks hat den mit Abstand stärksten Einfluss auf den Wahlausgang für die CDU. Je größer die Differenz zwischen Katholiken- und Protestantenanteil zugunsten der Katholikinnen und Katholiken ausfällt, desto besser schneidet die CDU ab ($\text{Beta} = 0,75$). Der Effekt ist also gegenläufig zu dem der SPD.

Positiver Effekt des Selbstständigenanteils auf den CDU-Stimmenanteil

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen wirkt ebenfalls auf das Wahlergebnis der Christdemokraten. Je höher der Anteil der Selbstständigen in einer kreisfreien Stadt, verbandsfreien Gemeinde und Verbandsge-

¹ Am Beispiel der Bevölkerungsdichte sieht man, dass die in der Wahlnachtanalyse durchgeführten Korrelationen Zusammenhänge zeigten, die in der hier durchgeführten Regressionsanalyse der Kontrolle von Drittvariablen nicht stand hielten und umgekehrt. Dies gilt auch dann, wenn die Korrelationsanalyse nur mit den hier verwendeten 142 Beobachtungen durchgeführt wird.

meinde ist, desto höher ist der CDU-Stimmenanteil ($\text{Beta} = 0,26$). Auch hier gibt es einen gegensätzlichen Effekt zur SPD.

Die CDU ist außerdem in Verwaltungsbezirken erfolgreicher, in denen der Ausländeranteil unter dem Durchschnitt liegt. Je höher der Ausländeranteil ist, desto geringer ist der Stimmenanteil der Christdemokraten ($\text{Beta} = -0,17$).

In Verwaltungsbezirken mit einer schwächeren Bevölkerungsentwicklung wird ebenfalls eher CDU gewählt. Je stärker die Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2014 in einem Verwaltungsbezirk zunahm, desto geringer ist der CDU-Stimmenanteil ($\text{Beta} = -0,16$).

Die Christdemokraten sind in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgreicher, in denen der öffentliche Schuldenstand unterdurchschnittlich ist. Je größer das Haushaltsdefizit eines Verwaltungsbezirks ist, desto unwahrscheinlicher ist ein hoher CDU-Stimmenanteil ($\text{Beta} = -0,15$). Auch der Wohnungsleerstand, ein Merkmal für die Siedlungsstruktur und Attraktivität einer Region, hat einen Einfluss auf das CDU-Ergebnis. Je mehr Wohnungen relativ gesehen leer stehen, desto eher wird in den entsprechenden Verwaltungsbezirken für die Christdemokraten gestimmt ($\text{Beta} = 0,15$).

CDU-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit unterdurchschnittlichem öffentlichen Schuldenstand

AfD-Stimmenanteil hängt mit Familienstand zusammen

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist zum ersten Mal bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten. Sie erzielte auf Anhieb 12,6 Prozent der gültigen Stimmen und wurde hinter SPD und CDU drittstärkste Partei. Von den 142 Verwaltungseinheiten, die in die Analyse einbezogen wurden, konnte

AfD erreicht Stimmenanteil von 8,1 bis 25 Prozent

die AfD den höchsten Stimmenanteil in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim erringen (25 Prozent). Mit 8,1 Prozent entfielen in Vallendar im Landkreis Mayen-Koblenz die wenigsten Stimmen auf die AfD. Aufgrund des Wandels der rheinland-pfälzischen Parteienlandschaft ist die Frage von besonderem Interesse, wodurch Verwaltungsbezirke gekennzeichnet sind, in denen die AfD

erfolgreich war bzw. in denen sie nur wenig Zuspruch erhielt.

Den im Vergleich zu allen anderen berücksichtigten Faktoren stärksten Einfluss hatte der Familienstand. Je geringer der Bevölkerungsanteil an Ledigen in einem Verwaltungsbezirk ist, desto besser fällt das Ergebnis für die AfD aus (Beta = -0,76). Die AfD ist damit in Verwaltungsbezirken besonders stark, in denen die

Negativer Zusammenhang zwischen Anteil der Ledigen und AfD-Stimmenanteil

Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung und die Landesstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Landtagswahl 2016

Wahlkreis	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	AfD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
Bevölkerungsdichte	0,22 ***	-0,25 **	0,10	0,06	0,07	0,03	0,01
Bevölkerungsentwicklung	0,12	0,23 **	-0,16 *	-0,03	0,22 *	0,01	-0,19 **
Anteil der ... an der Bevölkerung							
unter 18-Jährigen	-0,33 ***	-0,08	0,09	-0,04	-0,06	-0,09	0,31 ***
18- bis unter 30-Jährigen	-0,44 ***	-0,59 ***	0,15	0,33 **	0,05	-0,01	0,49 ***
65-Jährigen und Älteren	-0,23 *	-0,09	0,22	-0,29 *	0,41 *	-0,02	0,19
Frauen	0,02	0,05	-0,09	-0,04	-0,05	0,17 *	0,07
Ausländer/-innen	-0,10 ***	0,09	-0,17 **	0,05	0,12	0,14	0,06
Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen	-0,22 ***	-0,75 ***	0,75 ***	-0,24 ***	-0,07	-0,09	-0,14 **
Ledigen	-0,10	0,70 ***	-0,17	-0,76 ***	0,18	0,47 ***	0,17
Verwitweten	-0,15	0,31 *	-0,18	-0,13	-0,14	0,08	0,08
Anteil der ... an allen Haushalten							
Haushalte von Alleinerziehenden	0,09	-0,11	0,03	0,11	0,01	-0,15 **	0,08
... je Einwohner/-in							
Öffentlicher Schuldenstand	-0,02	0,03	-0,15 **	0,15 *	-0,35 ***	0,16 **	0,18 **
... je Steuerpflichtigem							
zu versteuerndes Einkommen	-0,02	-0,01	0,02	-0,10	0,14	0,13 *	0,01
Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung							
Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	-0,68 ***	0,11	-0,13	0,24 *	0,09	0,00	0,01
Anteil der ... an allen Wohnungen							
leer stehenden Wohnungen	0,01	-0,05	0,15 *	-0,27 ***	0,15	-0,23 **	0,11
Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt							
Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich	0,07	-0,01	0,14	-0,12	-0,24 *	-0,03	0,11
Arbeiter/-innen sowie Angestellten	0,03	-0,20	0,11	0,27 *	-0,31	-0,35 **	-0,10
Selbstständigen	0,02	-0,45 ***	0,26 **	0,16	0,13	-0,07	-0,30 **
Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ...							
(noch) ohne beruflichen Abschluss	0,18 **	-0,13	0,06	0,06	0,03	-0,11	0,01
mit (Fach-)Hochschulabschluss	0,21 *	0,04	-0,11	0,00	0,06	0,03	0,07
Korrigiertes R ²	0,73	0,49	0,71	0,60	0,34	0,64	0,63
Zahl der Verwaltungseinheiten	142	142	142	142	142	142	142

Ausgewiesen sind die standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta). Alle Modelle wurden mit einer Konstante geschätzt.
 ***/**/*: signifikant zum 1-/5-/10-Prozent-Niveau.

meisten in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft leben oder gelebt haben.

AfD eher erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit jüngerer Bevölkerungsstruktur

Unabhängig vom Familienstand der Bevölkerung ist die AfD in Verwaltungsbezirken mit einer jüngeren Bevölkerung (18- bis unter 30-Jährige; $\beta = 0,33$) erfolgreicher als in Verwaltungsbezirken mit einer älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter; $\beta = -0,29$). Verwaltungsbezirke mit überdurchschnittlichen Ergebnissen für die AfD weisen einen überdurchschnittlichen Arbeiter- und Angestelltenanteil unter den Erwerbspersonen auf ($\beta = 0,27$).

AfD-Anteil steigt mit SGB II-Quote

Zudem ist die Partei in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden umso erfolgreicher, je geringer der Wohnungsleerstand in diesen Verwaltungsbezirken ist ($\beta = -0,27$). Auch eine relativ hohe SGB II-Quote erhöht die Wahrscheinlichkeit für einen Wahlerfolg der AfD. Je mehr SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher ein Verwaltungsbezirk zählt, desto besser schneidet die AfD ab ($\beta = 0,24$).

Ist in einem Verwaltungsbezirk der Katholikenanteil größer als der Protestantenanteil, fällt das Wahlergebnis für die AfD schlechter aus ($\beta = -0,24$). Zudem hat auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Einfluss auf das Abschneiden der „Alternative für Deutschland“. Je größer das Defizit ist, umso größer ist auch der Stimmenanteil der AfD ($\beta = 0,15$).

Kein signifikanter Einfluss des Ausländeranteils auf AfD-Stimmenanteil

Der Ausländeranteil in einem Verwaltungsbezirk hat keinen signifikanten Einfluss auf den Stimmenanteil der AfD. Zu bedenken ist aber, dass der Analyse Bevölkerungsdaten aus dem Jahr 2014 zugrunde gelegt sind. Die starken Zuzüge aus dem Ausland fanden erst 2015 statt.

FDP wird in Verwaltungsbezirken mit hohem Seniorenanteil gewählt

Nachdem die Freien Demokraten 2011 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, ist ihnen am 13. März der Wiedereinzug in den rheinland-pfälzischen Landtag gelungen. Die FDP kam auf 6,2 Prozent der Stimmen, wobei sie in der Verbandsgemeinde Freinsheim im Kreis Bad Dürkheim mit 8,7 Prozent ihr bestes Ergebnis in allen untersuchten Verwaltungsbezirken erzielte. Relativ gesehen votierten die wenigsten Wählerinnen und Wähler für die FDP in Ramstein-Miesenbach im Kreis Kaiserslautern (3,3 Prozent).

Prozentual machen besonders viele Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz bei der FDP in Verwaltungsbezirken mit vergleichsweise vielen Seniorinnen und Senioren. Je höher der Bevölkerungsanteil der 65-Jährigen und Älteren ist, desto besser fällt das Wahlergebnis für die Freien Demokraten aus ($\beta = 0,41$).

Eine geringe Verschuldung der öffentlichen Haushalte wirkt sich ebenfalls positiv auf die Stimmenanteile der Partei aus. Je kleiner das Defizit in einem Verwaltungsbezirk ist, desto höher ist der Stimmenanteil für die FDP ($\beta = -0,35$). Auch die Struktur der Erwerbsbevölkerung beeinflusst das Ergebnis der FDP signifikant. Je geringer der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten ist, desto mehr Stimmen kann die Partei anteilig auf sich vereinen ($\beta = -0,24$).

Die Freien Demokraten können in Verwaltungsbezirken, in denen sich zwischen 2005 und 2014 die Einwohnerzahl überdurchschnittlich entwickelt hat, besonders gute Ergebnisse erzielen. Je stärker das Bevölkerungswachstum ist, desto höher fällt der FDP-Stimmenanteil aus ($\beta = 0,22$).

FDP-Stimmenanteil zwischen 3,3 und 8,7 Prozent

Starker Zusammenhang zwischen Seniorenanteil und FDP-Ergebnis

FDP-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit geringem öffentlichen Schuldenstand

FDP erfolgreich in wachsenden Verwaltungsbezirken

Der Selbstständigenanteil hat keinen Effekt auf den FDP-Stimmenanteil; die Ergebnisse zeigen keinen signifikanten statistischen Einfluss auf Ebene der untersuchten Verwaltungsbezirke.

GRÜNE schneiden in Verwaltungsbezirken mit hohem Ledigenanteil besser ab

GRÜNE erreichen zwischen 2,1 und 10,2 Prozent

Die GRÜNEN mussten bei dieser Wahl deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Hatten sie bei der Landtagswahl 2011 noch 15,4 Prozent der Stimmen erringen können, waren es am 13. März nur noch 5,3 Prozent (-10,1 Prozentpunkte). Von allen in die Analyse einbezogenen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden konnten die GRÜNEN ihr bestes Ergebnis in der Landeshauptstadt Mainz sowie in Trier erreichen (jeweils 10,2 Prozent). In der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land im Landkreis Südwestpfalz verbuchten die GRÜNEN ihren niedrigsten Wähleranteil (2,1 Prozent).

Stärkster Einfluss des Ledigenanteils auf Stimmenanteil der GRÜNEN

In Verwaltungsbezirken mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Ledigen schneiden die GRÜNEN tendenziell besser ab. Je höher der Bevölkerungsanteil von Personen ist, die nicht verheiratet bzw. verpartnert sind bzw. es nie waren, desto höher ist auch der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = 0,47).

Die Art des Berufs, dem die Einwohnerinnen und Einwohner eines Verwaltungsbezirkes nachgehen, hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlchancen der GRÜNEN. Je mehr Arbeiter und Angestellte unter den Erwerbspersonen sind, desto unwahrscheinlicher ist ein hoher Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,35).

Kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden mit einem hohen

Wohnungsleerstand zählen ebenfalls nicht zu den Verwaltungsbezirken, in denen die GRÜNEN erfolgreich sind. Je größer der Anteil leer stehender Wohnungen ist, desto geringer fällt der Stimmenanteil der GRÜNEN aus (Beta = -0,23).

Das Wahlergebnis der GRÜNEN wird auch von der Geschlechterstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Wohnen in einem Verwaltungsbezirk relativ gesehen mehr Frauen als Männer, steigen die Wahlchancen der GRÜNEN für höhere Stimmenanteile (Beta = 0,17).

Die GRÜNEN sind in Verwaltungsbezirken mit höheren Defiziten erfolgreicher als in Verwaltungsbezirken mit unterdurchschnittlichen öffentlichen Schuldenständen. Je stärker eine kreisfreie Stadt, verbandsfreie Gemeinde oder Verbandsgemeinde verschuldet ist, desto eher haben die GRÜNEN dort gute Ergebnisse erzielen können (Beta = 0,16). Ein ähnlicher Effekt kann auch bei der AfD und der Partei DIE LINKE beobachtet werden. Bei CDU und FDP dagegen hängt der Stimmenanteil negativ mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zusammen.

Leben in einem Verwaltungsbezirk vergleichsweise viele Alleinerziehende, hat das die Chancen der GRÜNEN verringert. Je höher der Bevölkerungsanteil von Müttern und Vätern ist, die ihr Kind ohne Partner bzw. Partnerin großziehen, desto geringer ist der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,15). Die Einkommensstruktur der Bevölkerung beeinflusst das Abschneiden der GRÜNEN ebenfalls. Ist das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen in einem Verwaltungsbezirk relativ hoch, haben die GRÜNEN tendenziell bessere Wahlergebnisse erreicht (Beta = 0,13).

GRÜNE schneiden besser ab in Verwaltungsbezirken mit hohem Frauenanteil

Stimmenanteil der GRÜNEN höher in Verwaltungsbezirken mit hohem öffentlichen Schuldenstand

Positiver Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Einkommen und GRÜNEN-Anteil

DIE LINKE erfolgreicher in Verwaltungsbezirken mit junger Bevölkerung

DIE LINKE fast überall unter fünf Prozent

Die Partei DIE LINKE konnte bei den Wahlen zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz lediglich 2,8 Prozent der Stimmen erzielen. Damit scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste den Einzug in den Landtag. In den 142 analysierten Verwaltungsbezirken erzielte die Partei ihr bestes Ergebnis in der kreisfreien Stadt Trier. Sie erreichte dort einen Stimmenanteil von 5,1 Prozent. In Deidesheim im Landkreis Bad Dürkheim schnitt die Linkspartei mit 1,1 Prozent der Stimmen am schlechtesten ab.

DIE LINKE stärker in Verwaltungsbezirken mit relativ junger Bevölkerung

DIE LINKE war besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit vergleichsweise junger Bevölkerungsstruktur. Je höher der Anteil der unter 30-Jährigen (unter 18-Jährige: $\beta = 0,31$; 18- bis 30-Jährige: $\beta = 0,49$), desto höher ist der Stimmenanteil der Linkspartei.

Negativer Zusammenhang zwischen Selbstständigenganteil und Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

In Verwaltungsbezirken, in denen relativ betrachtet viele Erwerbspersonen selbstständig sind, erreichte DIE LINKE nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto geringer ist der Stimmenanteil, den die Partei erzielt hat ($\beta = -0,30$).

Eine überdurchschnittlich wachsende Bevölkerung hat sich ebenfalls negativ auf den Erfolg der Linkspartei ausgewirkt. Je stärker die Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2014 in einem Verwaltungsbezirk gestiegen ist, desto weniger Stimmen entfallen anteilig auf die Partei DIE LINKE ($\beta = -0,19$).

Schuldenstand mit positivem Einfluss auf Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

Der öffentliche Schuldenstand hat hingegen einen positiven Einfluss auf den Wahlerfolg der Partei. Ist ein Verwaltungsbezirk überdurchschnittlich hoch verschuldet, ist auch der Stimmenanteil für die Linkspartei tendenziell höher ($\beta = 0,18$).

Die Konfession hat bei den meisten Parteien einen signifikanten Einfluss auf den Stimmenanteil, so auch bei der Linkspartei. Wie bei SPD und AfD ist der Stimmenanteil der Linkspartei umso höher, je höher der Protestantenanteil im Vergleich zum Katholikenanteil ist ($\beta = -0,14$).

Für die SGB II-Quote, den Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss sowie den Erwerbspersonenanteil von Arbeitern und Angestellten zeigt sich kein Zusammenhang mit dem Stimmenanteil der Partei DIE LINKE. Mit den im Modell berücksichtigten Einflussfaktoren können auf Ebene der 142 untersuchten Verwaltungsbezirke jedenfalls keine signifikanten statistischen Zusammenhänge beobachtet werden.

Fazit

Die Höhe der Wahlbeteiligung und die Landesstimmenanteile der Parteien variieren in Abhängigkeit von den sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden.

Die Wahlbeteiligung zeigt den stärksten statistischen Zusammenhang zum Anteil von Sozialleistungsempfängern an der Bevölkerung. Das Wahlinteresse ist in Verwaltungsbezirken unterdurchschnittlich, in denen der Anteil von SGB II- bzw. Hartz IV-Bezieherinnen und -Beziehern überdurchschnittlich ist.

Die Stimmenanteile der beiden großen Volksparteien werden maßgeblich von der konfessionellen Struktur beeinflusst. In vorwiegend katholisch geprägten Gebieten fällt das Ergebnis für die CDU besser aus, wohingegen in protestantisch geprägten Gebieten der SPD-Stimmenanteil tendenziell höher ist. Der Wahlerfolg der AfD hängt statistisch gesehen nicht mit dem Ausländeranteil

Auch DIE LINKE stärker in eher protestantisch geprägten Verwaltungsbezirken

zusammen. Vielmehr erweist sich der Familienstand der Bevölkerung als wichtigstes Kriterium für das Abschneiden der AfD. Die „Alternative für Deutschland“ ist besonders dort erfolgreich, wo der Anteil der Ledigen vergleichsweise geringer ist. Dieses Merkmal hat auch den stärksten statistischen Einfluss auf das Ergebnis der GRÜNEN, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Wo der Ledigenanteil hoch ist, sind auch die GRÜNEN tendenziell stark.

Der FDP-Stimmenanteil wird am stärksten durch die Altersstruktur beeinflusst. In Gebieten, in denen viele Seniorinnen und Senioren leben, ist die FDP besonders erfolgreich. Ein deutlicher Einfluss der Selbstständigen auf den Stimmenanteil der FDP ist dagegen nicht zu beobachten.

Auch der Wahlausgang für die Partei DIE LINKE hängt in erster Linie von der Altersstruktur ab, wobei es hier auf eine vergleichsweise junge Bevölkerung ankommt.

In Bezirken, in denen der Anteil der unter 30-Jährigen überdurchschnittlich ist, hat DIE LINKE besonders gut abgeschnitten. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten zeigt hingegen keinen statistischen Einfluss auf ihr Stimmenergebnis.

Wahlbeteiligung und Wählerverhalten hängen nicht nur mit strukturellen Charakteristika der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zusammen, sondern auch mit individuellen Merkmalen der Stimmberechtigten. Detaillierte Analysen nach Alter und Geschlecht werden auf Basis der Repräsentativen Wahlstatistik durchgeführt, deren Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Dr. Sofie Jedinger ist als Referentin im Referat „Analysen“ tätig. Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt“.

Info

Die Statistische Analyse N° 36 „Landtagswahl – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“ steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/wahlnachtanalyse-lw2016 zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der darin enthaltenen Aggregatdatenanalyse wurden Korrelationskoeffizienten

für ausgewählte Strukturmerkmale und die Wahlbeteiligung bzw. Landesstimmentanteile ausgewählter Parteien berechnet. Zusätzlich wurden in Kreuztabellen Abweichungen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bzw. den durchschnittlichen Stimmenanteilen in Verwaltungsbezirken mit den höchsten bzw. niedrigsten Merkmalsausprägungen dargestellt.

Unternehmen der öffentlichen Hand

Erfassung durch die amtliche Statistik



Von Dr. Christoph Wonke

Der öffentliche Bereich nutzt auch eigene Unternehmen bzw. Einheiten außerhalb seiner Verwaltung. Die Finanzstatistik unterscheidet dabei zwischen Unternehmen bzw. Einheiten, die im engeren Sinn (Extrahaushalte) und im weiteren Sinn (Marktproduzenten) zur öffentlichen Hand gehören.

In der Mehrheit der Einheiten wird die kaufmännische Buchführung angewendet. Die öffentliche Hand tritt hier als regionaler Arbeitgeber in Erscheinung: Rund 19 000 Personen sind in Extrahaushalten, rund 49 000 bei Marktproduzenten beschäftigt. Die häufigsten Rechtsformen sind die GmbH und der Eigenbetrieb. Die betriebswirtschaftliche Rentabilität ist bei den Extrahaushalten systembedingt niedriger als bei den Marktproduzenten in öffentlicher Hand.

Unternehmen als Teil der öffentlichen Hand

In Deutschland darf die öffentliche Hand ihre Aufgaben im Rahmen der eigenen Verwaltung erbringen. Sie kann jedoch zusätzlich auch Einheiten nutzen, die zwar von ihr beherrscht werden, jedoch streng genommen nicht Teil der Verwaltung sind.

Die amtliche Statistik soll einen transparenten und möglichst vollständigen Überblick über die Finanzlage der öffentlichen Hand schaffen. Dazu erfasst sie einerseits die eigentlichen Verwaltungen. Hierzu gehören die klassischen Behörden wie beispielsweise Ministerien, Landesämter und Gemeindeverwaltungen. Sie werden zusammen als sogenannter Kernhaushalt bezeichnet. Andererseits berücksichtigt die amtliche Statistik auch Einheiten der öffentlichen

Hand, die zwar außerhalb des Kernhaushaltes liegen, jedoch durch die öffentliche Hand kontrolliert werden (i. d. R. aufgrund von dementsprechenden Stimmrechts- oder Nennkapitalanteilen). Diese werden als „Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU)“ der öffentlichen Hand bezeichnet.

In der amtlichen Statistik wird danach unterschieden, ob eine öffentlich bestimmte Einheit (FEU) im „engeren Sinn“ oder nur „im weiteren Sinn“ der öffentlichen Hand zuzurechnen ist. Die Zuordnung erfolgt einheitlich anhand der Richtlinien des „Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“.

Die im „engeren Sinn“ zuzuordnenden Einheiten werden als Extrahaushalte bezeichnet. Eine öffentlich kontrollierte Einheit zählt zu den Extrahaushalten, wenn sie über-

Extrahaushalte gehören im „engeren Sinn“ zur öffentlichen Hand

wiegend vom Staat finanziert wird (öffentliche Finanzierung über 50 Prozent) oder ihren Umsatz größtenteils (mehr als 80 Prozent) mit der öffentlichen Hand als Abnehmer erwirtschaftet.

Sonstige Fonds,
Einrichtungen und
Unternehmen

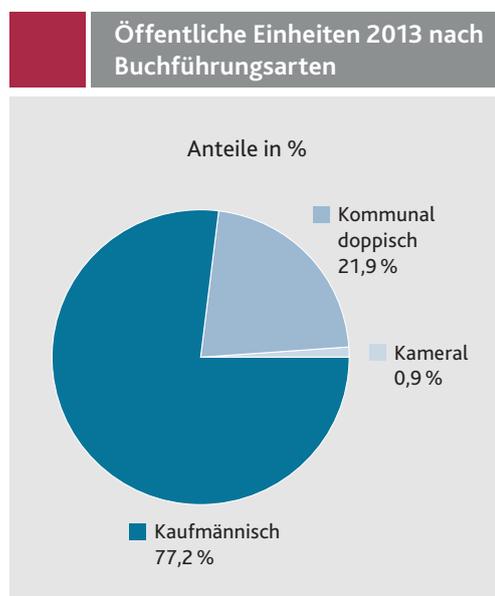
Abzugrenzen hiervon sind die lediglich im „weiteren Sinn“ der öffentlichen Hand zuzuordnenden Einheiten. Die amtliche Statistik spricht bei ihnen von den „sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“. Im Unterschied zu den Extrahaushalten werden diese nicht überwiegend vom Staat finanziert; sie erwirtschaften ihre Umsätze zu mindestens

lichen Hand von selbiger kontrolliert werden (Anteile Nennkapital oder Stimmrecht über 50 Prozent).

Die jährliche Erfassung in der amtlichen Statistik

In der amtlichen Statistik werden jährlich sowohl die Extrahaushalte als auch die „sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ (Marktproduzenten) erfasst. Bei der Erhebung wird nach der Buchführungsform unterschieden. Einheiten mit kaufmännischer Buchführung werden separat von Einheiten mit kameraler Buchführung und diese wiederum separat von Einheiten mit doppischer Buchführung erfasst. Die mit Abstand meisten Einheiten wiesen in Rheinland-Pfalz 2013 bereits die kaufmännische Buchführung auf (77 Prozent aller Einheiten); lediglich 22 Prozent nutzten die kommunale Doppik und weniger als ein Prozent die Kameralistik.

Unterscheidung
nach Buch-
führungsform



20 Prozent nicht mit dem Staat sondern mit sonstigen nicht-staatlichen Marktteilnehmern. D. h. diese Einheiten sind zwar öffentlich kontrolliert, sie finanzieren sich jedoch mehrheitlich nicht durch den Staat (sondern eigenständig z. B. durch Verkaufserlöse) und erstellen ihre Leistungen und Produkte nicht überwiegend für den Staat. Sie agieren also als „normale“ Marktproduzenten. Von den übrigen privatwirtschaftlichen Marktproduzenten unterscheiden sie sich nur darin, dass sie aufgrund der Beteiligung der öffent-

Integration der verschiedenen Buchführungsarten steht noch aus

Die Finanzstatistik erhebt die Datenmerkmale korrespondierend zur Buchführungsart: Es werden nur Datenmerkmale abgefragt, die die Einheiten ohne größere Umrechnungen direkt aus ihrer jeweiligen Buchhaltung entnehmen können. Problematischerweise werden in den verschiedenen Buchführungsarten identische Sachverhalte teilweise unterschiedlich abgebildet. Die bei den statistischen Erhebungen gewonnenen Daten sind daher nur bedingt über die diversen Buchführungsarten hinweg miteinander verknüpfbar. Der Statistische Verbund der Länder und des Bundes erarbeitet derzeit einen fachlichen Kompromiss. Dabei gehen systembedingt Details verloren. Während beispielsweise bei den kaufmännisch

buchenden Einheiten die Bilanzposition „Eigenkapital“ in der Statistik erhoben wird, kennt die kamerale Buchführung eine derartige Position nicht. Für eine buchführungsübergreifende Zusammenführung müssen zudem Sammelpositionen gebildet werden, die erst in der Summe eine halbwegs akzeptable Vergleichbarkeit ermöglichen.

Aus diesem Grund werden die erfassten öffentlichen Einheiten vorläufig noch nach der Buchführungsart gruppiert ausgewertet und veröffentlicht. In diesem Beitrag wird daher der Fokus auf die Einheiten mit der am häufigsten vertretenen Buchführungsart gelegt. Das sind die kaufmännisch buchenden Unternehmen.

Die kaufmännisch buchenden öffentlichen Einheiten

Die Erhebung durch die amtliche Finanzstatistik erfolgt mit einem rund zweijährigen Zeitversatz. Daher wurden im Jahr 2015 die Daten zum Stichtag 31. Dezember 2013 erhoben und plausibilisiert.

967 öffentlich bestimmte kaufmännisch buchende Einheiten

In Rheinland-Pfalz gab es Ende 2013 insgesamt 967 öffentlich bestimmte kaufmännisch buchende Einheiten. Von diesen zählten 128 im „engeren Sinn“ als Extrahaushalte zur öffentlichen Hand. In ihnen arbeiteten rund 19 000 Personen. Die übrigen 839 Einheiten waren Marktproduzenten (sogenannte „sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“), die nur im „weiteren Sinn“ zur öffentlichen Hand gezählt werden. Hier arbeiteten rund 49 000 Personen.

Von den Marktproduzenten sind rund ein Drittel privatrechtlich und rund zwei Drittel öffentlich-rechtlich organisiert.

Die häufigste privatrechtliche Unternehmensform ist die GmbH. Ihr Anteil lag 2013 bei 91 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgte die Rechtsform der Aktiengesellschaft (drei Prozent). Ein ähnlich ungleiches Bild ergibt sich bei den öffentlich-rechtlich organisierten Marktproduzenten. Hier dominierte mit rund 80 Prozent die Rechtsform des Eigenbetriebes. Zwölf Prozent der Einheiten wurden hingegen in Form eines Zweckverbandes geführt; rund acht Prozent waren Anstalten des öffentlichen Rechtes.

Dominierende Rechtsformen der Marktproduzenten sind GmbH und Eigenbetrieb

Die Marktproduzenten wiesen 2013 zusammen eine Bilanzsumme von 30,1 Milliarden Euro auf. Rund 21 Prozent der Bilanzsumme bestand aus Finanzanlagen (6,5 Milliarden Euro). Das in den Marktproduzenten gebundene Eigenkapital betrug zusammen rund 9,4 Milliarden Euro.

Unternehmenskennzahlen: Jahresüberschuss, Bilanzgewinn, Umsatzrentabilität und Cash-Flow-Umsatzrate

Der Jahresüberschuss ist die positive Differenz zwischen den Erträgen und Aufwänden eines Unternehmens. Er stellt den Wertzuwachs des Unternehmens dar.

Der Bilanzgewinn berücksichtigt zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Gewinn- bzw. Verlustvorträge. Der Bilanzgewinn kann an die Eigentümer ausgeschüttet werden.

Mit der Umsatzrentabilität wird das Verhältnis zwischen dem ordentlichen Betriebsergebnis und dem Umsatz bezeichnet. Sie ist eine Kennzahl der Produktivität. Hierbei werden Zinsbelastungen oder -erträge, außerordentliche Erträge oder Aufwendungen sowie Steuern nicht berücksichtigt.

Die Cash-Flow-Umsatzrate zeigt, wie viel Prozent des Umsatzes als finanzwirtschaftlicher Ertrag tatsächlich liquiditätswirksam zurückgeflossen sind. Dieser Anteil ist z.B. für Investitionen und Kredittilgungen nutzbar. Die Rate verdeutlicht die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Unternehmens.

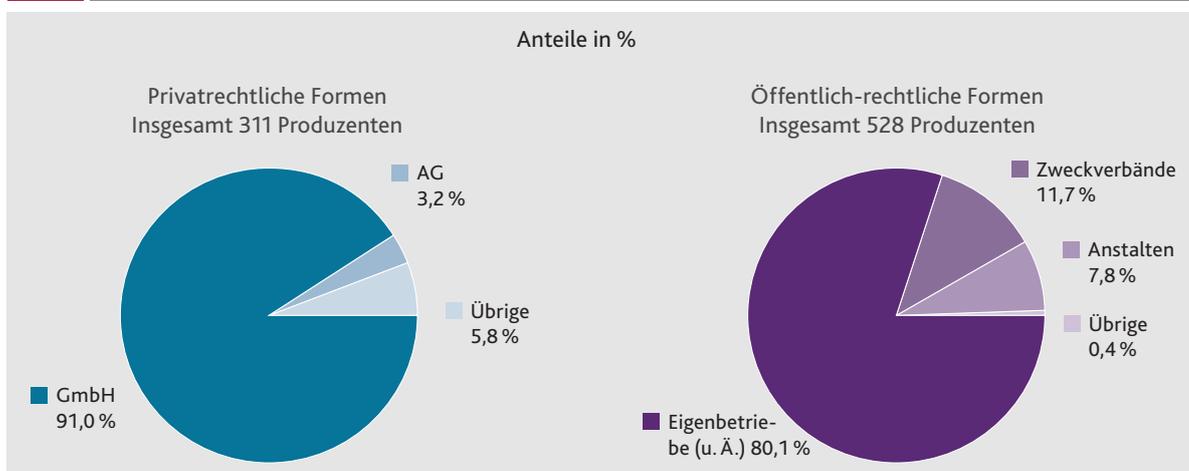
Für 2013 ergab sich ein Jahresüberschuss von 145 Millionen Euro. Der Bilanzgewinn betrug 52 Millionen Euro. Die Umsatzrentabilität lag bei 5,5 Prozent und die Cash-Flow-Umsatzrate bei 17 Prozent.

Die Marktproduzenten sind in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen aktiv. Auffallend häufig lag 2013 der Unternehmensschwer-

punkt im Bereich der Ver- und Entsorgung (insgesamt 75 Prozent). Allein auf die Wasser- und Abfallentsorgung entfielen hier bereits 34 Prozent aller Unternehmen (291 Unternehmen). Mit der Wasserversorgung beschäftigten sich weitere 18 Prozent, mit der Energieversorgung weitere 13 Prozent der Unternehmen in öffentlicher Hand (155 bzw. 107 Unternehmen). Im Grundstücks-

Unternehmensschwerpunkt im Bereich Ver- und Entsorgung

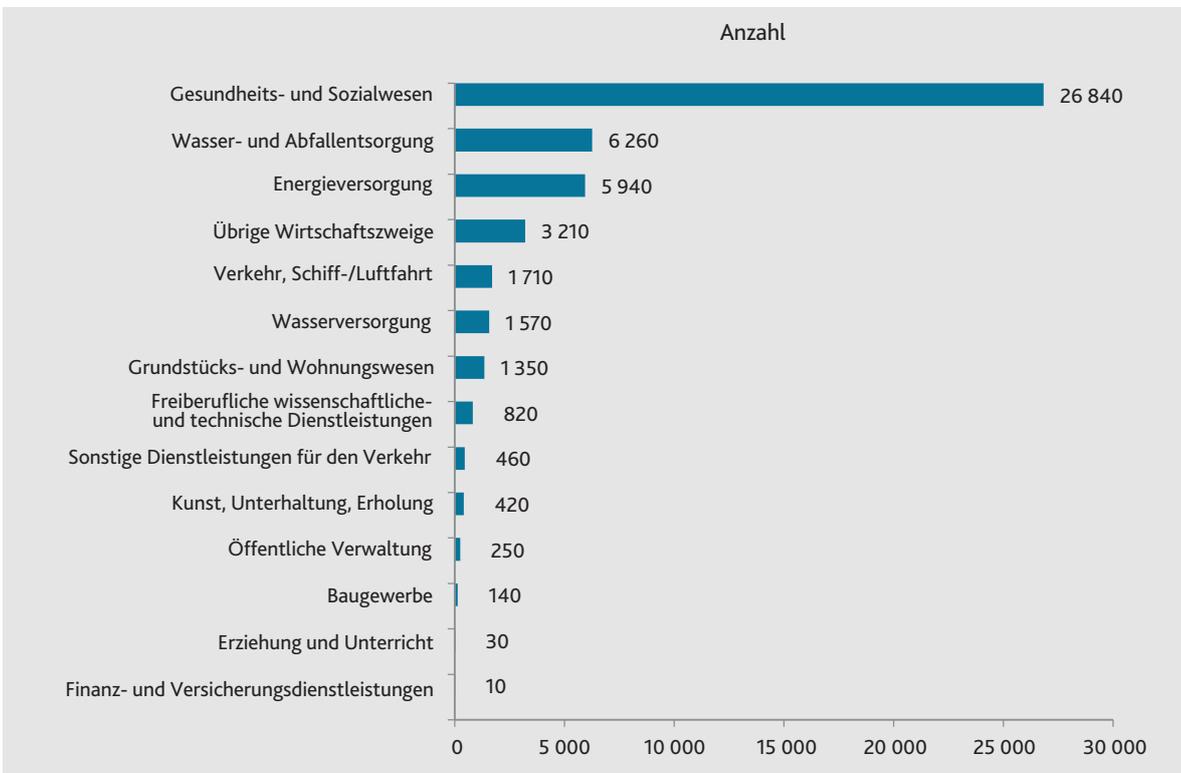
Rechtsformen der Marktproduzenten in öffentlicher Hand mit kaufmännischer Buchführung 2013



Marktproduzenten in öffentlicher Hand nach Wirtschaftsbereichen 2013



Beschäftigte bei Marktproduzenten in öffentlicher Hand nach Wirtschaftsbereichen 2013



Wirtschaftsbereich Verkehr, Schiff-/ Luftfahrt

In dem Wirtschaftsbereich Verkehr, Schifffahrt und Luftfahrt waren 2013 insgesamt 17 Unternehmen mit zusammen rund 1 710 Beschäftigten aktiv. Der Wirtschaftsbereich besteht schwerpunktmäßig aus der Personen- und Güterbeförderung sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr. Hierin ist der Transport zu Lande, zu Wasser und in der Luft eingeschlossen. Die Umsatzrentabilität dieses Bereichs lag 2013 zusammen bei -21 Prozent.

Hier ist nur die Beförderung an sich enthalten. Der Betrieb von Bahnhöfen, Häfen und Flughäfen wird in der Finanzstatistik in einem anderen Wirtschaftsbereich, nämlich dem Bereich der „sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr“ ausgewiesen. Hierzu gehören u. a. auch der Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen, von Frachtumschlägen (Be- und Entladen von Gütern), von Lagereien (Lagerung, Umschlag, Kommissionierung von Gütern). In diesem Bereich sind 19 Unternehmen mit insgesamt rund 460 Beschäftigten vereint. Die Umsatzrentabilität dieses Bereichs wird insgesamt relativ stark durch den Betrieb eines großen Flughafens beeinflusst. Ohne den Airport lag die Umsatzrentabilität des Wirtschaftsbereiches 2013 bei elf Prozent, mit ihm hingegen lediglich bei 0,1 Prozent.

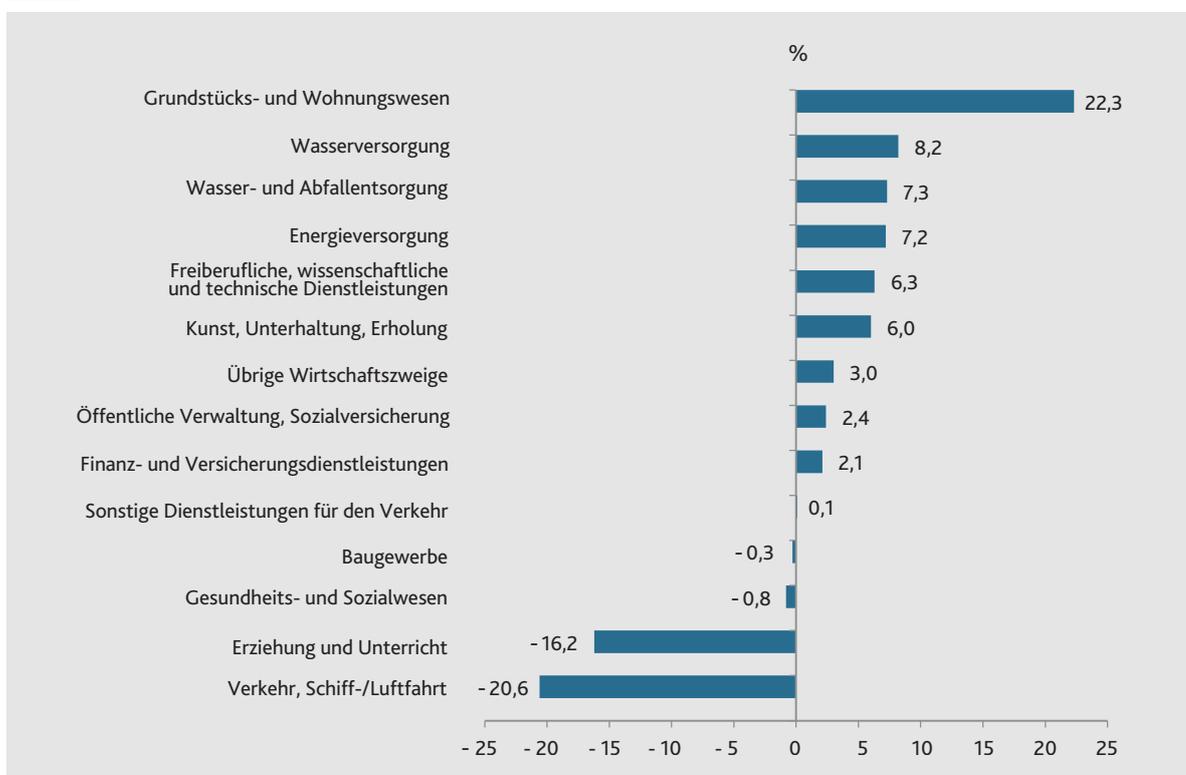
und Wohnungswesen waren acht Prozent aktiv (70 Unternehmen).

Bei Berücksichtigung der Zahl der Beschäftigten ergibt sich ein anderes Bild. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten der Marktproduzenten arbeiteten 2013 im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens (55 Prozent bzw. 26 800 Personen). Hiervon waren 96 Prozent in Krankenhäusern beschäftigt (25 800 Personen). In der Wasser- und Abfallentsorgung arbeiteten 13 Prozent (6 300 Personen), in der Energieversorgung zwölf Prozent (5 900 Personen). Auf diese drei Wirtschaftsbereiche entfielen 2013 demnach zusammen rund 80 Prozent aller Beschäftigten der Marktproduzenten der öffentlichen Hand.

Die öffentliche Hand ist stark verschuldet. Insgesamt belief sich der Schuldenstand Ende 2014 in Rheinland-Pfalz auf rund 45,2 Mil-

Öffentliche
Hand als
Arbeitgeber

Umsatzrentabilität der Marktproduzenten in öffentlicher Hand nach Wirtschaftsbereichen 2013



Höchste Umsatzrentabilität im Grundstücks- und Wohnungswesen

liarden Euro.¹ Demnach wäre zu erwarten, dass sich die öffentliche Hand mit eigenen Marktunternehmen nur in rentablen Bereichen engagiert. Die Analyse der statistischen Daten zeigt für 2013 ein sehr differenziertes Bild. Die mit Abstand höchste Umsatzrentabilität bei öffentlich bestimmten Unternehmen wurde im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens beobachtet. Sie lag hier bei 22 Prozent. Die Bereiche Wasserversorgung (8,2 Prozent), Wasser- und Abfallentsorgung (7,3 Prozent) und die Energieversorgung (7,2 Prozent) belegten hinsichtlich der Umsatzrentabilität die folgenden Plätze. Überraschenderweise existieren jedoch auch Wirtschaftsbereiche mit einer negativen Umsatzrendite. Die höchste negative Umsatzrendite wies der

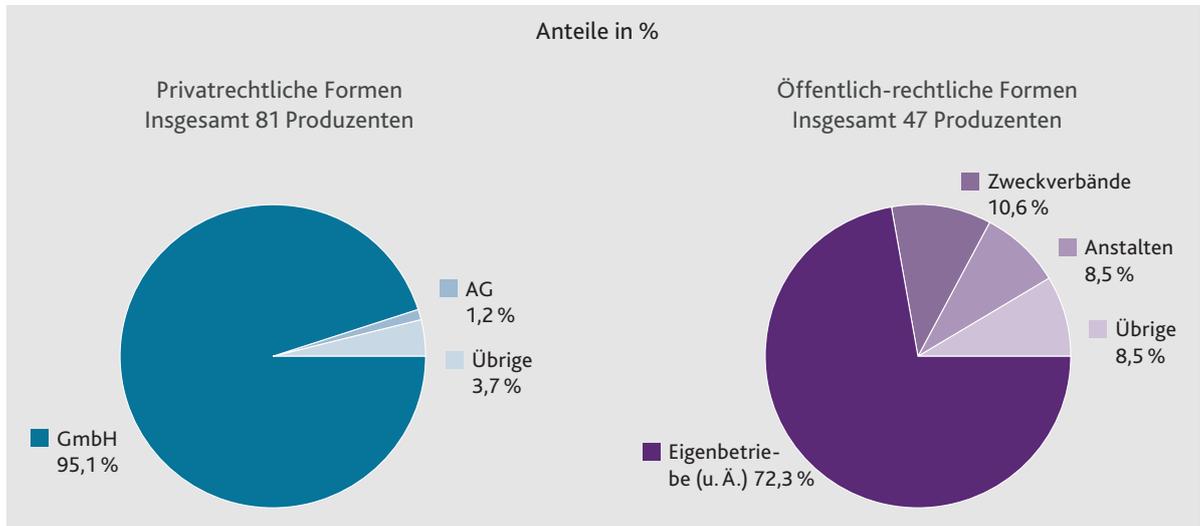
¹ Vgl. „Öffentliche Verschuldung - Ergebnisse der Schuldenstatistik 2014“, Statistisches Monatsheft Rheinland-Pfalz 1/2016, S. 40ff.

Wirtschaftsbereich „Verkehr, Schifffahrt und Luftfahrt“ mit einem Minus von 21 Prozent auf. In diesem Bereich waren 17 Unternehmen mit insgesamt 1 710 Beschäftigten aktiv. Die zweitniedrigste Umsatzrendite wurde im Wirtschaftsbereich „Erziehung und Unterricht“ erzielt. Dieser Bereich ist jedoch finanzstatistisch gesehen aufgrund seiner geringen Größe (insgesamt ein Unternehmen mit rund 30 Beschäftigten) kaum von Bedeutung. Die verbleibenden Wirtschaftsbereiche hatten entweder eine positive oder zumindest nur eine marginal negative Umsatzrentabilität.

Rund ein Drittel der kaufmännisch buchenden Einheiten waren keine Marktproduzenten sondern Extrahaushalte. Sie gehören im engeren Sinn zur öffentlichen Hand. Bei der Analyse dieser Einheiten muss stets bedacht

Ein Drittel der kaufmännisch buchenden Haushalte sind Extrahaushalte

Rechtsformen der Extrahaushalte mit kaufmännischer Buchführung 2013



werden, dass es sich bei ihnen nicht um marktwirtschaftlich agierende Unternehmen, sondern um Hilfsbetriebe des Staates oder stark defizitäre Anbieter im Rahmen der Daseinsvorsorge handelt. Als Hilfsbetriebe des Staates produzieren sie nahezu ihre gesamten Güter und Dienstleistungen direkt für die öffentliche Hand (z.B. als Baubetriebshof GmbH), oder sie sind Leistungserbringer im Rahmen der Daseinsvorsorge. Für die erzeugten Waren und Dienstleistungen können sie bei den Bürgerinnen und Bürgern zwar Verkaufspreise bzw. Gebühren erzielen, diese liegen im Rahmen der Daseinsvorsorge jedoch weit unterhalb der Herstellungskosten (z. B. Staatstheater GmbH). Die Einheiten müssen sich daher zusätzlich über Zuschüsse der öffentlichen Hand finanzieren (Eigenfinanzierungsgrad kleiner als 50 Prozent).

Auch bei Extrahaushalten dominieren GmbH und Eigenbetriebe

In der Gruppe der Extrahaushalte treten sowohl privatrechtliche als auch öffentlich-rechtliche Rechtsformen auf. Das Verhältnis ist hier im Vergleich zu den Marktproduzenten genau umgekehrt: Ein Drittel der Einheiten sind in öffentlich-rechtlicher, zwei Drittel

in privatrechtlicher Rechtsform organisiert. In beiden Fällen dominiert jedoch ebenfalls nur eine einzige Rechtsform. Als GmbH werden 95 Prozent der privatrechtlichen Unternehmen geführt. Bei den öffentlich-rechtlichen Einheiten waren 2013 rund 72 Prozent Eigenbetriebe. Lediglich elf Prozent hatten die Rechtsform eines Zweckverbandes und rund neun Prozent die einer Anstalt.

Die Extrahaushalte waren 2013 Arbeitgeber für 18 600 Beschäftigte. Rund 42 Prozent von ihnen arbeiteten im Bereich „Erziehung und Unterricht“ (insbesondere in zwei Universitäten), weitere 29 Prozent im Bereich der „Verwaltung, Sozialversicherung“ (insbesondere in einem Landesbetrieb). Lediglich fünf Prozent bzw. 900 Personen waren im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ beschäftigt.

42 Prozent der Beschäftigten in „Erziehung und Unterricht“

Im Jahr 2013 hatten die Extrahaushalte zusammen eine Bilanzsumme von 8,9 Milliarden Euro. Darin waren 160 Millionen Euro Finanzanlagen enthalten. In den Extrahaushalten steckten insgesamt etwa 3,3 Milliarden Euro Eigenkapital.

Extrahaushalte: Bilanzsumme 8,9 Milliarden Euro

Angesichts des Wesens der Extrahaushalte verwundert es nicht, dass diese Einheiten in Rheinland-Pfalz 2013 zusammen einen Bilanzverlust von 133 Millionen Euro meldeten. Vor diesem Hintergrund ist auch die detaillierte Analyse der Umsatzrentabilität und der Cash-Flow-Umsatzrate wenig sinnvoll. Beispielsweise lag die Umsatzrentabilität im Wirtschaftsbereich mit den meisten Beschäftigten („Erziehung und Unterricht“) bei –2 Prozent. Die niedrigste Umsatzrentabilität wurden für den Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (–38 Prozent) und den Bereich des „Gesundheits- und Sozialwesens“ (–44 Prozent) ermittelt.

Der Nutzen der Statistik

Die amtliche Statistik erfasst die Unternehmen der öffentlichen Hand. Zusammen mit den Verwaltungen ergibt sich damit ein Gesamtbild des öffentlichen Bereichs. Die Zahlen Deutschlands werden in kompri-

mierter Form regelmäßig im Rahmen des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung an die Europäische Statistikbehörde (EuroStat) übermittelt.

Mit der Darstellung der Ergebnisse für die Gruppe der Unternehmen in öffentlicher Hand leistet die amtliche Statistik auch einen wichtigen Beitrag für die demokratische Willensbildung. Die Daten können Grundlage für eine politische und gesellschaftliche Diskussion über das notwendige Ausmaß der (wirtschaftlichen) Betätigung der öffentlichen Hand außerhalb seiner Verwaltungen sein. Neben Aspekten der Theorie der Daseinsvorsorge sowie des Markt- und Wettbewerbsversagens sind dabei auch die Ansätze der Neuen Politischen Ökonomie zu beachten.

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Finanzen“.

Zensus 2021 – Aktueller Planungsstand



Von Andrea Heßberger

Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen dienen der statistischen Bestandsaufnahme. Die im Rahmen dieser Erhebungen gewonnenen Basisdaten liefern Ergebnisse zur Zahl und Struktur der Bevölkerung, der Haushalte und Familien sowie des Gebäude- und Wohnungsbestandes in tiefer regionaler Gliederung. Die letzte Zählung fand in Form eines registergestützten Modells im Jahr 2011 statt. Auch beim nächsten – im Jahr 2021 geplanten – Zensus wird seitens der statistischen Ämter dieses für die Bürgerinnen und Bürger vergleichsweise belastungsarme und zugleich kostengünstige Vorgehensmodell angestrebt, wobei einzelne Verfahren auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem Zensus 2011 optimiert werden sollen.

Nächster Zensus im Jahr 2021

EU-Vorgabe
sieht Zählung
alle zehn
Jahre vor

Nach EU-Vorgabe¹ ist die Durchführung von Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union alle zehn Jahre vorgesehen. Ein zentraler Zweck dieser Zählungen ist die Ermittlung von amtlichen Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden. Diese sind als Bemessungsgröße u. a. für den Länderfinanzausgleich, die Einteilung von Wahlkreisen sowie die Sitzverteilung im Bundesrat von Bedeutung. Darüber hinaus liefert der Zensus² Strukturdaten zur Bevölkerung, zu Haushalten und Familien sowie Gebäuden und Wohnungen in tiefer regionaler Gliederung. Die Ergebnisse dienen zudem als statistische Basis beispielsweise für die Stichprobenziehung des Mikrozensus, die laufende Bevölkerungsfortschreibung sowie

¹ Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen.

² Der Begriff „Zensus“ wird mit dem Begriff der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen synonym verwendet.

die laufende Gebäude- und Wohnungsfortschreibung.

Der letzte Zensus fand im Jahr 2011 statt und erfolgte erstmals auf Basis eines registergestützten Verfahrens. Im Vergleich zu den vorherigen Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen als primärstatistische Vollerhebungen war der Zensus 2011 insbesondere mit einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch mit Kosteneinsparungen verbunden. Grundlage für diese Zählung waren vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern, die durch Ergebnisse aus Primärerhebungen ergänzt wurden. Unmittelbar nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse überprüften die statistischen Ämter des Bundes und der Länder den beim Zensus 2011 erstmals gewählten Erhebungsansatz in mehreren Evaluierungsmaßnahmen und zeigten hierbei erste Verbesserungspotenziale auf. Auch wenn noch eine Vielzahl einzelner methodischer Aspekte untersucht und bewertet werden müssen, besteht zwischen den statistischen

Erstmals
registergestütztes
Verfahren beim
Zensus 2011

Ämtern Einvernehmen darüber, dass sich die im Zensus 2011 gewählte Erhebungsmethodik grundsätzlich bewährt hat.

Rahmenwerk
als konzeptionelle
Grundlage

Dementsprechend hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder in den vergangenen Monaten ein methodisches Grobkonzept für die Ausgestaltung des Zensus 2021 erarbeitet, das sich stark an der Verfahrensweise bei der letzten Zählung orientiert. Die Innenministerkonferenz hat im Dezember 2015 den erhebungsmethodischen Vorschlägen dieses Rahmenwerkes zugestimmt und damit eine Richtschnur für den Zensus 2021 vorgegeben. Unabhängig davon wird gegebenenfalls die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum anhängigen Verfahren zum Zensus 2011 zu ergänzen sein.

Melderegister als Grundlage im künftigen Zensusmodell

Nach dem derzeitigen Planungsstand werden die Melderegister auch im Zensus 2021 die Grundlage zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen bilden. Darüber hinaus lassen sich die Datenbestände dieser Verwaltungsregister auch in der nächsten Zählung zur Gewinnung demografischer Merkmale zur Bevölkerung (beispielsweise Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeiten) nutzen.

Informationen über Gebäude und Wohnungen sollen – angesichts fehlender Immobilienregister – auch im Zensus 2021 durch eine flächendeckende Gebäude- und Wohnungszählung erhoben werden. Es ist beabsichtigt, im Rahmen dieser Primärerhebung – wie schon 2011 – alle relevanten Immobilienda-

ten vorzugsweise von den Eigentümerinnen und Eigentümern von Wohnraum zu erfragen. Eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis soll unter anderem zusätzliche Merkmale zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit der Bevölkerung liefern. Diese ergänzende Primärerhebung ist erforderlich, da entsprechende Angaben nicht hinreichend verlässlich bzw. vollständig aus den Verwaltungsregistern abgeleitet werden können. Angesichts eingeschränkter Anforderungen an die regionale Tiefe der Ergebnisse wird die Erhebung der Merkmale zu Bildungsstand und Erwerbstätigkeit auf Stichprobenbasis als hinreichend erachtet und auf eine Vollerhebung verzichtet. Beim Zensus 2011 hatte die Haushaltstichprobe flächendeckende Ergebnisse zu Bildung und Erwerbstätigkeit auf der Kreisebene sowie in Gemeinden und Gemeindeverbänden mit 10 000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern geliefert.

Nicht alle Bürgerinnen und Bürger gehen ihren gesetzlichen Meldepflichten nach. Dementsprechend enthalten die Melderegister der Kommunen Über- und Untererfassungen, die in den einzelnen Gemeinden – je nach Gemeindegröße und Bevölkerungsstruktur – unterschiedlich stark ausfallen. Diese Registerfehler gilt es bei der registergestützten Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen zu bereinigen. Wie schon im Zensus 2011 soll auch bei der kommenden Zählung die Feststellung und Bereinigung der Registerfehler und damit die Qualitätssicherung der amtlichen Einwohnerzahlen in großen Gemeinden mittels der Haushaltebefragung erfolgen, die an repräsentativ ausgewählten Anschriften erfolgt. Die im Zuge dieser Befragung ermittelten „Kartei-

Qualitätssicherung der amtlichen Einwohnerzahlen

leichen" und „Fehlbestände“³ können nach Hochrechnung zur Bereinigung der aus den Melderegistern zugeliferten Basisdaten verwendet werden.

Ob eine stichprobenbasierte Haushaltebefragung auch in kleinen Gemeinden als geeignetes Verfahren zur Qualitätssicherung der amtlichen Einwohnerzahlen herangezogen werden kann, oder aber hier – gegebenenfalls wie im Zensus 2011 – alternative Verfahren eingesetzt werden müssen, ist noch abschließend zu untersuchen.

Auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Zensus 2011 lässt sich allerdings schon jetzt ableiten, dass zur Qualitätssicherung der amtlichen Einwohnerzahlen bei der im Jahr 2021 anstehenden Zählung – wie bereits im Zensus 2011 – an allen Anschriften mit Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften – den sogenannten Sonderanschriften – eine vollständige Erfassung der jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner erforderlich ist. Insbesondere aufgrund hoher Bewohnerfluktuation ist an Anschriften mit Sonderbereichen die Qualität der Meldedaten häufig so stark eingeschränkt, dass eine hinreichend verlässliche statistische Bereinigung der Über- und Untererfassungen nur durch Erkenntnisse aus einer Vollerhebung erfolgen kann.

Organisation
und Steuerung
der Erhebungs-
teile

Zur Organisation und Steuerung der beschriebenen Erhebungsteile muss – wie bei der letzten Zählung – im Vorfeld der Erhebung ein Anschriftenregister aufgebaut

³ „Karteileichen“ bzw. „Fehlbestände“ bezeichnen die Über- bzw. Untererfassungen in den Melderegistern. „Karteileichen“ sind beispielsweise Personen, die laut Melderegister an einer Anschrift gemeldet sind, aber nicht (mehr) tatsächlich dort wohnen. „Fehlbestände“ sind Personen, die an einer Anschrift wohnen, ohne dort gemeldet zu sein. Sie werden ermittelt, indem adressbezogen die Erhebungsbefunde zu den jeweils dort wohnenden Personen mit den jeweiligen Melderegistereinträgen abgeglichen werden.

werden, das alle Anschriften mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften in Deutschland umfasst. Dieses Register enthält nach Fertigstellung alle relevanten Anschriften, an denen im Jahr 2021 Zensusbefragungen erfolgen, und dient so unter anderem zur Organisation der als Vollerhebung konzipierten Erhebungsteile sowie als Grundlage für die Stichprobenziehung zur Haushaltebefragung.

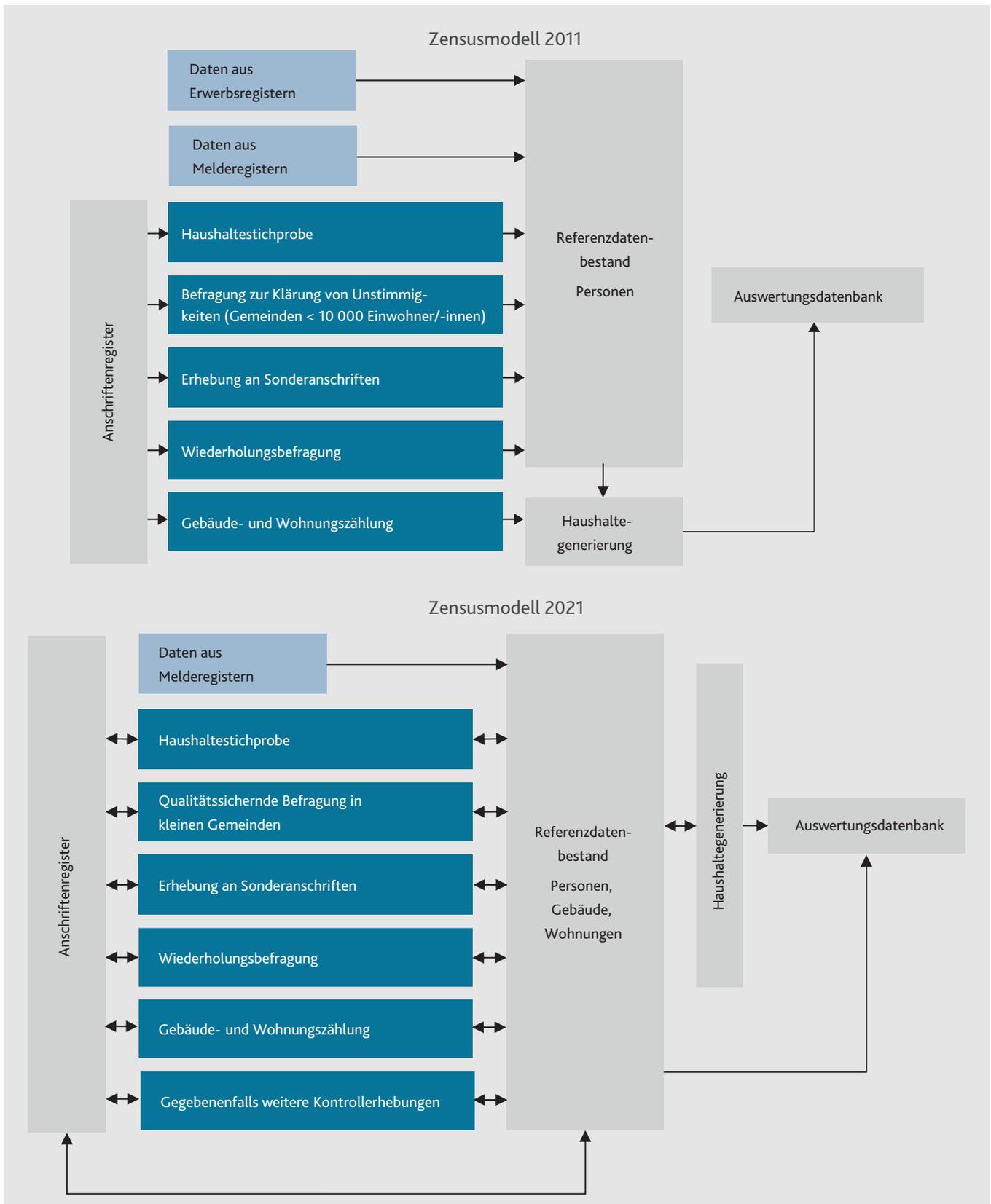
In einem mit diesem Anschriftenregister gekoppelten Referenzdatenbestand beabsichtigen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die aus den Melderegistern sowie den Primärerhebungen erhobenen Befunde zusammenzuführen und miteinander abzugleichen. Sofern bei diesem Abgleich Unstimmigkeiten auffallen, die sich nicht ohne weitere Vor-Ort-Überprüfung aufklären lassen, müssen gegebenenfalls weitere Kontrollerhebungen erfolgen, die eine abschließende Plausibilisierung der umfassenden Datenbestände zur Bevölkerung und zu den Wohnimmobilien ermöglichen.

Als letzter Aufbereitungsschritt, der zum Teil in Verzahnung mit der Plausibilisierung der Daten aus den einzelnen Erhebungsteilen geplant ist, soll auch im Zensus 2021 ein mehrstufiges Verfahren der Haushaltegenerierung angewandt werden. In diesem Verfahren wird wie beim Zensus 2011 maschinell abgeleitet, in welchen Haushalts- und Familienzusammenhängen die Bevölkerung lebt und wie deren Ausstattung mit Wohnraum ist.

Nach Abschluss dieses Aufbereitungsprozesses ist beabsichtigt, – wie beim Zensus 2011 – fachlich und regional tief differenzierte Ergebnisse aus der Zählung über eine zentrale Auswertungsdatenbank einer breiten Öffentlichkeit kostenfrei via Internet verfügbar zu machen.

Letzter Aufbereitungsschritt:
Haushaltegenerierung

Vergleich der Zensusmodelle 2011 und 2021



Zur Evaluierung der Ergebnisse, insbesondere der Qualität der ermittelten Einwohnerzahlen, wird von den statistischen Ämtern auch für den Zensus 2021 die Durchführung einer Wiederholungsbefragung empfohlen.

Wichtigste Änderungen gegenüber dem Zensus 2011

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass – nach derzeitigem Planungsstand – bei der im Jahr 2021 anstehenden Zählung an dem für den Zensus 2011 gewählten methodischen Ansatz festgehalten werden soll. Angestrebt ist allerdings, das Modell des Zensus 2021 auf Basis der aus 2011 gewonnenen Erfahrungen zu optimieren. Hierzu schlagen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder im o. a. Rahmenwerk folgende Änderungen vor:

Verzicht auf Nutzung der Erwerbsregister

Die Ergebnisse des Zensus 2011 zeigen, dass im Zuge einer Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis hinreichend valide Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit in der erforderlichen fachlichen und regionalen Gliederung (Kreis-ebene und größere Gemeinden) gewonnen werden können. Insofern wird vorgeschlagen, auf die parallele Nutzung flächendeckender Erwerbsregister (Daten der Bundesagentur für Arbeit und der öffentlichen Arbeitgeber) zu verzichten.

Frühzeitige erhebungsteilübergreifende Synchronisierung von Teilergebnissen

Bereits im laufenden Erhebungsgeschäft sollen die Befunde aus den einzelnen Erhebungsteilen übergreifend plausibilisiert werden. Hierfür werden die Daten in dem zentralen Referenzdatenbestand miteinander abgeglichen. Im Zuge der Datenzusammenführung soll eine erste Ableitung von Haushaltszusammenhängen erfolgen („kleine Haushaltegenerierung“), auf Grund-

lage derer eine abschließende Plausibilisierung der Gebäude- und Wohnungszählung ermöglicht wird. Hierdurch erübrigt sich die Erstellung und Veröffentlichung vorläufiger Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen: Nach Abschluss der „kleinen Haushaltegenerierung“ liegen endgültige und zu den übrigen Erhebungsteilen konsistente Ergebnisse zu den Wohnimmobilien vor, die nicht mehr verändert werden müssen.

Bei der qualitätssichernden Befragung zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen in kleinen Gemeinden ist gegebenenfalls ein verändertes Verfahren für den Zensus 2021 zu entwickeln. Nicht zuletzt wegen der zunehmenden Zuwanderung Asylsuchender seit Sommer 2015 entsteht ein erhöhter Korrekturbedarf bei der Bereinigung der Daten aus den Melderegistern auch in kleinen Gemeinden. Grund dafür ist, dass die vollständige und korrekte Erfassung der Zuwanderer im Melderegister zurzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet werden kann. Untersuchungen zur Anwendbarkeit eines modifizierten Verfahrens aus dem Zensus 2011 sowie alternativer Verfahren – wie beispielsweise die Ausweitung der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis – sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

Modifizierung qualitätssichernder Erhebungen zur Feststellung amtlicher Einwohnerzahlen

Geänderte melderechtliche Vorschriften für Bewohnerinnen und Bewohner von bestimmten Sonderbereichen, so etwa von Pflege- und Behindertenheimen⁴, erfordern gegebenenfalls auch eine Anpassung der Ausgestaltung der Erhebung an Anschriften mit Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (Sonderanschriften).

⁴ Änderungen im Bundesmeldegesetz (§32 „Besondere Meldepflicht in Krankenhäusern, Heimen und ähnlichen Einrichtungen“) vom 3. Mai 2013, die am 1. November 2015 in Kraft getreten sind.

**Vorrang für
Online-
Erhebung**

Zur Vereinfachung des Erhebungs- und Aufbereitungsgeschäftes sowohl für die Auskunftspflichtigen als auch für die statistischen Ämter wird eine möglichst weitgehende Erhebung von Daten in elektronischer Form über das Internet angestrebt. Auch bei Direktbefragungen durch Interviewer ist der Einsatz elektronischer Erhebungsinstrumente unter Wirtschaftlichkeits- und Belastungsaspekten zu prüfen.

Fazit

Der Zensus 2011 erfolgte erstmals auf der Grundlage eines registergestützten Erhebungsansatzes. Dieses Verfahren weist gegenüber einer Vollerhebung erhebliche Vorteile auf und hat sich trotz seiner Kom-

plexität bewährt. Evaluierungsmaßnahmen zeigen allerdings auch Verbesserungspotenziale, die beim nächsten Zensus berücksichtigt werden sollen. Die nächste Zählung ist nach EU-Vorgabe im Jahr 2021 geplant. Die Vorbereitungsarbeiten für den Zensus 2021, insbesondere methodische Vorbereitungen, wurden bereits aufgenommen. Ein Zensusvorbereitungsgesetz, das unter anderem den Aufbau eines Anschriftenregisters regelt, wird voraussichtlich Ende 2016 verabschiedet werden.

Andrea Heßberger, Soziologin M.A., ist als Referentin im Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“ tätig.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index leicht gestiegen

Lagebeurteilung erreicht höchsten Stand seit einem halben Jahr

Nach drei Rückgängen in Folge ist der Ifo Geschäftsklimaindex im März von 105,7 auf 106,7 Punkte gestiegen. Die Lagebeurteilung erreichte den höchsten Stand seit einem halben Jahr; auch die Zukunftserwartungen hellten sich etwas auf. Im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich die Stimmung leicht. Auch im Einzel- und im Großhandel lag der Geschäftsklimaindex über dem Niveau des Vormonats. Allein im Bauhauptgewerbe war ein Rückgang zu verzeichnen.

ZEW-Index steigt ebenfalls leicht

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten widerspiegelt, ist im März ebenfalls leicht gestiegen. Der Indexwert erhöhte sich um 3,3 auf 4,3 Punkte. Er lag allerdings weiterhin deutlich unter seinem langfristigen Mittelwert (24,5 Punkte). Die Ungewissheit hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung in einigen wichtigen Schwellenländern und der Auswirkungen des Ölpreisverfalls hält weiter an.

Konsumklima verschlechtert sich leicht

Die Konsumlaune der deutschen Bevölkerung hat sich etwas verschlechtert. Laut der GfK-Konsumklimastudie für März 2016 ging die Konjunkturerwartung zurück. Die Einkommenserwartung und die Ausgabenneigung verringerten sich ebenfalls leicht, lagen aber weiterhin auf einem hohen Niveau, was auf die stabile Arbeitsmarktlage und die niedrige Inflationsrate zurückzuführen sein dürfte. Nach 9,5 Punkten im März erwarten die Konsumforscher aus Nürnberg für April einen leichten Rückgang des Konsumklimaindixators auf 9,4 Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion gesunken, Plus bei den Auftragseingängen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist im Berichtsmontat Januar 2016 gesunken. Bei den Auftragseingängen war hingegen ein Anstieg zu verzeichnen. Dies zeigen die „harten“ Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren.

Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion blieb im Januar um 0,7 Prozent hinter dem Stand des Vormonats zurück. Gegenüber dem Vorjahresmonat gab es ein Plus von 0,9 Prozent.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist die mit Abstand bedeutendste Hauptgruppe im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe. Sie hatte 2015 einen Anteil am Gesamtumsatz der Industrie von 54 Prozent. Der Output der Vorleistungsgüterproduzenten erhöhte sich im Berichtsmontat um 0,6 Prozent. Zugleich lag der Güterausstoß um 2,6 Prozent unter dem Niveau von Januar 2015.

Die Investitionsgüterproduktion, die mehr als ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, blieb im Januar fast unverändert (-0,2 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich der Output um 4,7 Prozent.

In der Konsumgüterindustrie, die 2015 einen Umsatzanteil von 18 Prozent hatte, verringerte sich der Güterausstoß im Berichtsmontat um 3,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein Plus von 4,6 Prozent.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: -0,7 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: +0,6 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: -0,2 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: -3,9 Prozent

Produktion in der Chemischen Industrie: +0,4 Prozent

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie steigerten im Berichtsmonat ihre Produktion. Die Chemiebranche, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von knapp einem Drittel die bedeutendste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, erhöhte ihren Output leicht um 0,4 Prozent. Allerdings lag der bereinigte Produktionsindex um acht Prozent unter dem Niveau von Januar 2015.

Produktion im Fahrzeugbau: +1,6 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und 2015 als zweitgrößte Branche 14 Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, stieg der Güterausstoß im Berichtsmonat um 1,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es einen kräftigen Zuwachs von 8,5 Prozent.

Produktion im Maschinenbau: -0,9 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2015 zehn Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, ist die Produktion im Januar um 0,9 Prozent gesunken. Zugleich war der Güterausstoß um 3,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: +1,8 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex ist im Januar 2016 um 1,8 Prozent gestiegen. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Vormonat (+1,4 bzw. +2,1 Prozent). Gleichzeitig lag das Ordervolumen um sieben Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Nachfragesteigerungen in zwei Hauptgruppen

In zwei der drei Hauptgruppen war die Nachfrage im Januar höher als im Dezember. In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die Bestellungen um 4,4 Prozent; in der Konsumgüterbranche nahm das Ordervolumen um 5,6 Prozent zu. In der Investitionsgüterindustrie gingen 1,5 Prozent weniger Aufträge ein als im Vormonat. Gegenüber Januar 2015 verzeichneten zwei der drei Hauptgruppen Zuwächse.

In der Konsumgüterindustrie gingen wesentlich mehr Bestellungen ein als im Vorjahresmonat (+80 Prozent), dies ist allerdings u. a. auf einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Branche zurückzuführen. In der Investitionsgüterindustrie stieg das Ordervolumen um vier Prozent. Allein in der Vorleistungsgüterindustrie lagen die Bestellungen unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-3,6 Prozent).

In der Chemischen Industrie legte der bereinigte Auftragseingangsindex im Januar um 6,6 Prozent zu; aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein (+3,3 bzw. +9,4 Prozent). Das Ordervolumen war allerdings um 7,3 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Im Fahrzeugbau sind die bereinigten Auftragseingänge im Januar gesunken (-4,8 Prozent). Während die Nachfrage aus dem Inland nur leicht abnahm (-0,4 Prozent), fielen die Bestellungen aus dem Ausland um 7,9 Prozent niedriger aus als im Dezember. Zugleich lag das Ordervolumen um 7,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Im Maschinenbau gingen im Januar mehr Aufträge ein als im Vormonat (+1,1 Prozent). Das Inlandsgeschäft legte um ein Prozent zu; das Auslandsgeschäft blieb fast unverändert (-0,2 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein kräftiges Plus von 17 Prozent zu verzeichnen.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Im Bauhauptgewerbe ist die Nachfrage nach Bauleistungen im Januar 2016 kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsergebnis um 2,8 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge kräftig gestiegen (+19 Prozent).

Im Hochbau, der 2015 einen Anteil von 48 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes hatte, lagen die Bestellungen im Januar um zwölf Prozent

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: +6,6 Prozent

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: -4,8 Prozent

Auftragseingänge im Maschinenbau: +1,1 Prozent

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: -2,8 Prozent

Auftragseingänge im Hochbau: -12 Prozent

unter dem Vormonatswert. Kräftige Einbußen errechneten sich für den öffentlichen sowie den gewerblichen Hochbau (-25 bzw. -10 Prozent). Im Wohnungsbau zeigte sich dagegen eine positive Auftragsentwicklung (+3,2 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um neun Prozent gestiegen. Der gewerbliche sowie der öffentliche Hochbau verzeichneten einen deutlichen Auftragszuwachs (+15 bzw. +5,5 Prozent). Das Ordervolumen im Wohnungsbau blieb hinter dem Vorjahresergebnis zurück (-2,1 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: +7 Prozent

Im Tiefbau, auf den 2015 ein Anteil von 52 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes entfiel, erhöhte sich die Nachfrage um sieben Prozent. Im Vormonatsvergleich stiegen die Auftragseingänge im öffentlichen Tiefbau sprunghaft (+39 Prozent). Der Straßenbau legte um 4,4 Prozent zu. Im gewerblichen Tiefbau wurden Auftragseinbußen registriert (-8,9 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau um 28 Prozent gestiegen. Zu dieser Entwicklung haben der öffentliche Tiefbau sowie der Straßenbau beigetragen (+63 bzw. +28 Prozent). Für den gewerblichen Tiefbau errechneten sich sinkende Auftragszahlen (-7,5 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel: +1,4 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,4 Prozent gestiegen. Damit verbesserte sich der Durchschnittswert seit September 2014 monatlich um bis zu 3,3 Prozent.

Umsatz im Kfz-Handel: +8,6 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im Dezember um 8,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit Juli 2014 zwischen 0,7 und 9,9 Prozent gestiegen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im
Großhandel:
+0,6 Prozent

Im Großhandel lagen die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Dezember 2015 um 0,6 Prozent höher als im Vorjahr. Von Juni bis November belief sich der Anstieg des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts auf 0,7 bis 3,9 Prozent, nachdem es im Mai einen leichten Umsatzrückgang gegeben hatte.

Umsatz im
Gastgewerbe:
+0,6 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Dezember um 0,6 Prozent höher aus als im Vorjahresmonat. Davor hatte es von August bis November Rückgänge in einem Bereich von 0,2 bis 2,2 Prozent gegeben.

Verbraucherpreise im März leicht gestiegen

Jahresteu-
erungsrate
im März bei
+0,4 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im März 2016 um 0,4 Prozent gestiegen. Im Februar hatte es keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat gegeben. Davor war es im Januar zu einem Anstieg um 0,6 Prozent gekommen. Seit Januar 2013 blieb die Veränderung der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Die aktuelle Entwicklung wird weiterhin durch sinkende Energiepreise bestimmt (-8,3 Prozent). Heizöl war erheblich billiger als im Vorjahresmonat (-28 Prozent). Die Kraftstoffpreise sanken um 13 Prozent. Die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme war deutlich niedriger als vor einem Jahr (-9 Prozent). Gas wurde ebenfalls günstiger (-1,9 Prozent). Der Strompreis erhöhte sich dagegen leicht (+0,5 Prozent). Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,4 Prozent auf.

Preisentwick-
lung in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,7 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (+2,4 Prozent),

„Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,3 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,4 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ (-0,2 Prozent), „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (-0,3 Prozent), „Nachrichtenübermittlung“ (-1 Prozent) sowie „Verkehr“ (-2,2 Prozent) waren niedrigere Preise als im Vorjahr zu verzeichnen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit im März

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Rheinland-Pfalz weiter gesunken. Insgesamt waren im März 117 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 3 000 Personen weniger als im Vormonat (-2,5 Prozent). Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur zeigt sich auch die jahreszeitlich typische Entwicklung am Arbeitsmarkt. Neben der saisonalen Entwicklung sei hierfür aber auch die gute Konjunktur verantwortlich. Im Vergleich zum März 2015 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 1 600 bzw. 1,3 Prozent.

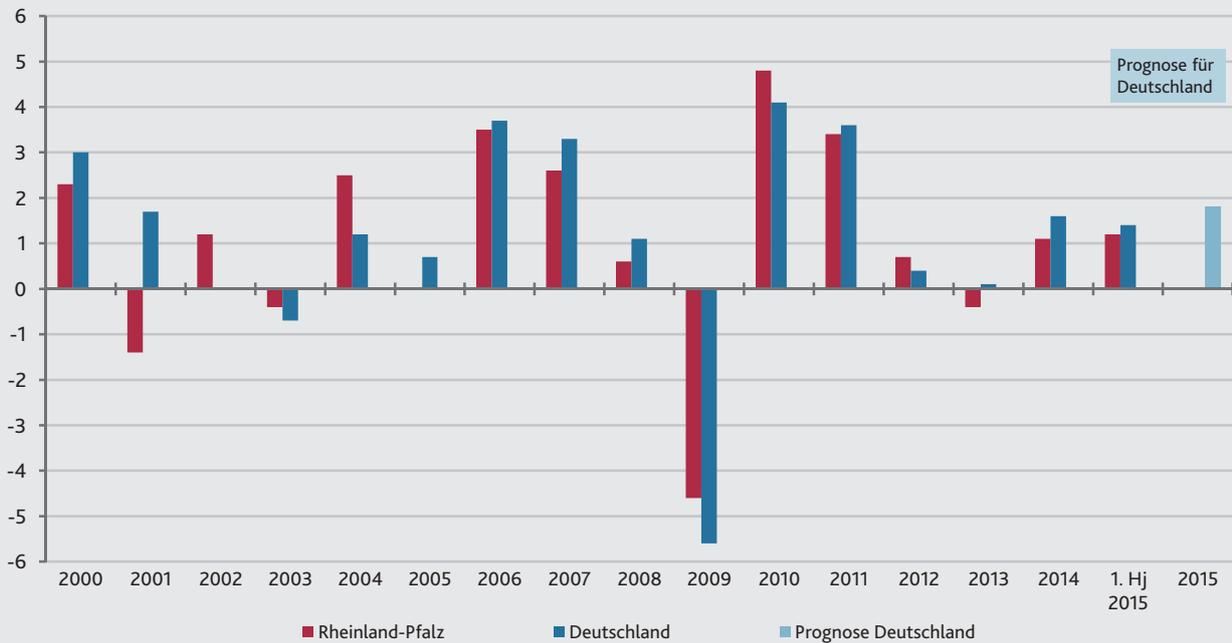
Arbeitslosen-
zahl sinkt um
2,5 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im Vormonatsvergleich von 5,5 auf 5,4 Prozent. Im März 2015 hatte die Quote bei 5,5 Prozent gelegen.

Arbeitslosen-
quote liegt bei
5,4 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015 (Ergebnisse der Revision 2014); nächster Fortschreibungstermin: März 2016. Quelle Prognosewert 2015: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

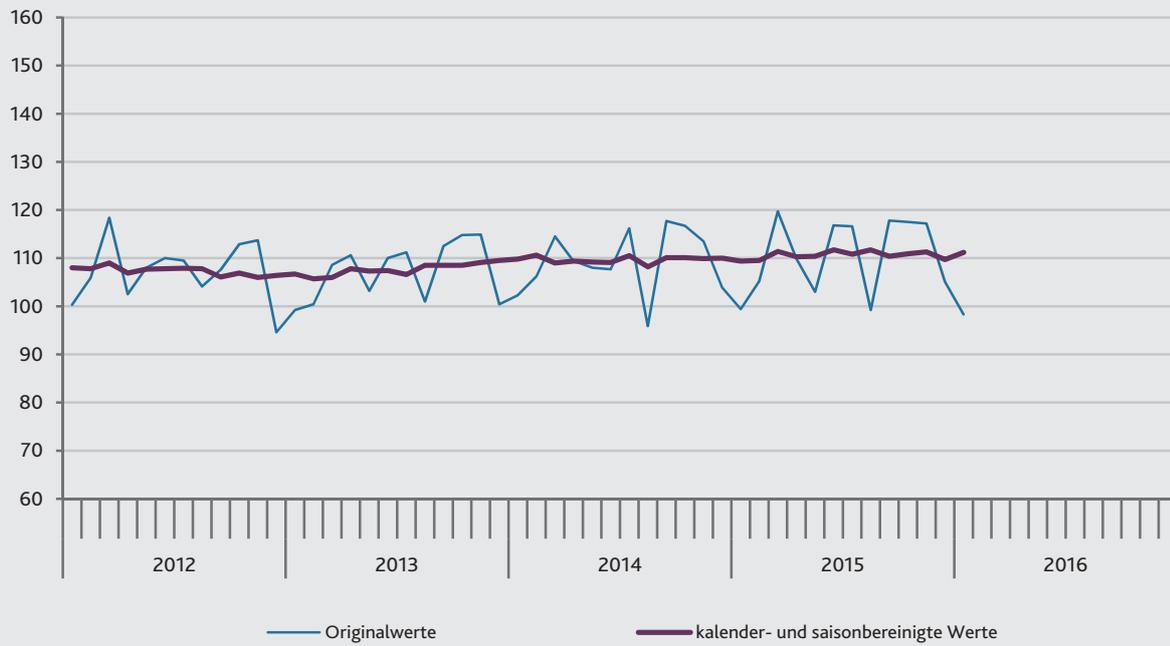


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2014. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

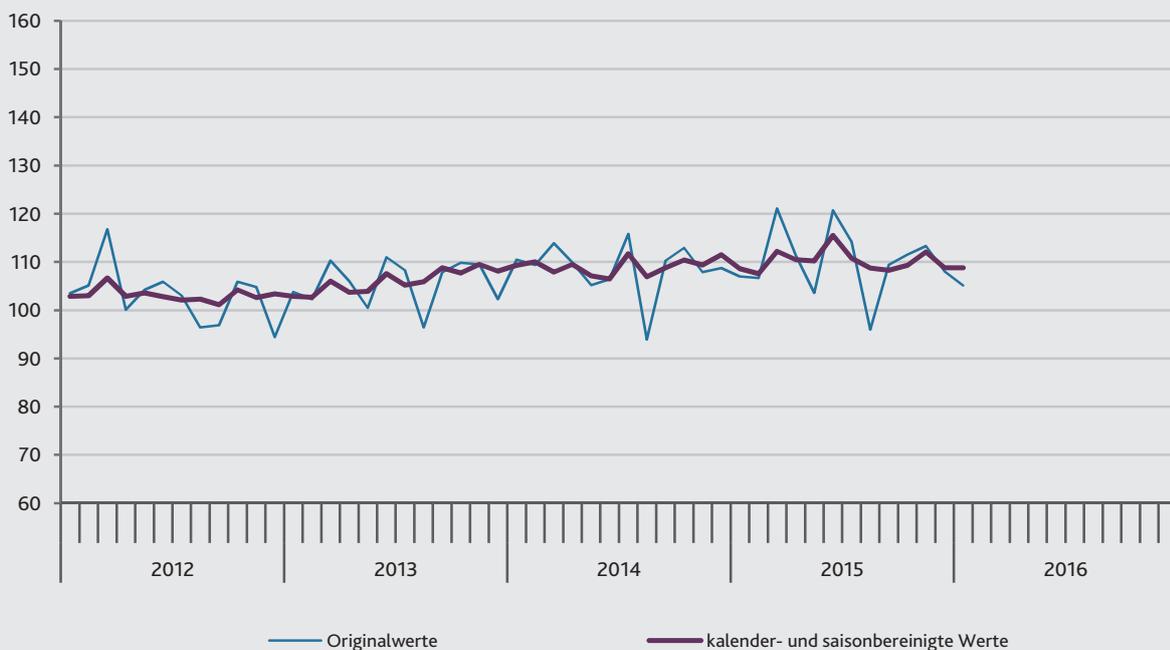


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

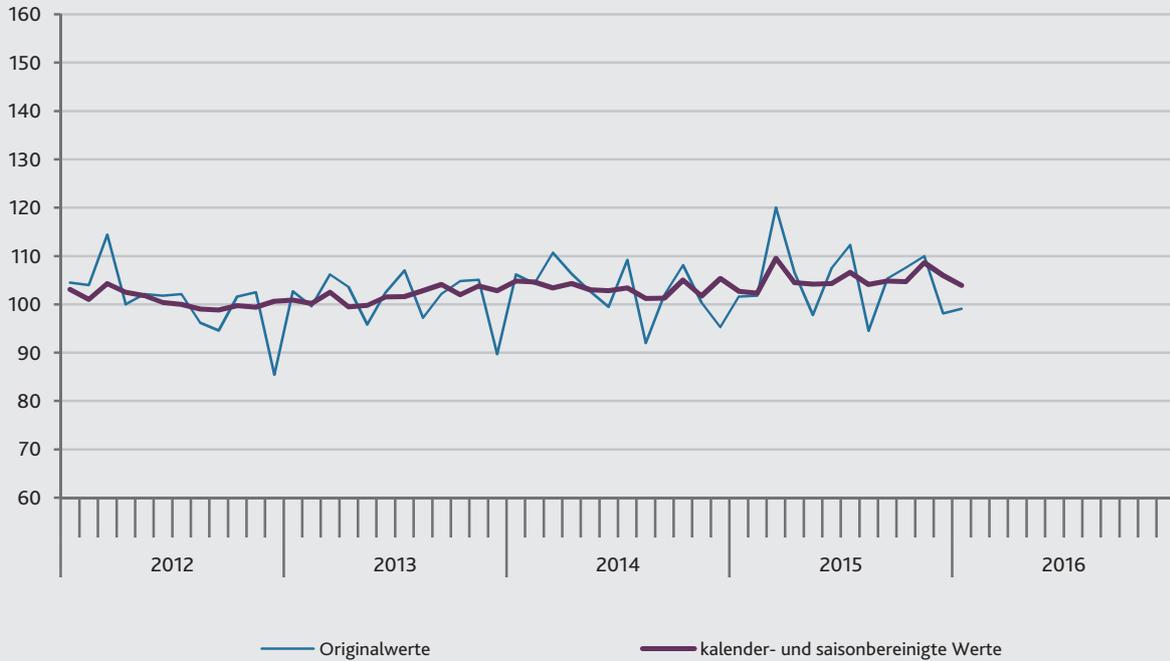


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

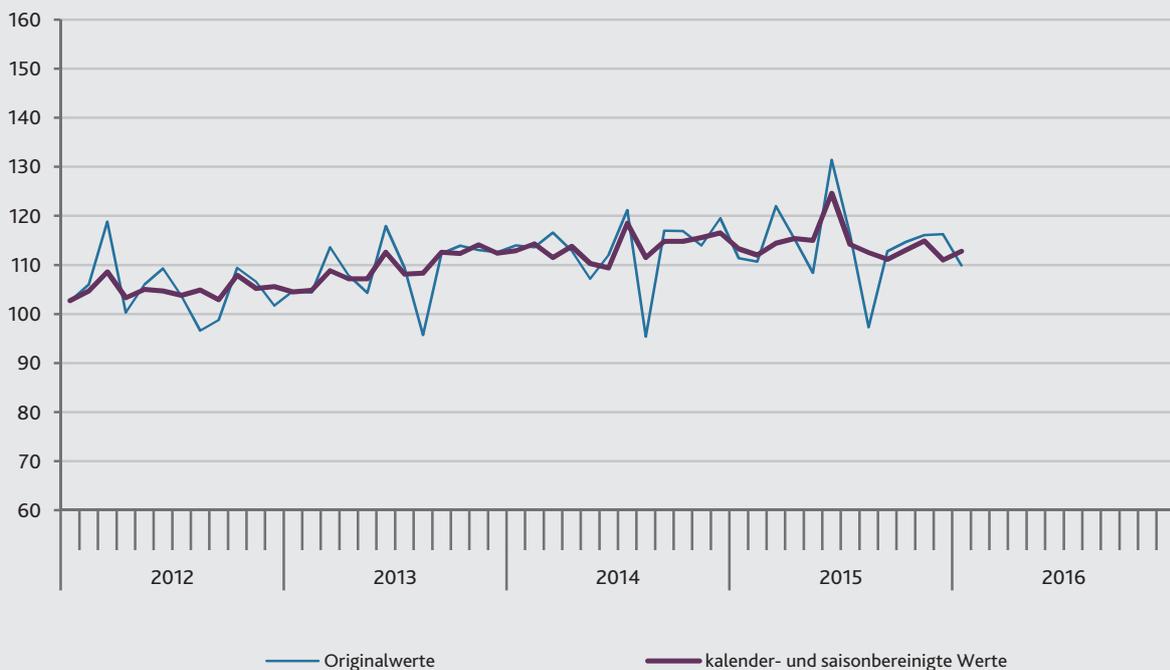


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

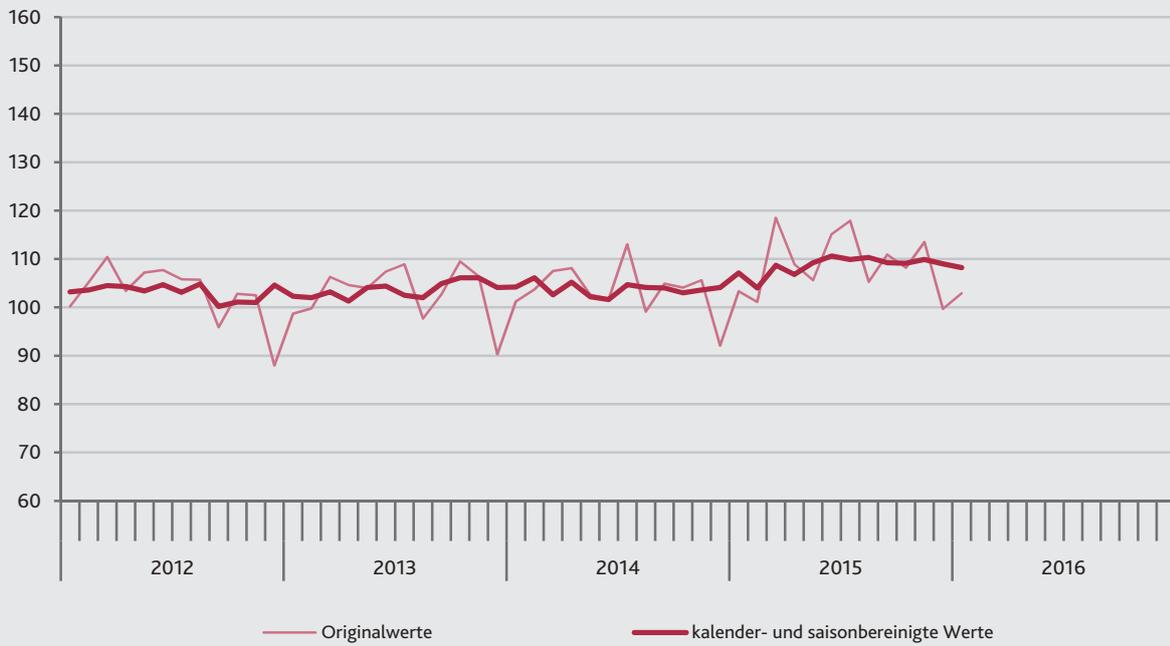


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

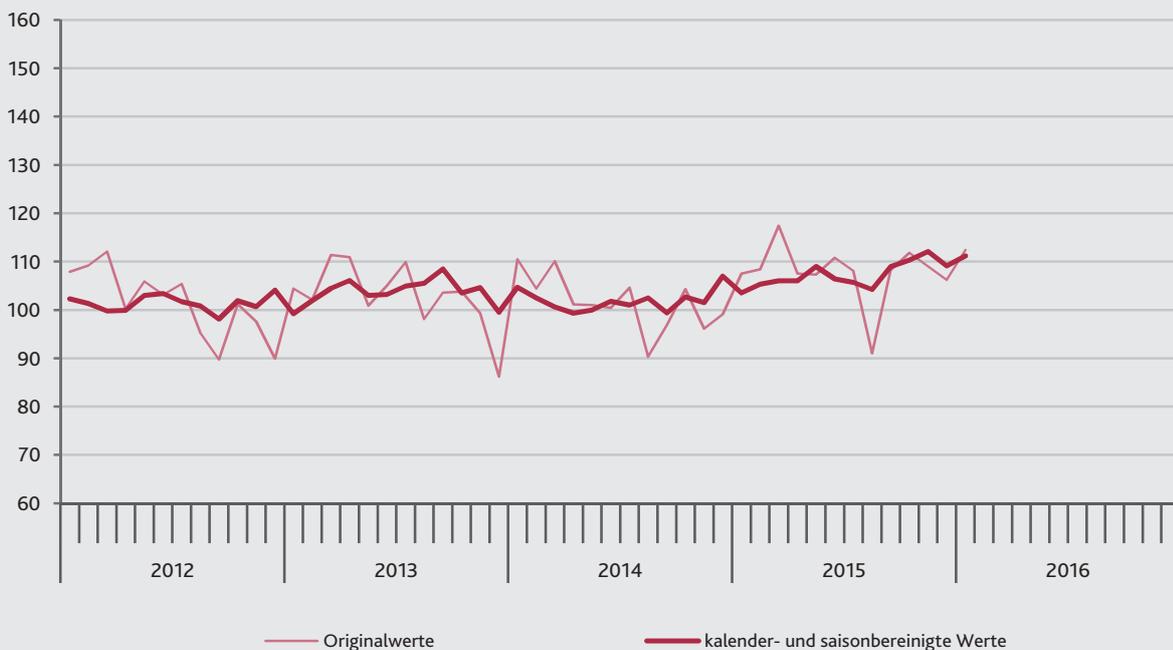


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

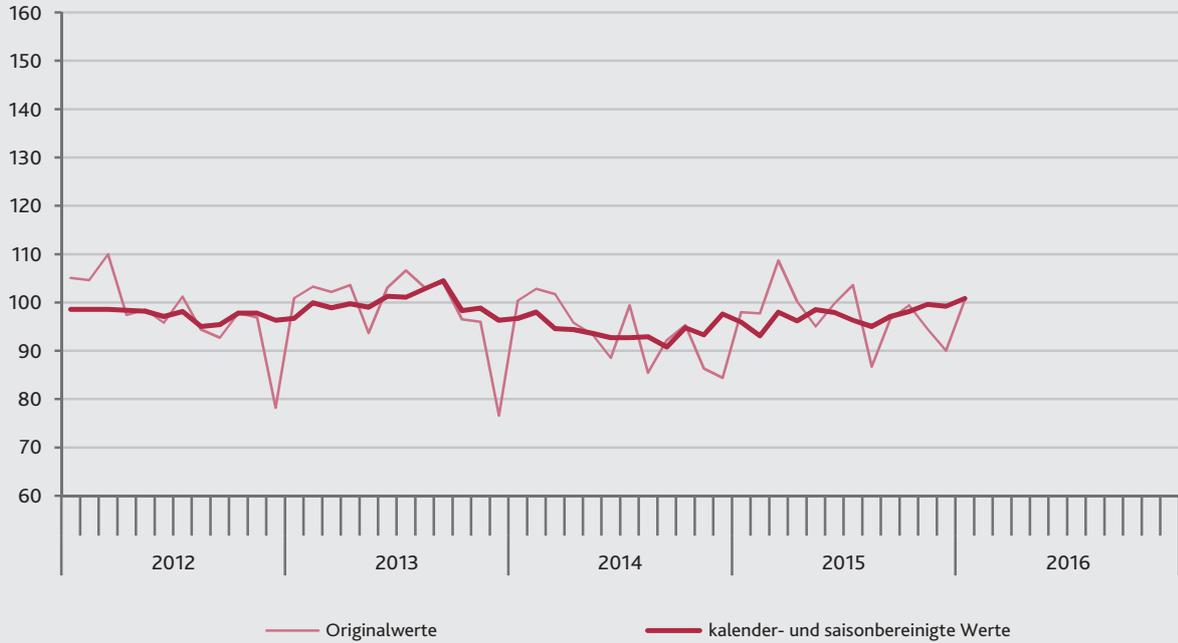


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

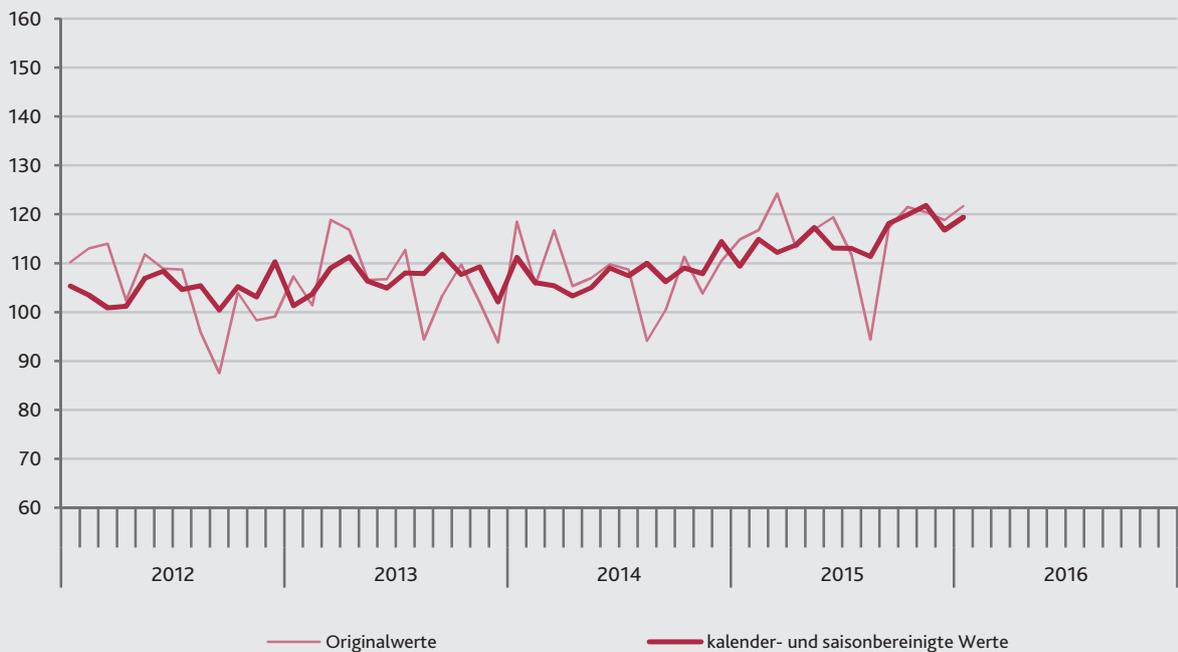


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



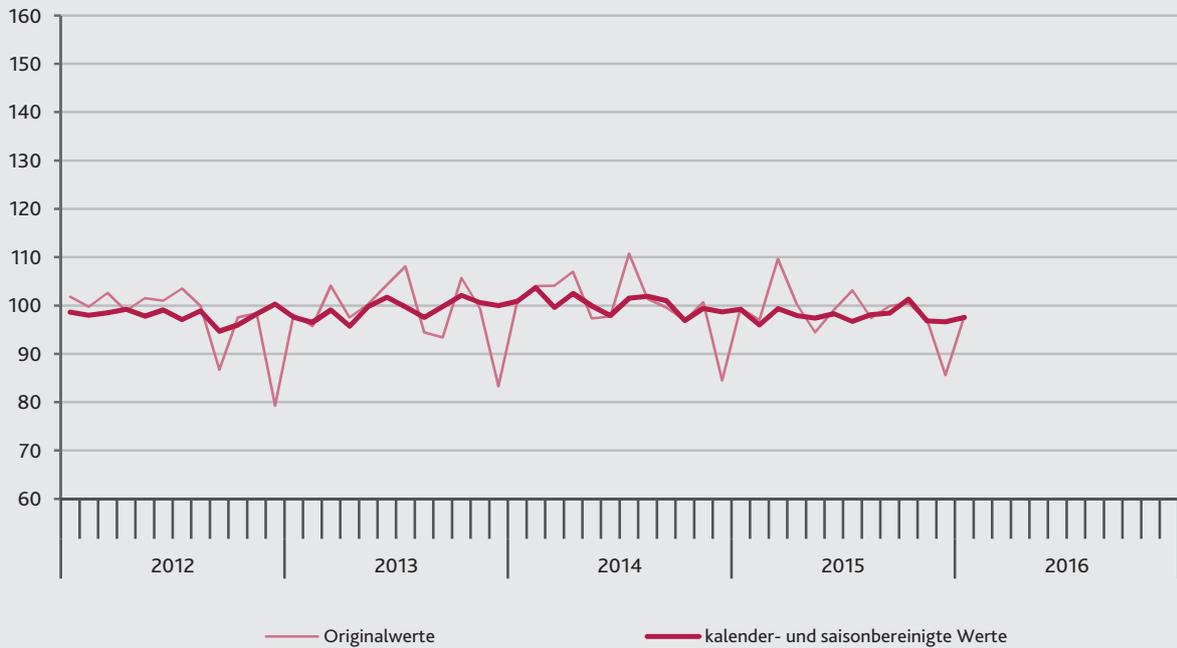
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



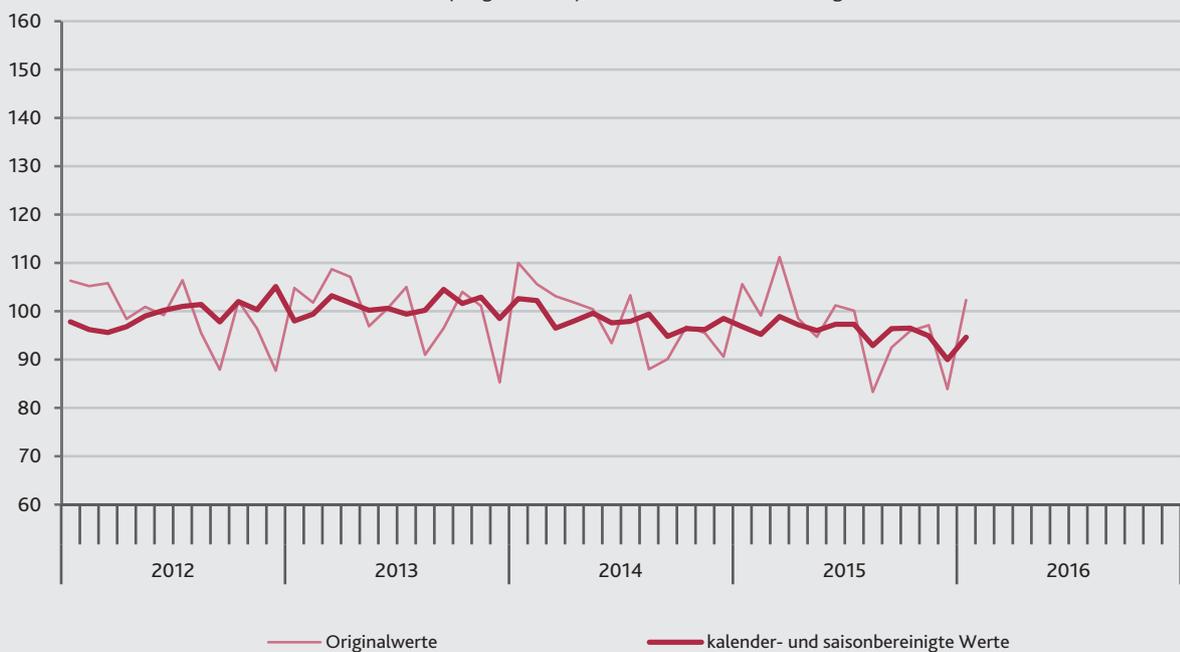
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

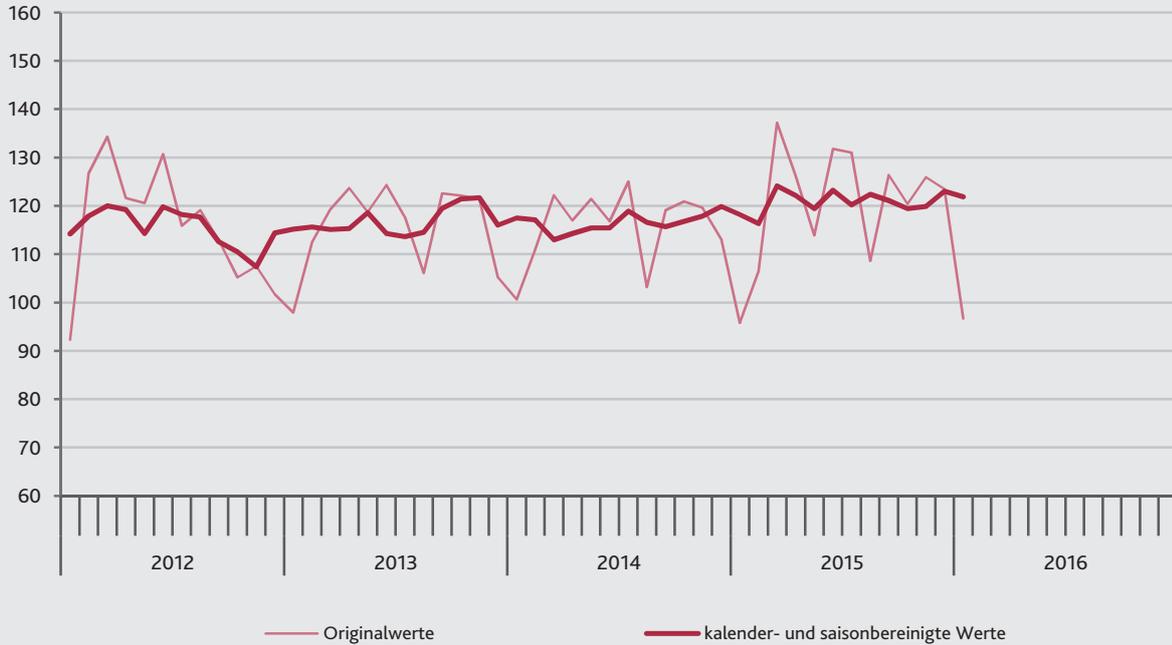
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

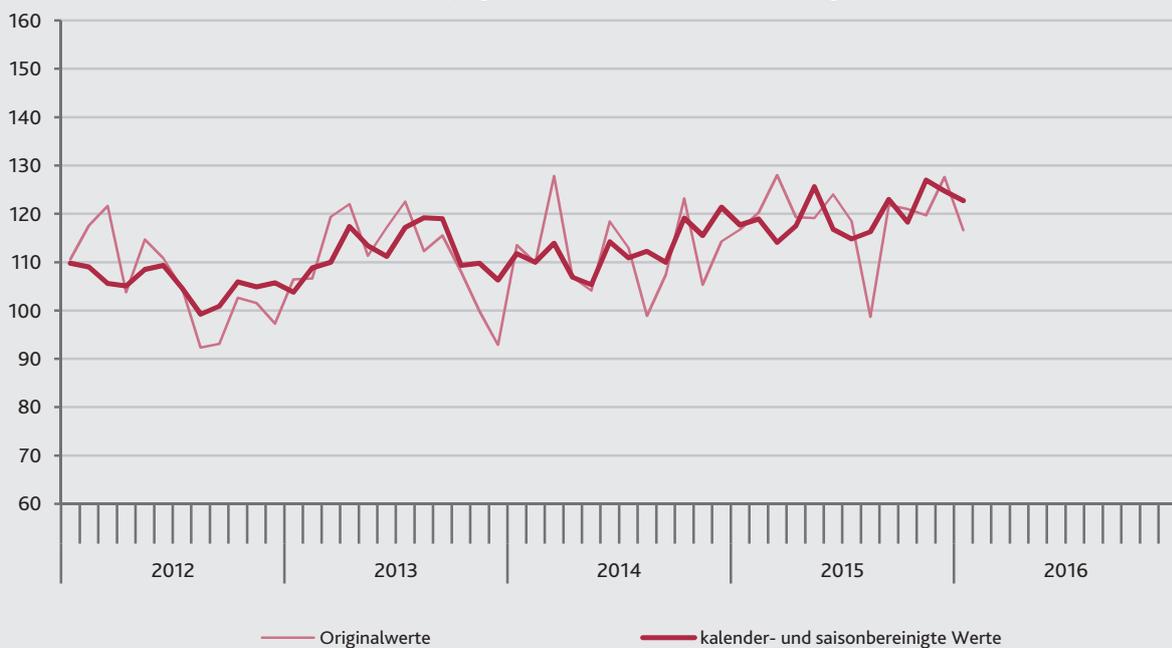
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

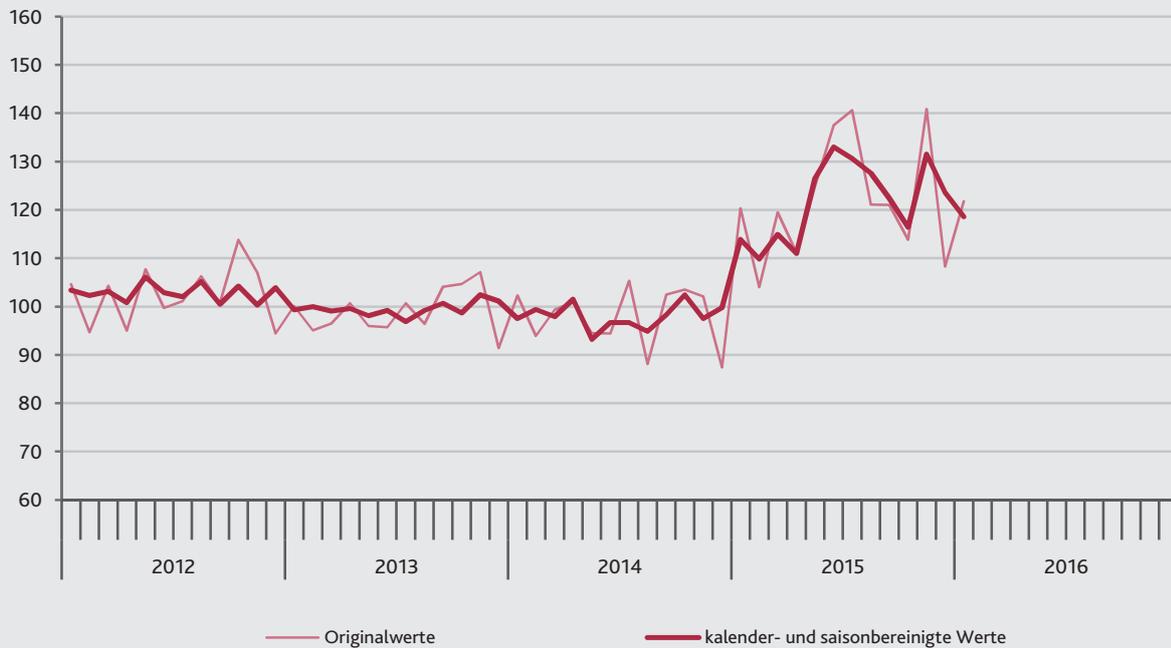


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

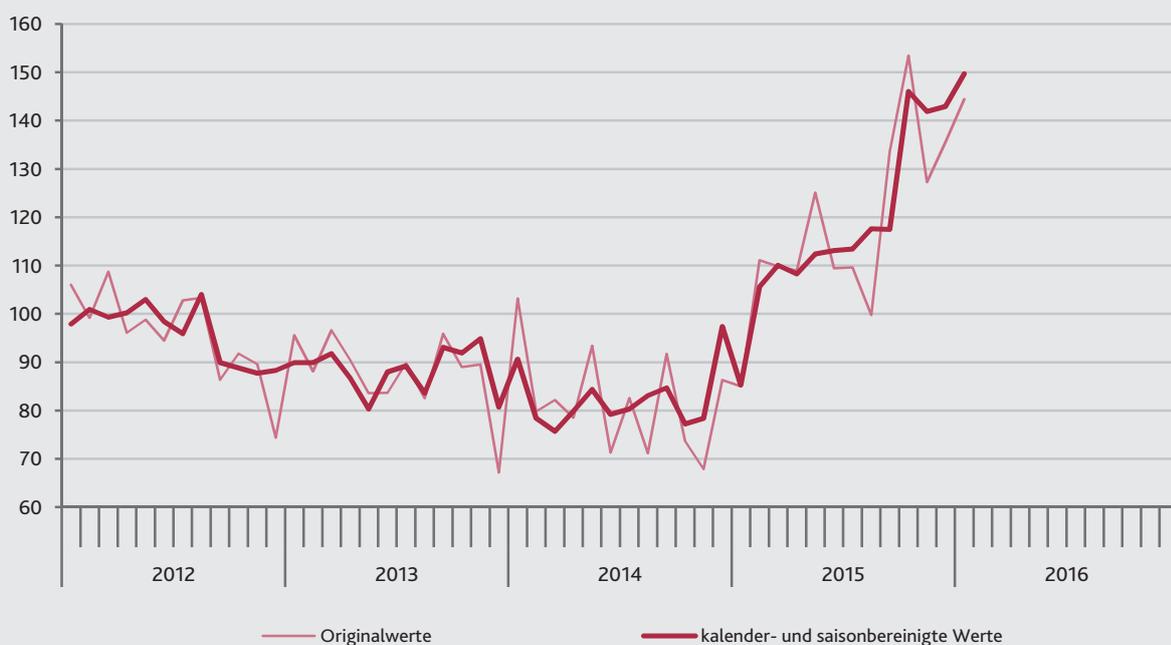


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

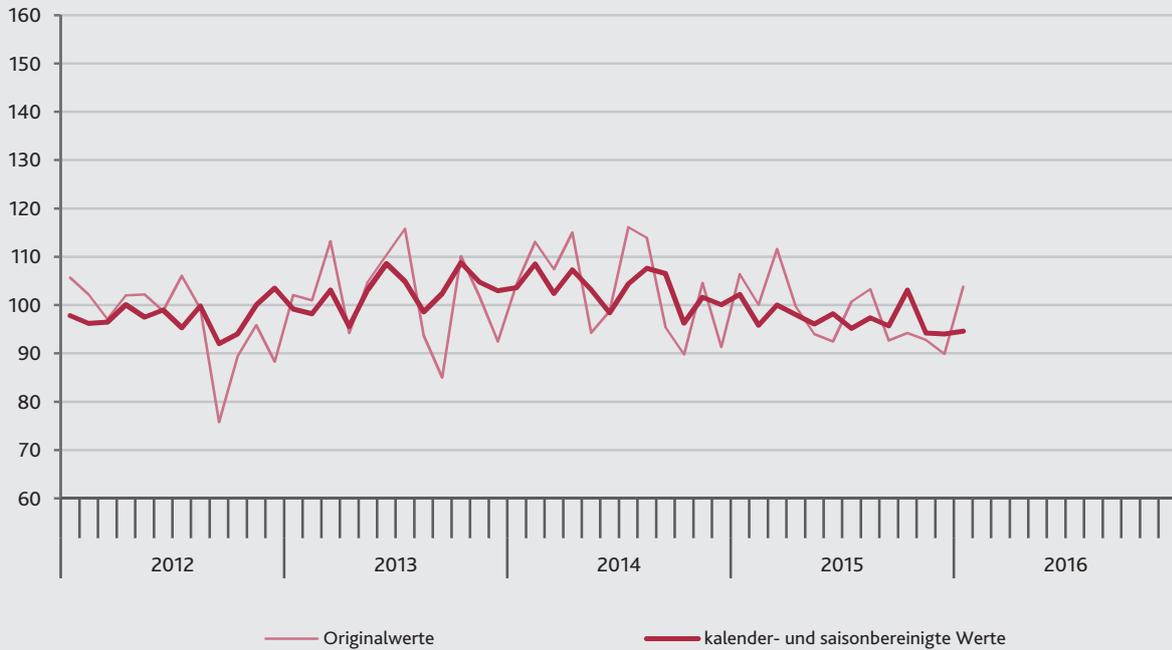
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

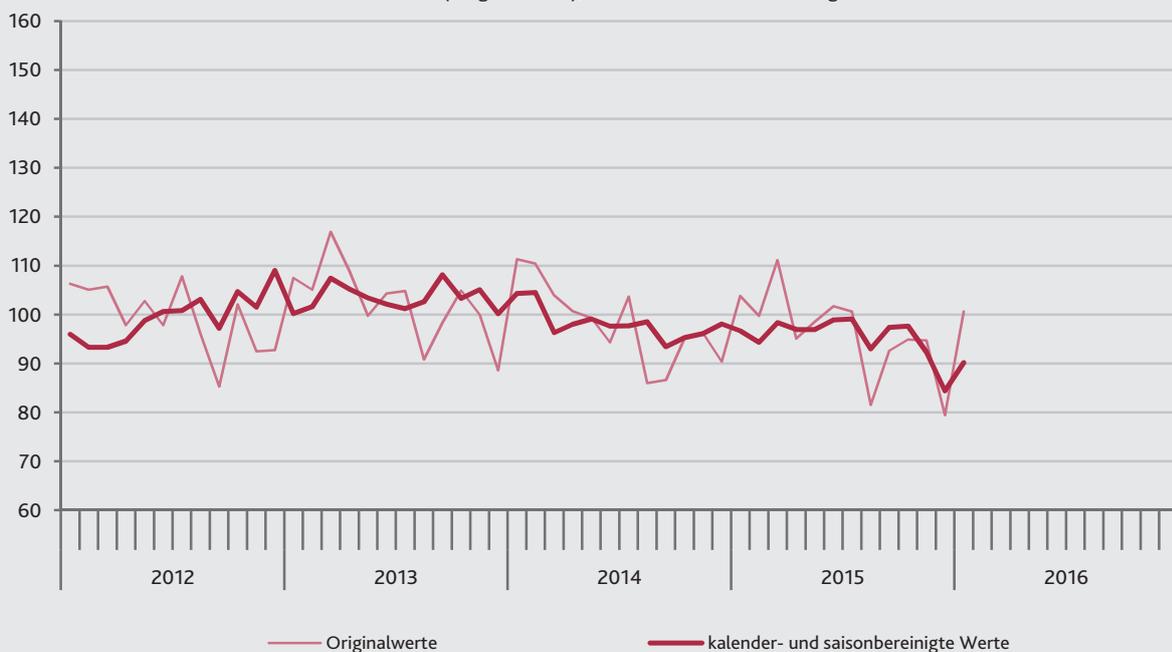
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

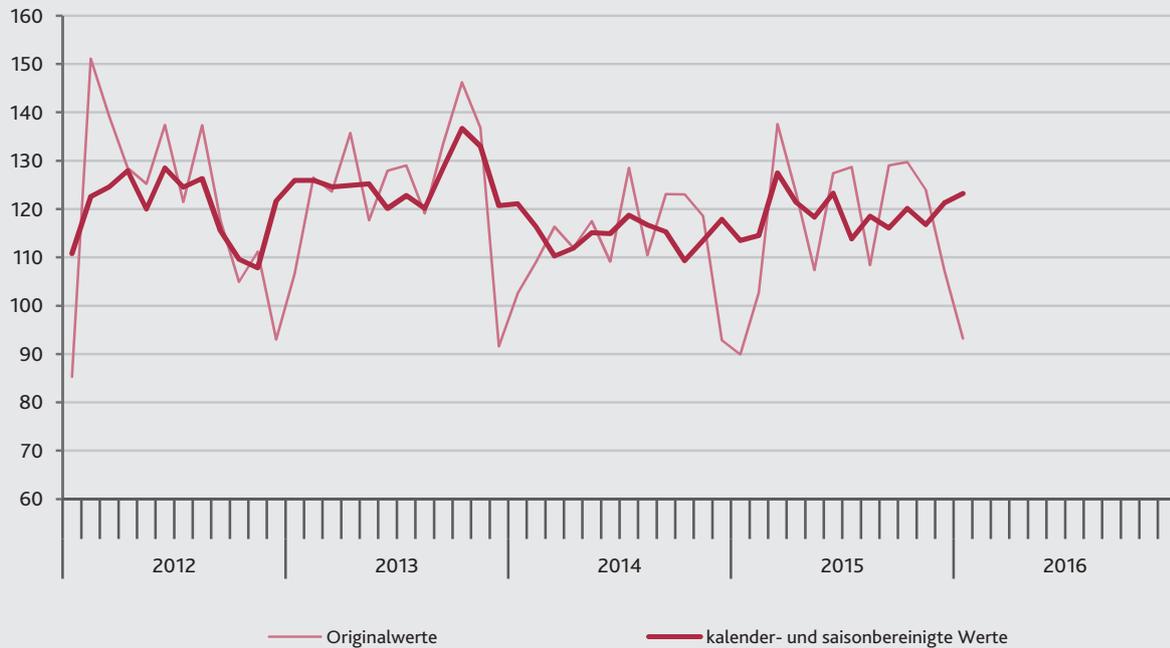
Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

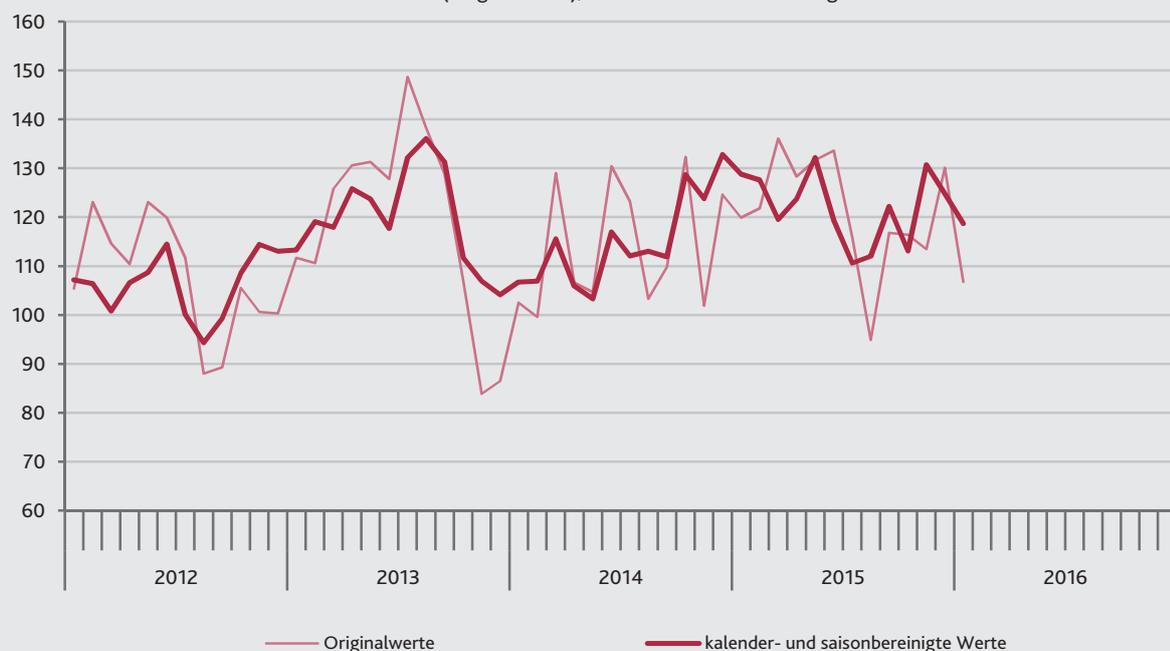


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

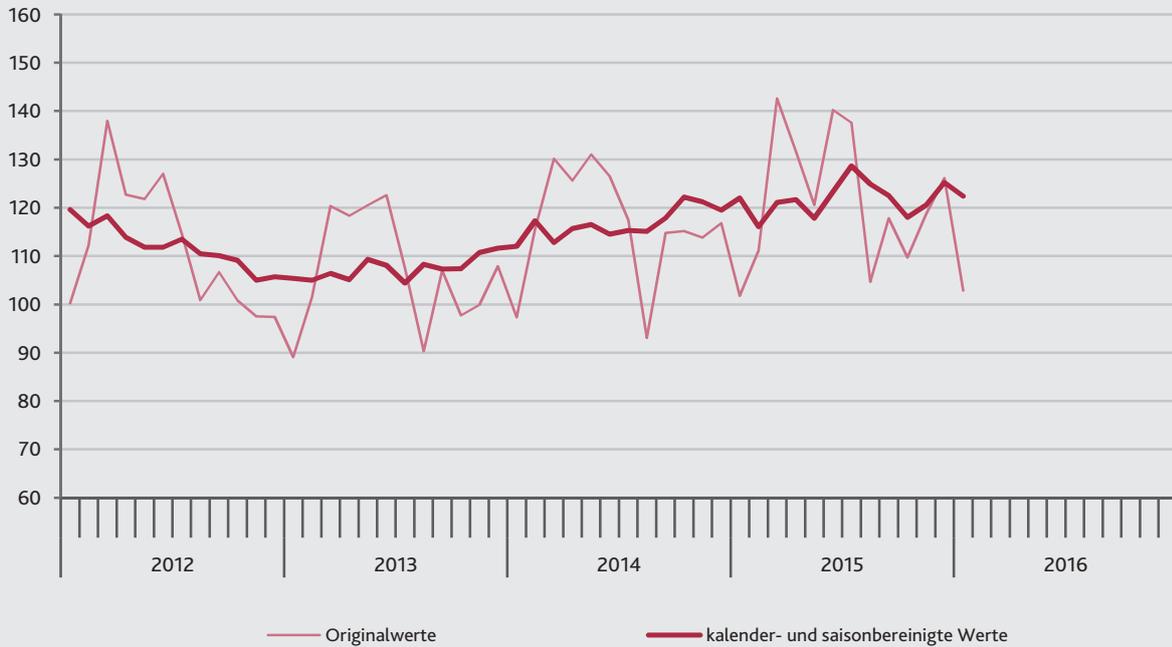


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

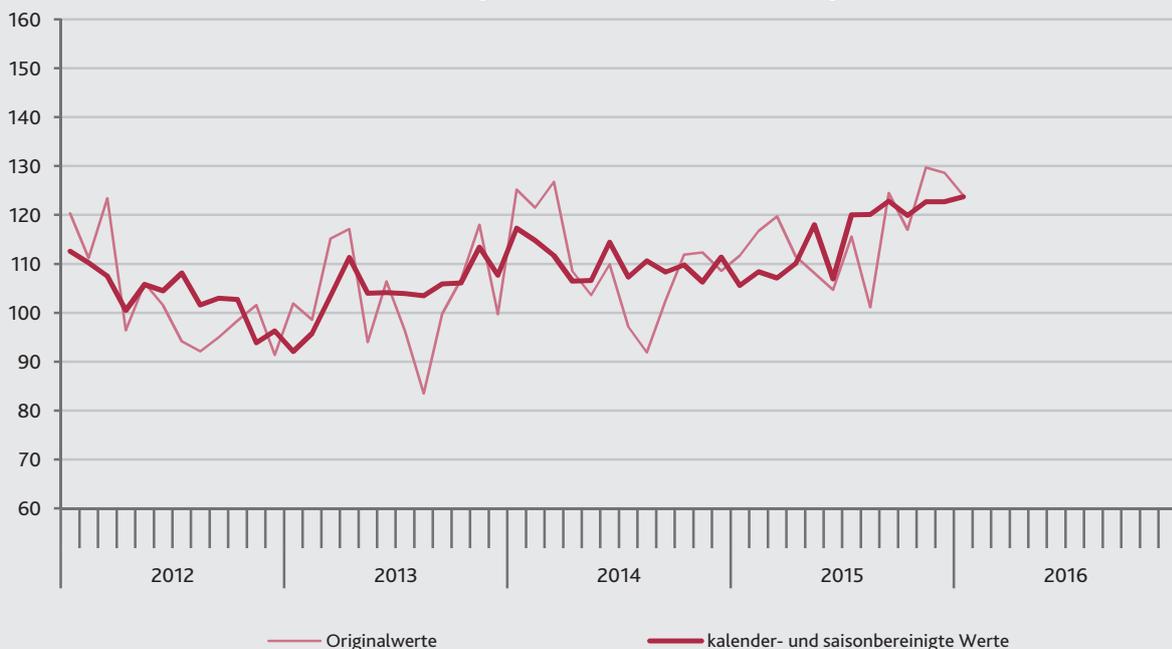


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

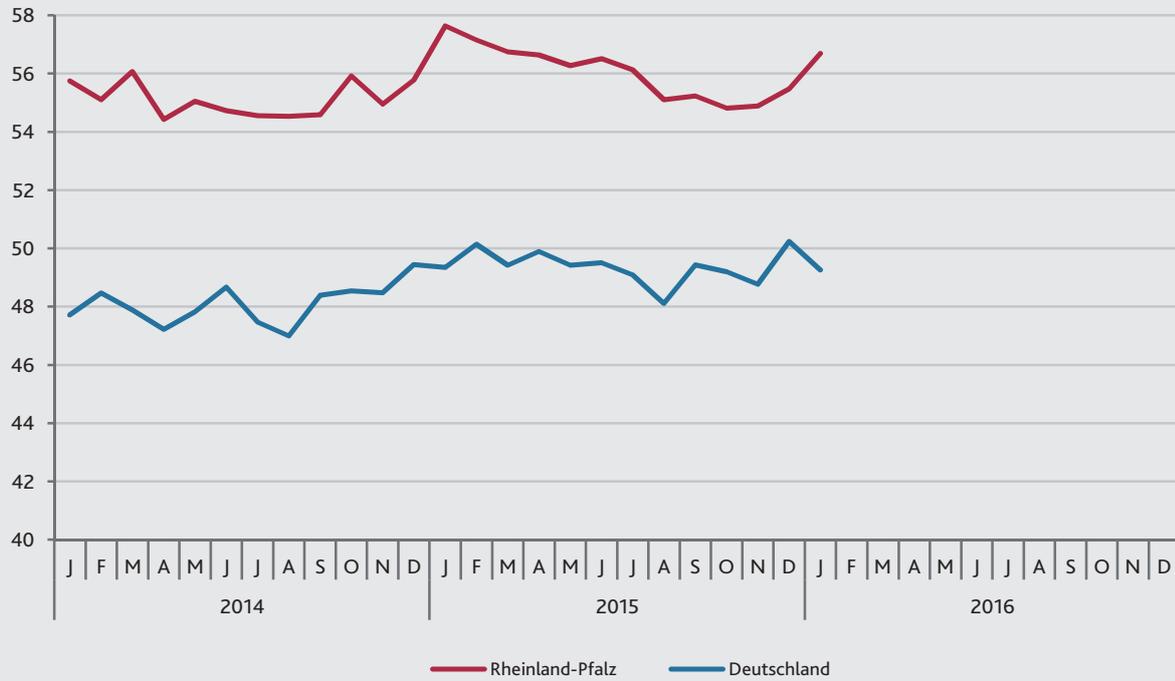
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

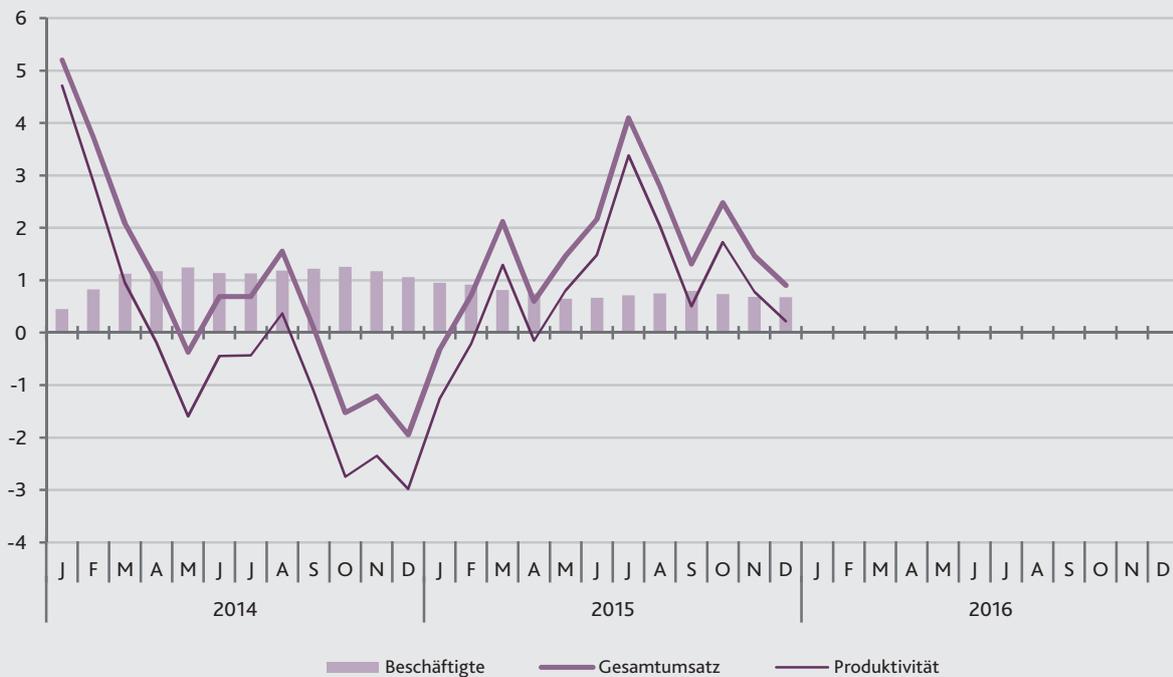
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

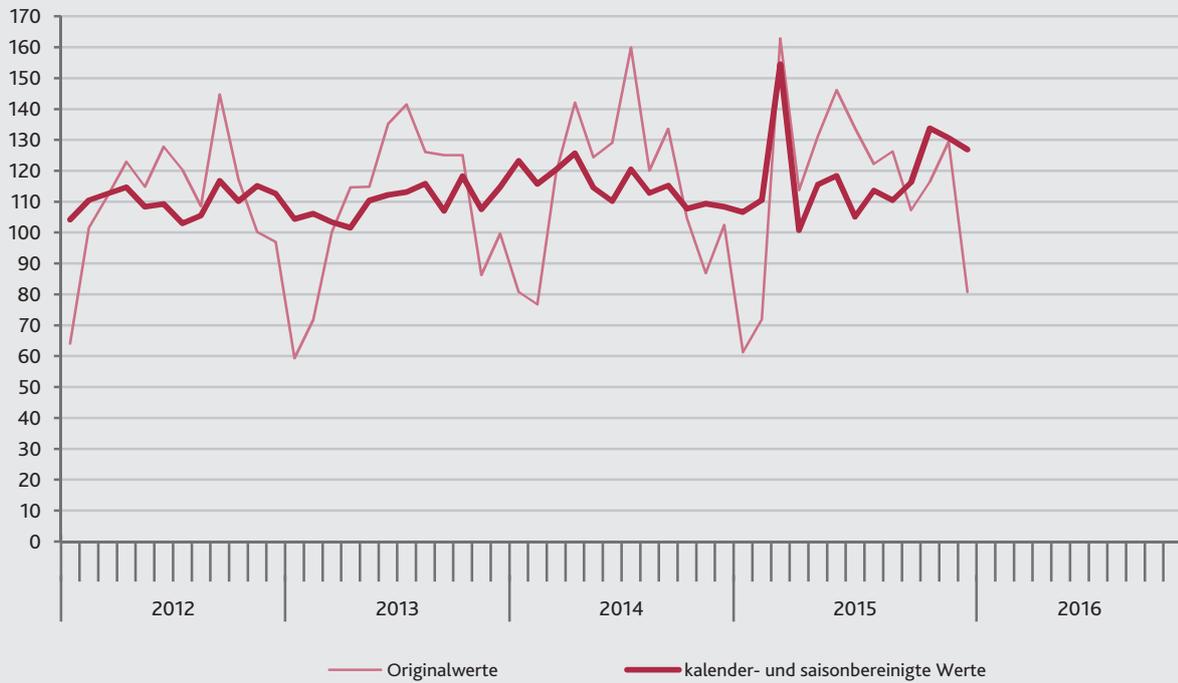


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

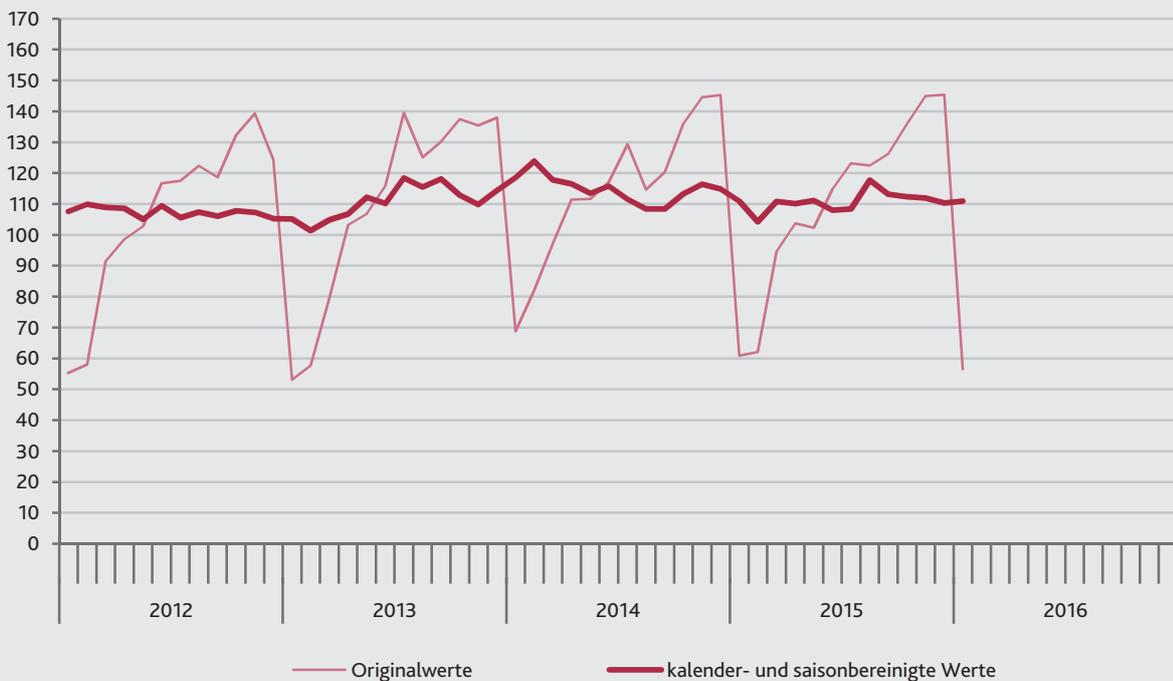
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

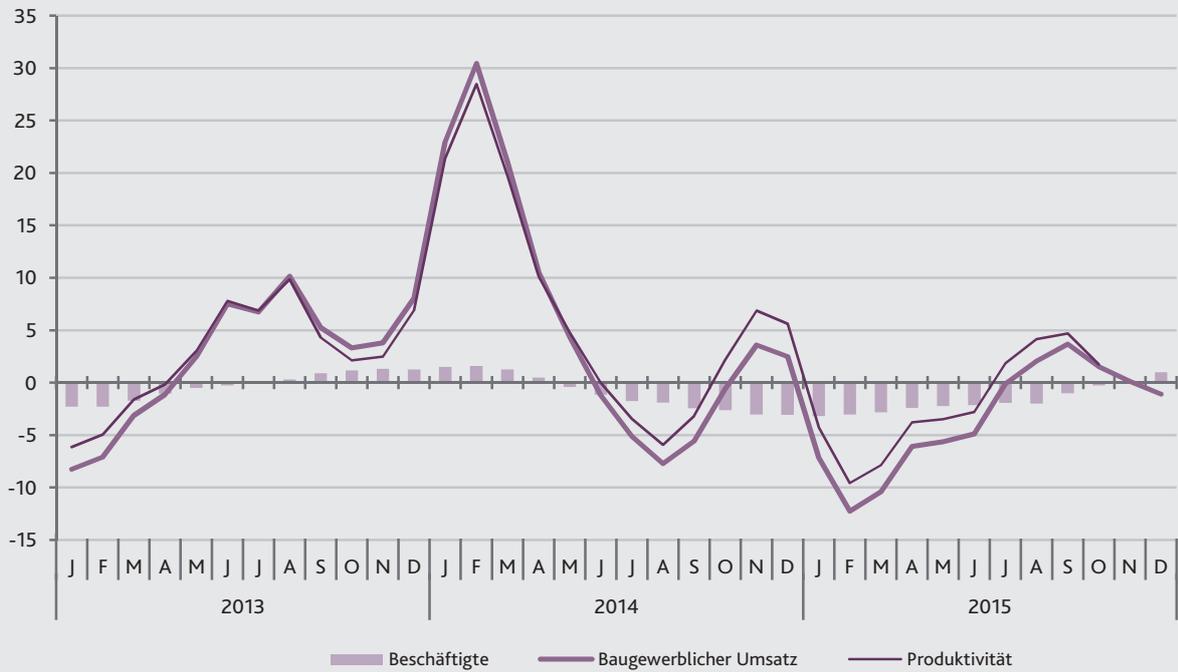
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

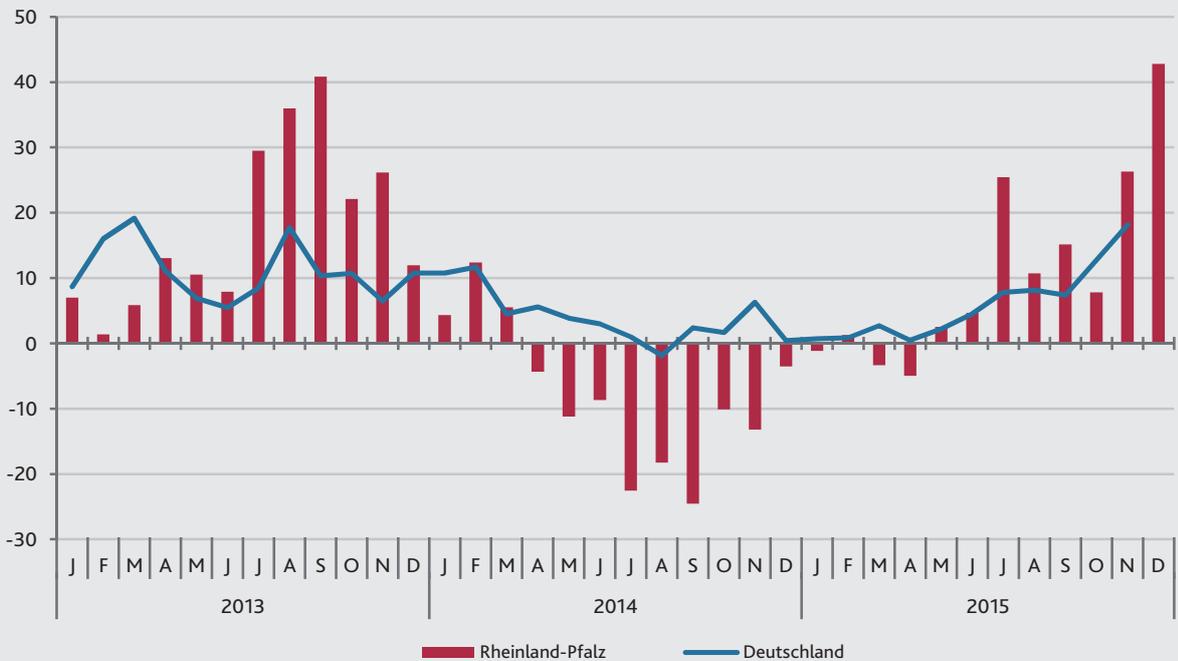
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

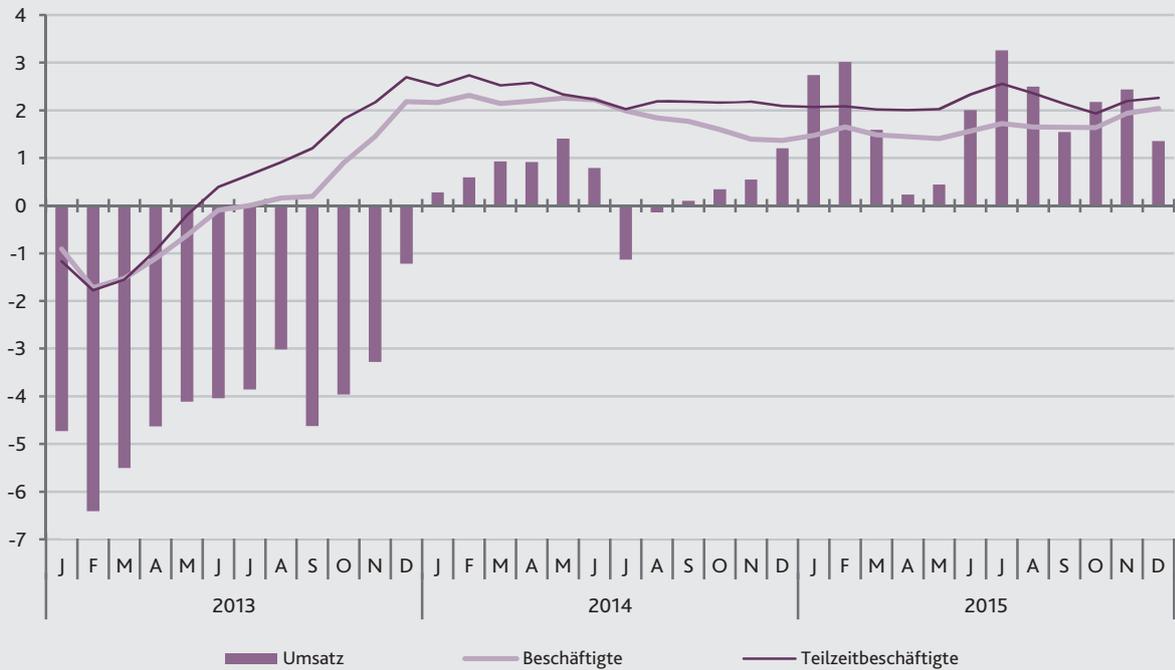


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

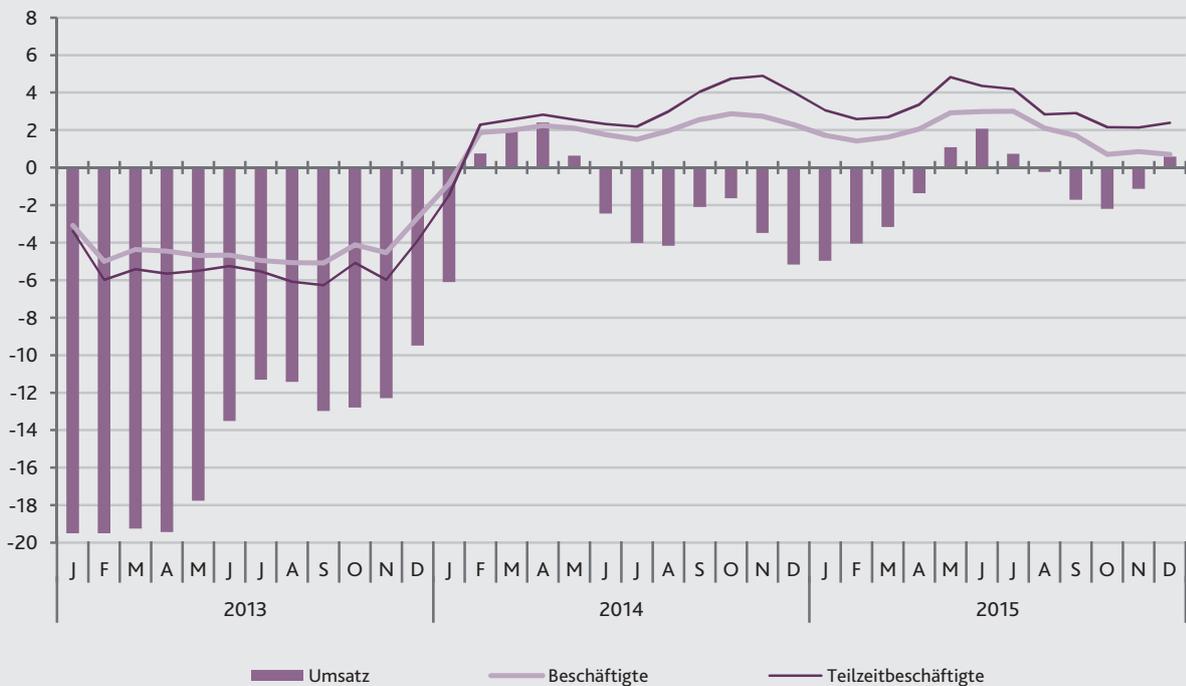
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100. Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

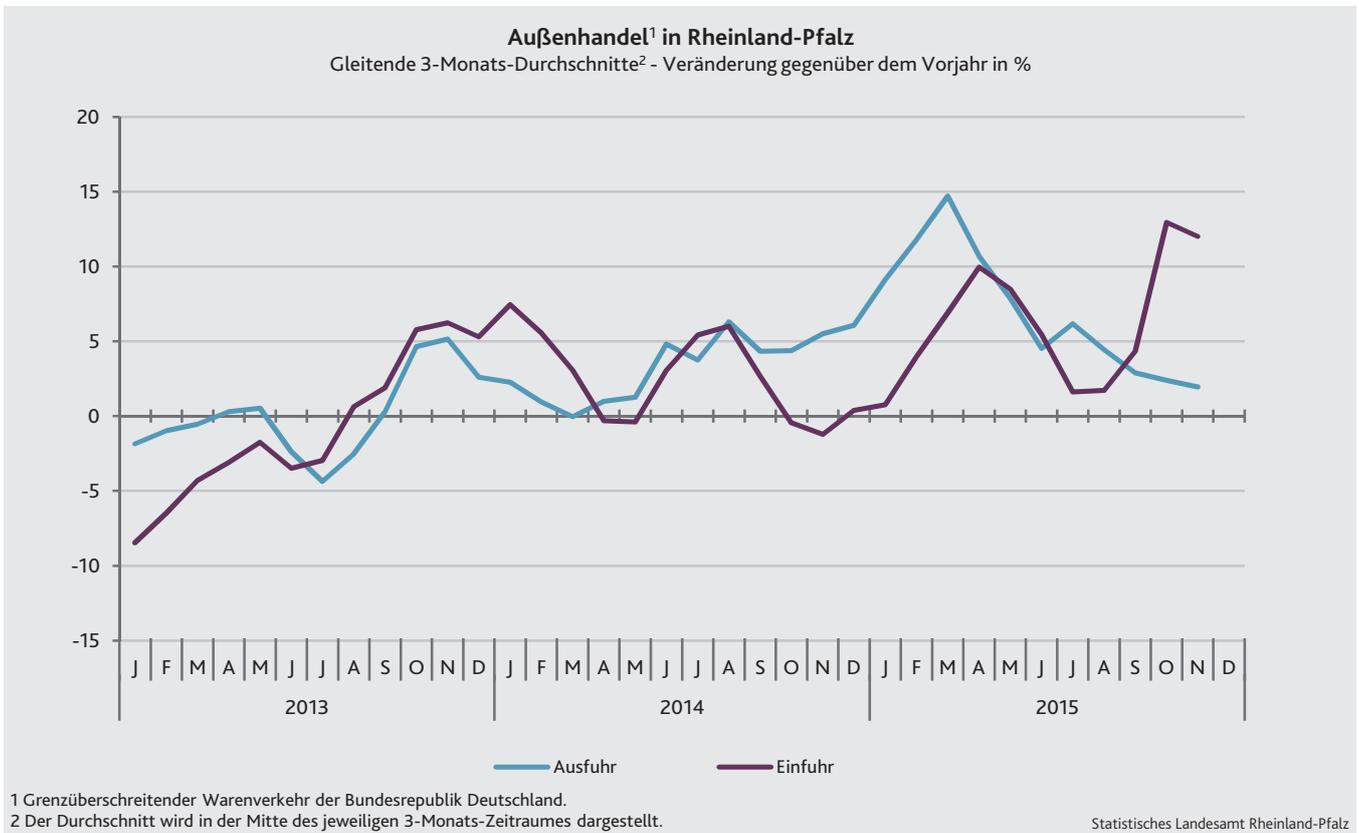
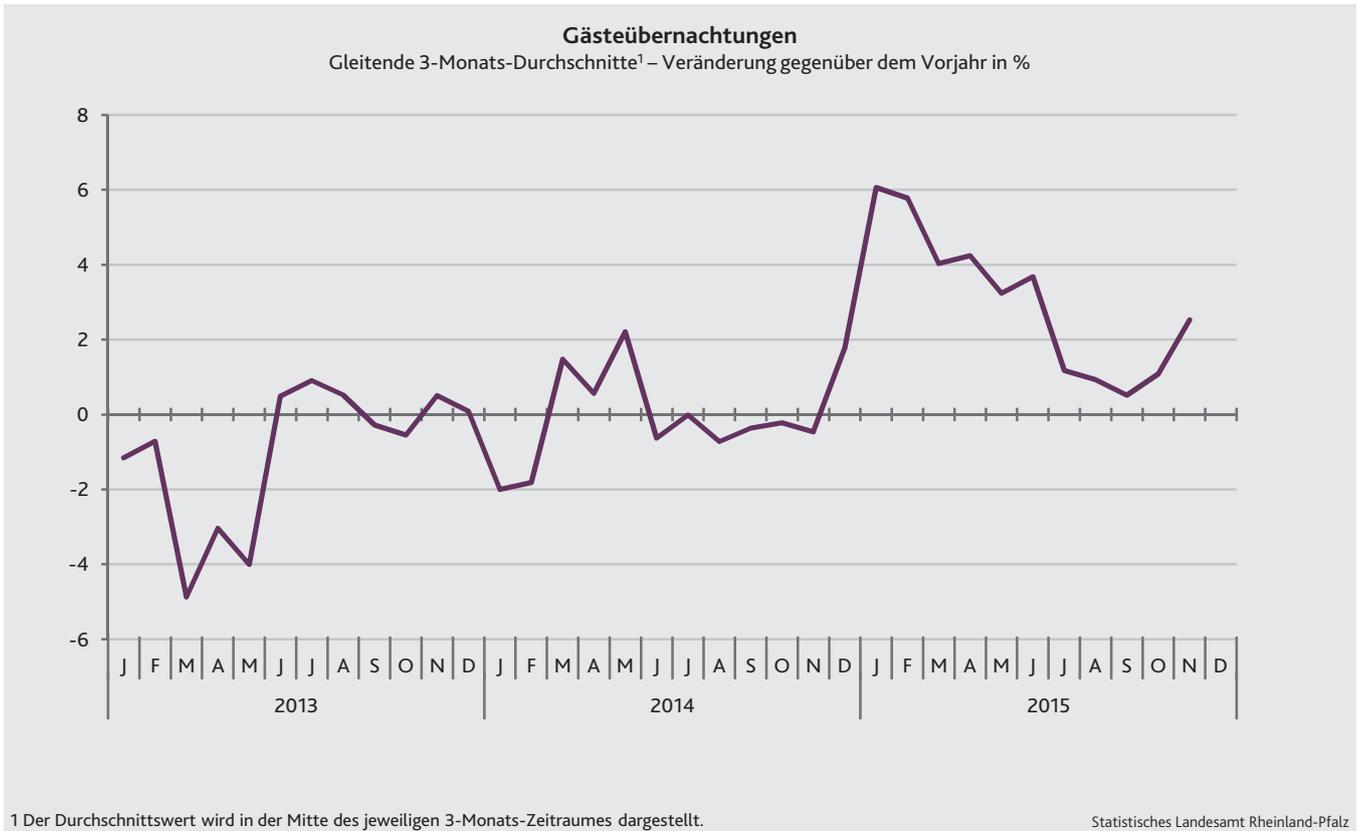
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

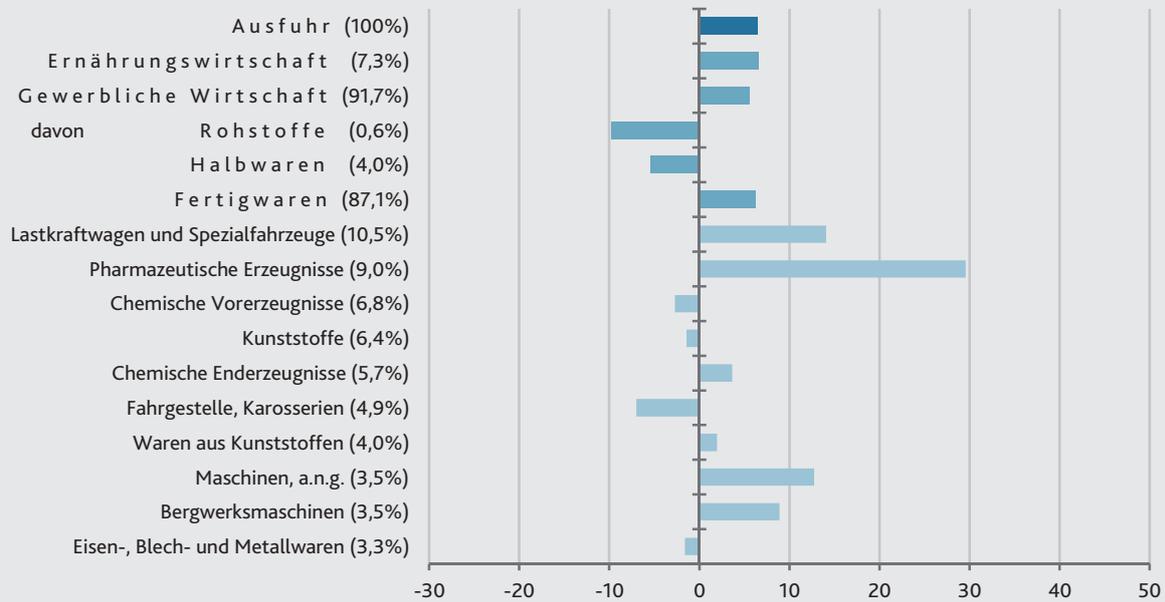


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



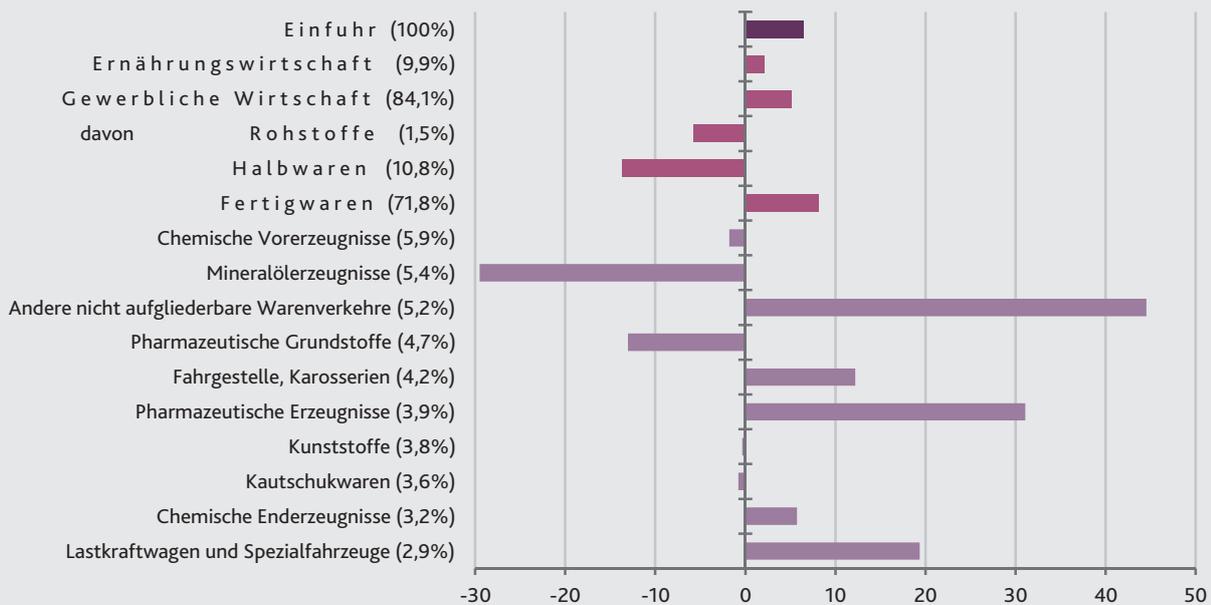
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2015 - Dezember 2015 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

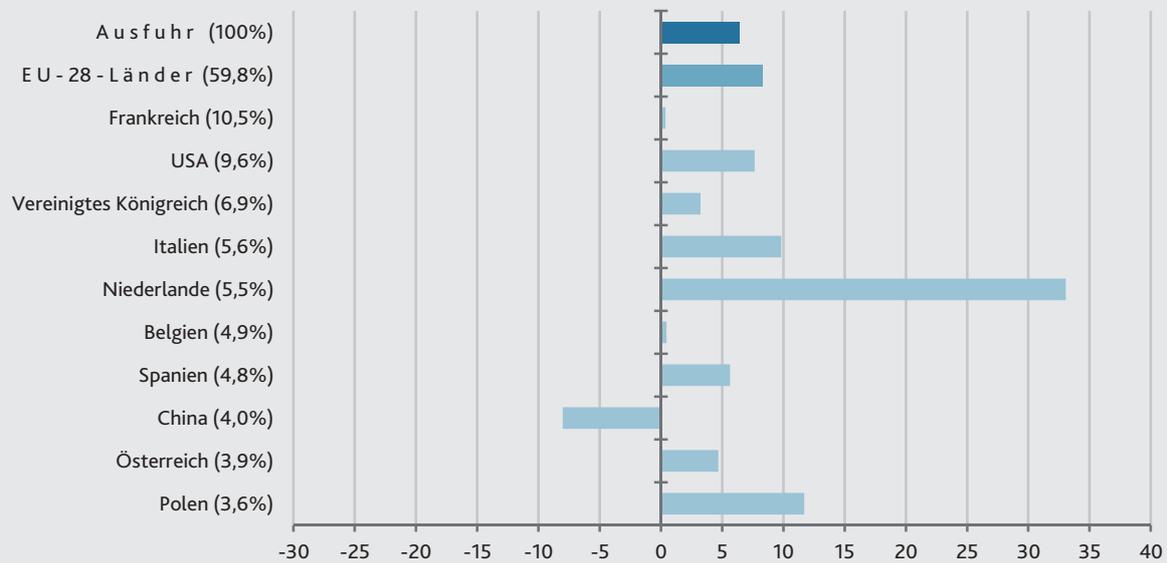
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2015 - Dezember 2015 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

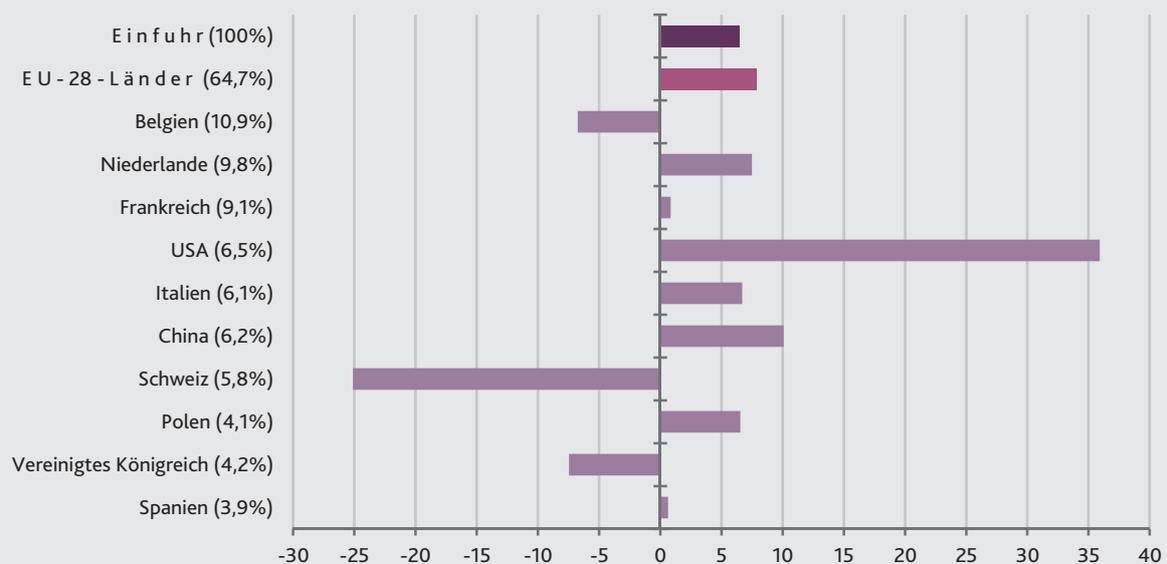
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2015 - Dezember 2015 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

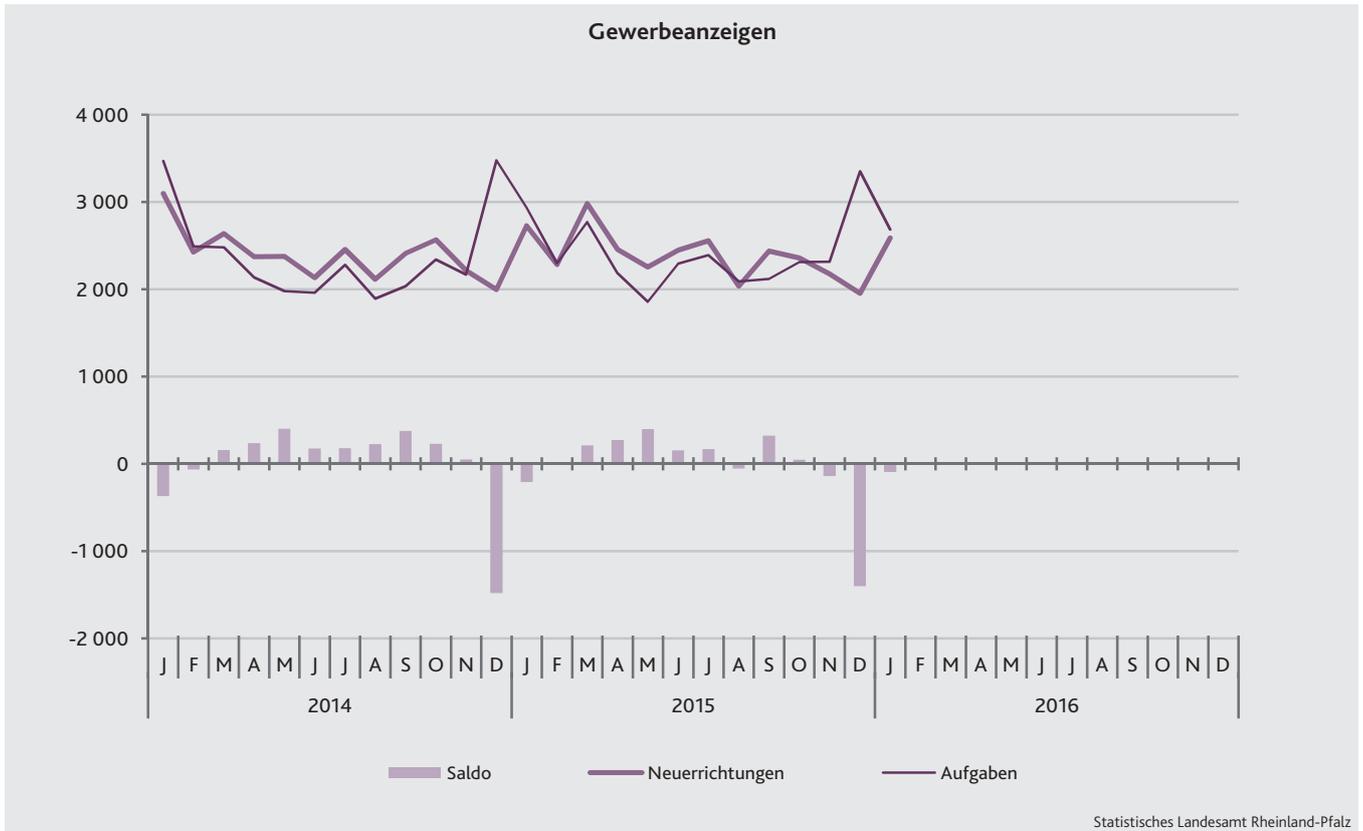
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2015 - Dezember 2015 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

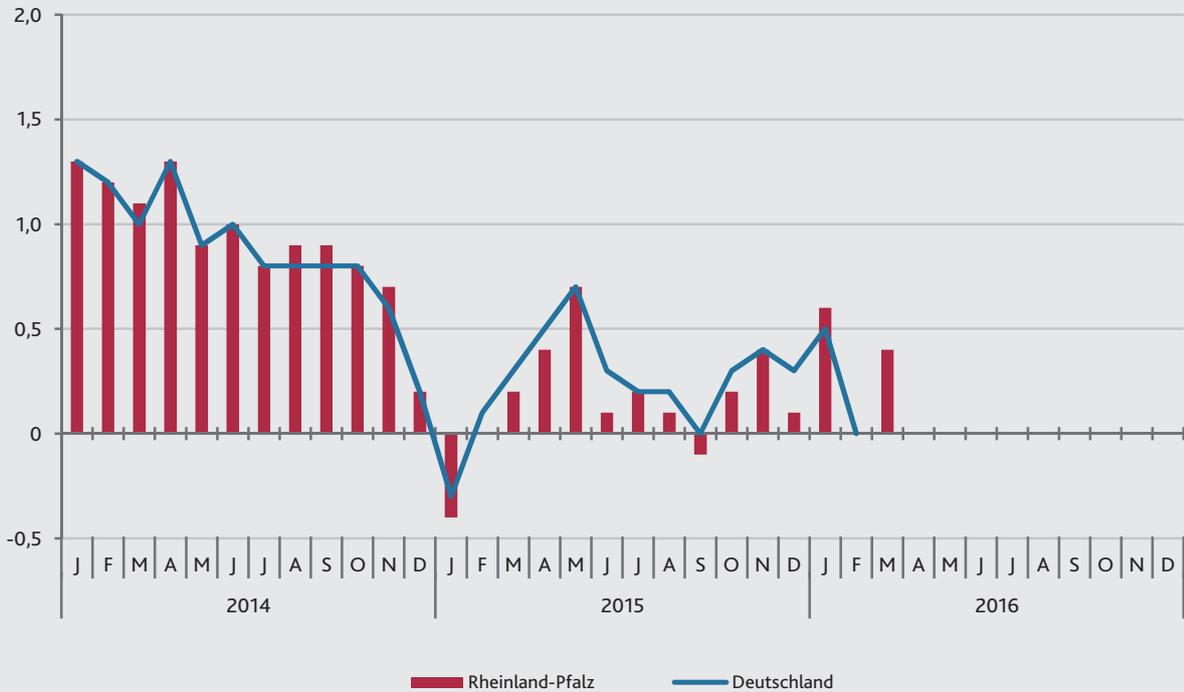


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

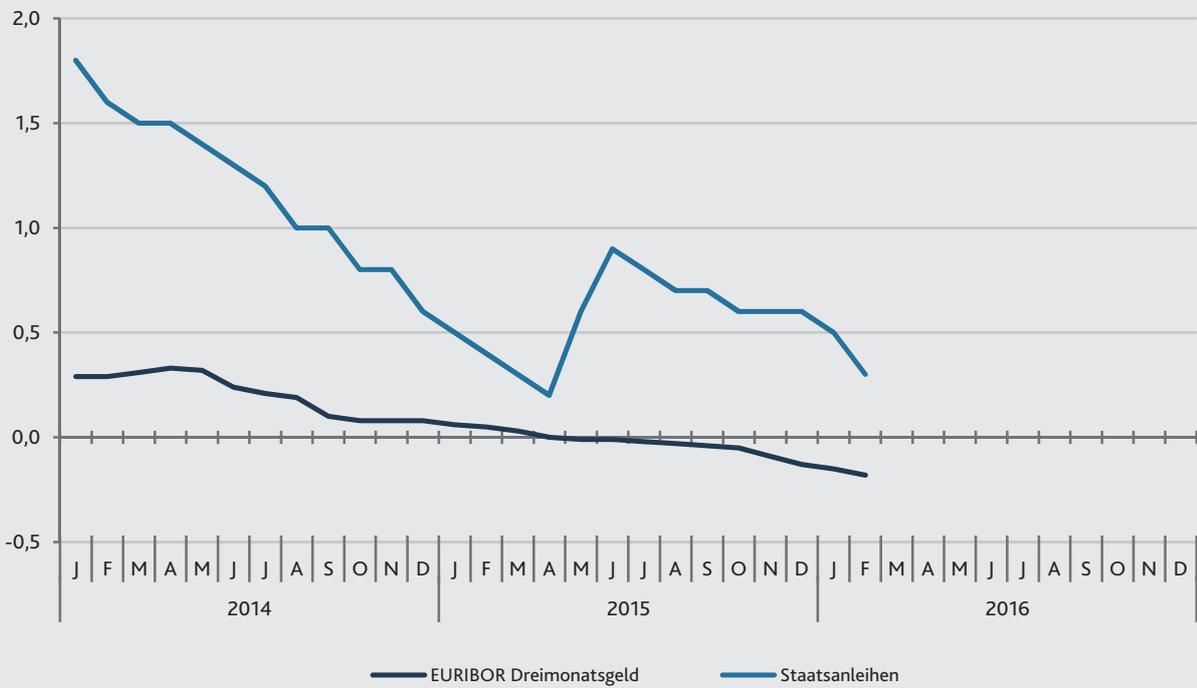
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

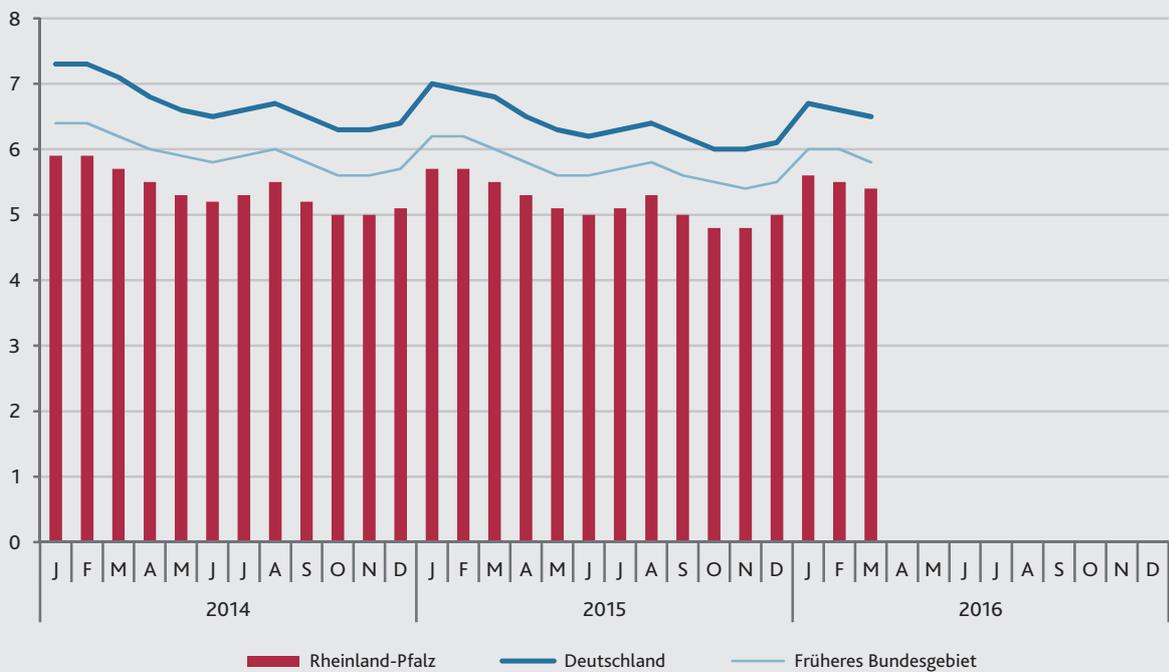
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

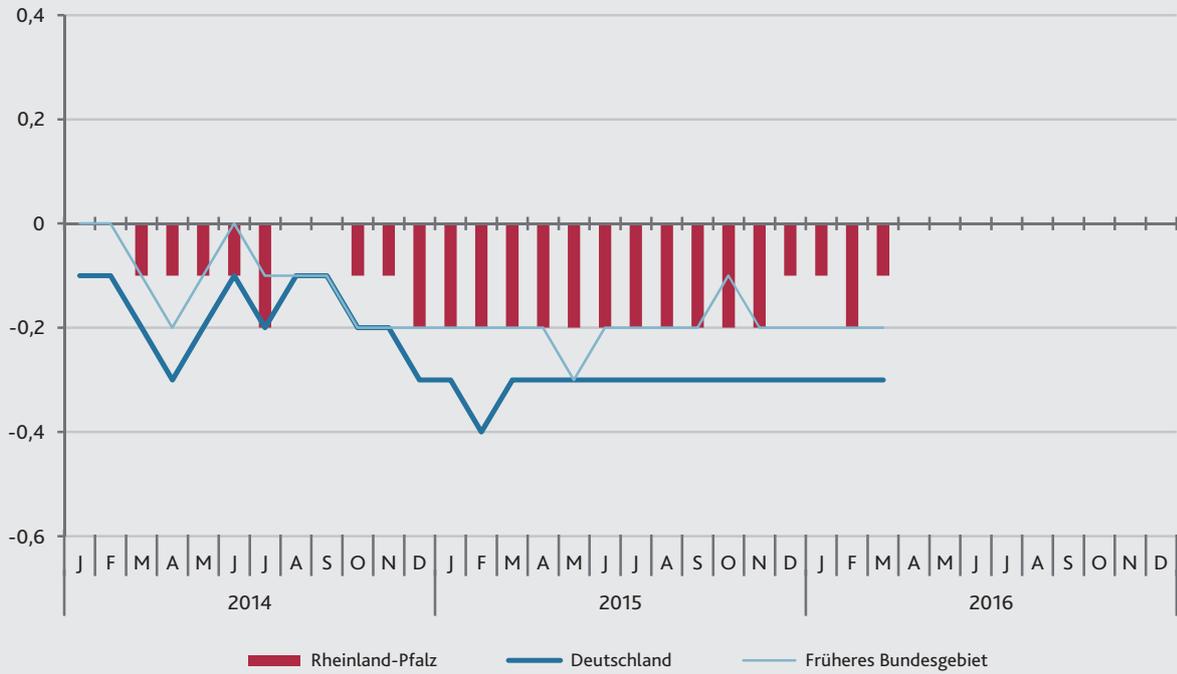
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

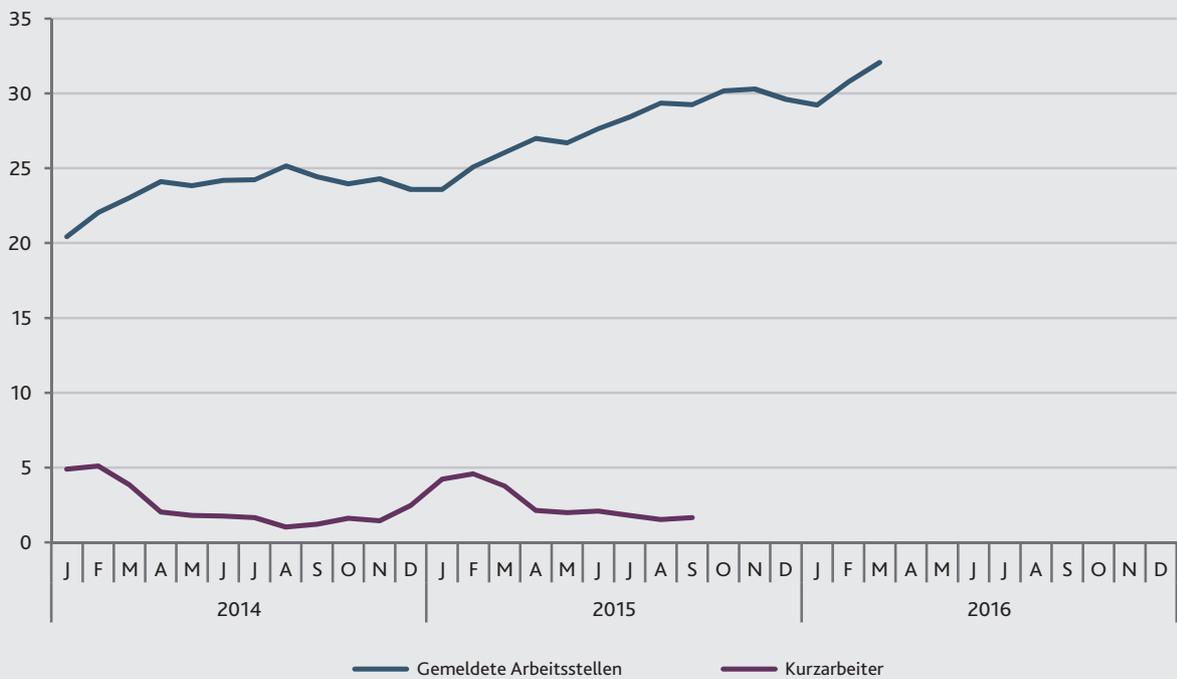
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

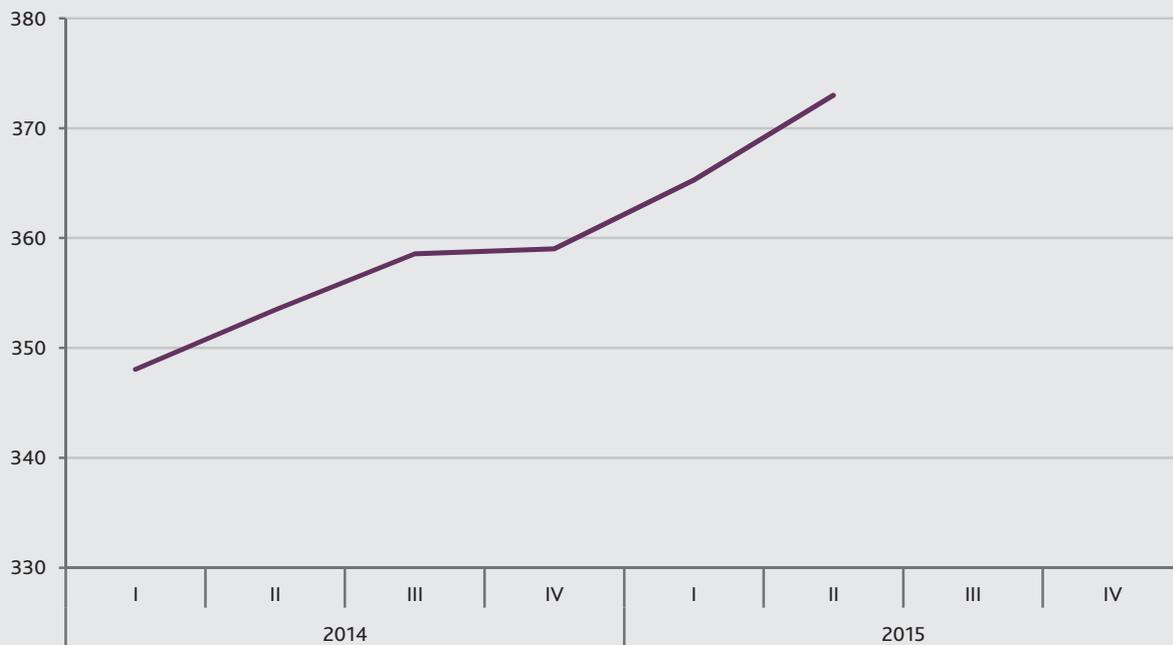
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

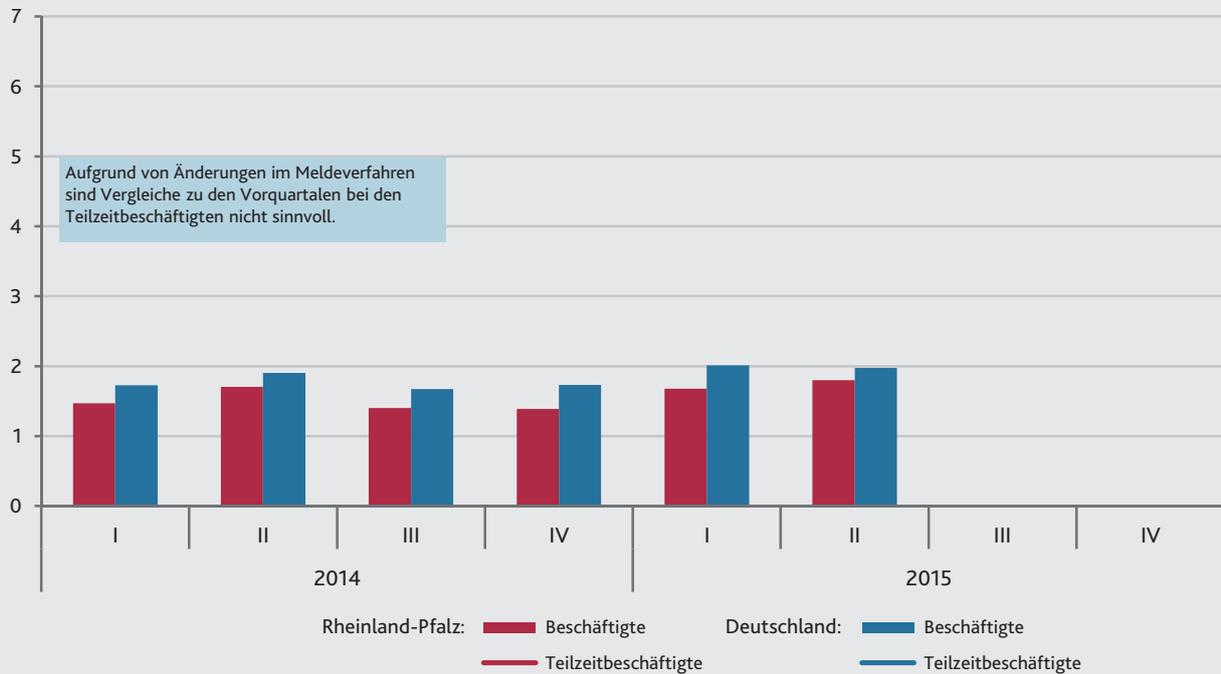


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

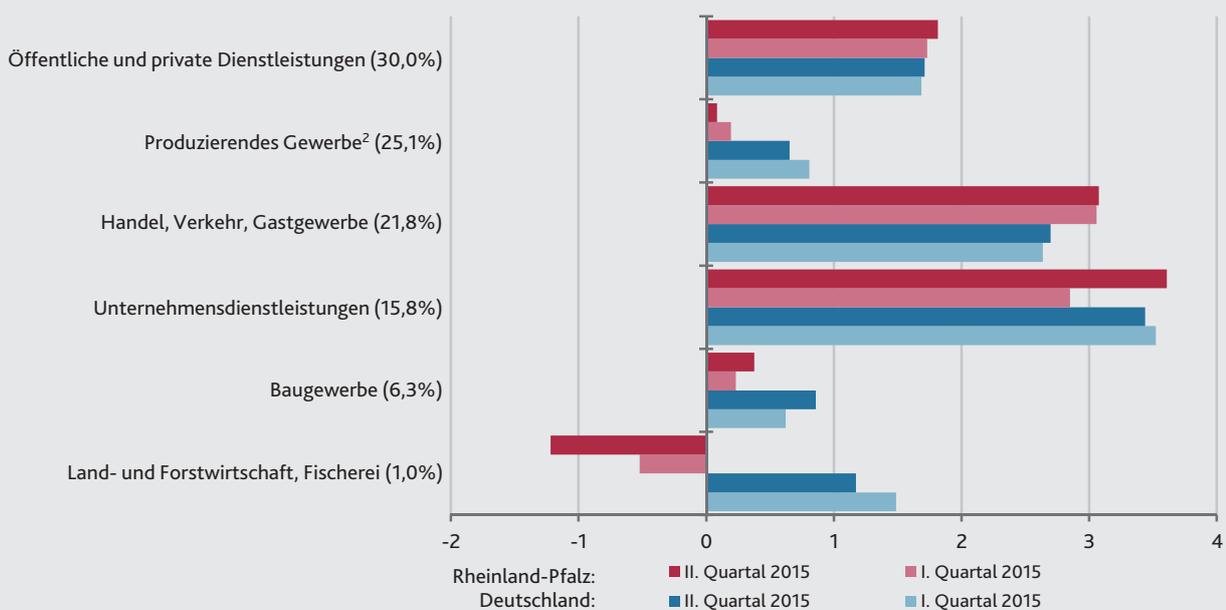
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



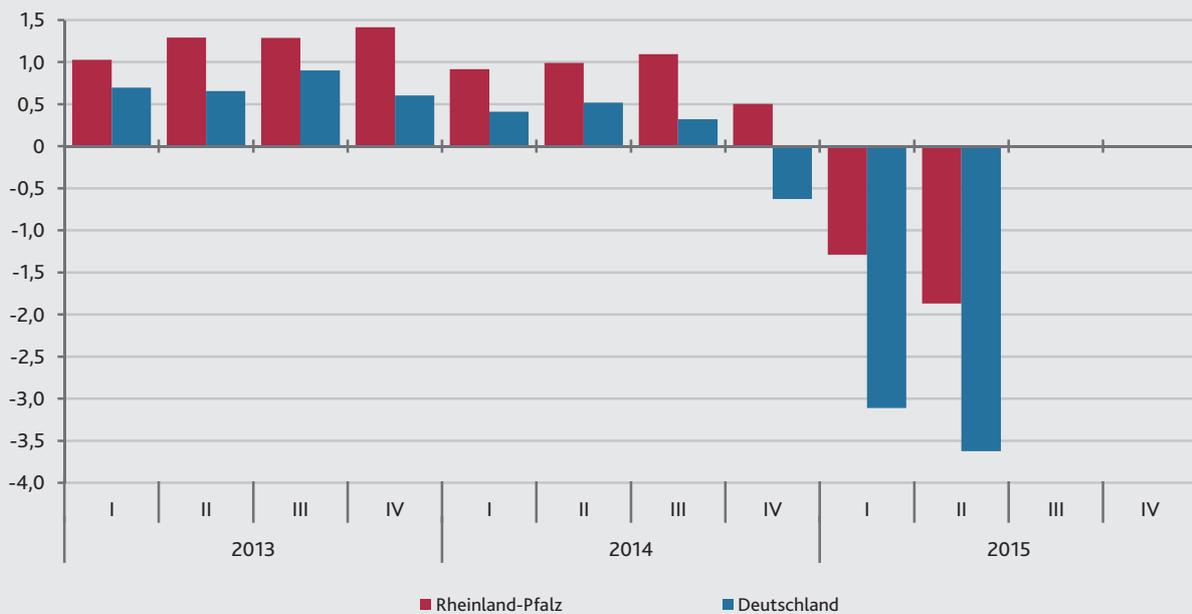
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsplatz
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

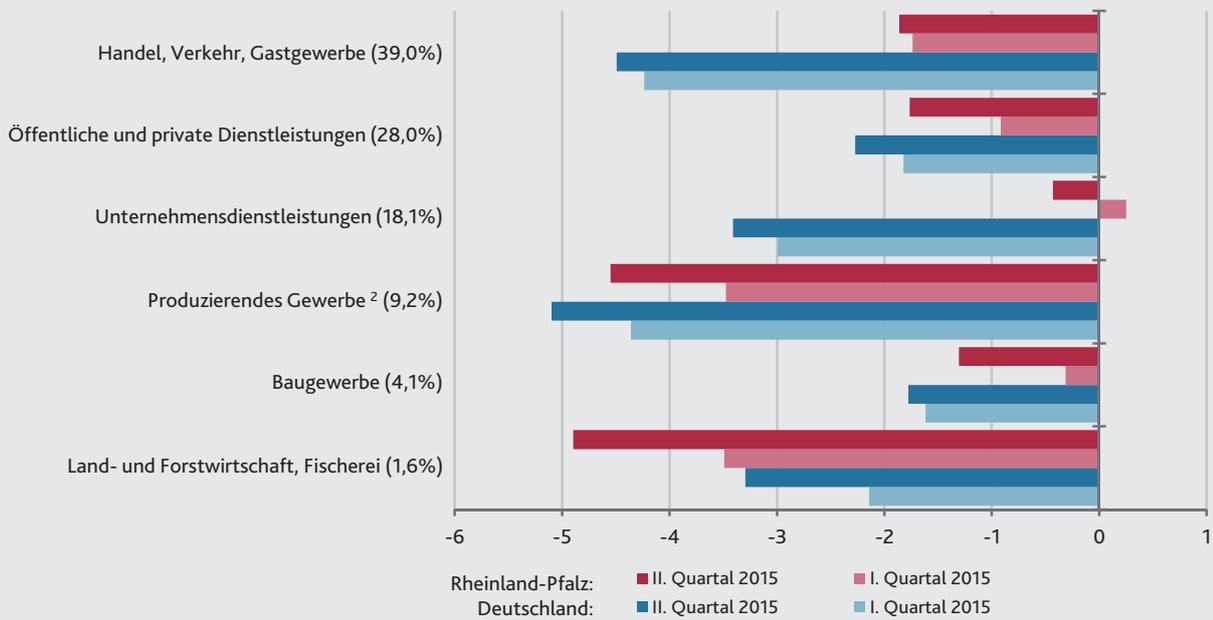
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2015. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. März 2016.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim

Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und un-selbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle

Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table is tilted and contains several rows of numerical data. The numbers are arranged in columns, with some values appearing to be in different units or categories. The numbers are: 20, 752, 6 058, 134 628, 157 811, 113 466, 87 007, 65 282, 78 320, 95 409, 129 151, 134 121, 126 824, 134 545, 157 827, 113 035, 84 980, 64 829, 78 146, 94 429, 125 677, 130 993, 128 093, 133 450, 157 264, 111 776, 80 756, 63 568, 77 648, 92 396, 125 873, 103 800, 127 842, 129 432, 110 138, 77 052, 61, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 994 ^{1,2}	4 012 ^{1,2}	4 008	4 010	4 011	4 029
darunter Ausländer ³	1 000	306 ^{1,2}	331 ^{1,2}	325	328	330	357

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 602	1 636	1 999	1 625	1 029	2 652
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 666	2 786	3 159	2 921	2 582	3 171
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,4	9,6	8,6	7,8	9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 794	3 693	3 564	3 681	3 579	3 425
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,1	10,8	10,8	10,9	10,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	8	8	13	8	11	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,0	4,1	2,7	4,3	3,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 129	- 907	- 405	- 760	- 997	- 254
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,4	- 2,7	- 1,2	- 2,2	- 3,0	- 0,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 962	11 303	14 750	14 362	10 451	16 111
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	4 305	5 428	7 153	6 778	4 961	9 067
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 538	9 026	11 447	11 538	8 486	11 368
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 630	3 141	3 687	3 317	3 168	3 942
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 424	2 277	3 303	2 824	1 965	4 743
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 592	14 152	16 292	15 759	13 644	17 056

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2012	2013		2014			2015		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 285	1 299	1 308	1 310	1 321	1 343	1 326	1 332	1 345
* Frauen	1 000	589	599	607	607	611	622	619	622	626

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2,3}**

	Einheit	2012	2013		2014			2015		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	90	96	94	100	106	110	104	110	117
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	326	341	345	348	353	359	359	365	373
* darunter Frauen	1 000	275	286	290	292	295	299	300	304	309
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	13	10	12	13	14	10	12	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	418	418	420	422	427	420	420	422
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	274	278	282	280	285	291	287	289	294
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	199	204	202	203	206	210	207	209	213
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	382	387	396	396	396	402	402	402	403

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	115 741	112 882	123 807	123 337	118 863	108 290	121 103	120 261	117 300
* Frauen	Anzahl	53 744	52 144	55 484	55 047	53 680	49 813	53 877	53 315	52 350
Männer	Anzahl	61 998	60 737	68 323	68 290	65 183	58 477	67 226	66 946	64 950
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	44 689	41 783	50 145	49 671	45 829	39 239	47 212	46 295	43 654
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 053	71 098	73 662	73 666	73 034	69 051	73 891	73 966	73 646
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,4	5,2	5,7	5,7	5,5	5,0	5,6	5,5	5,4
* Frauen	%	5,3	5,1	5,5	5,4	5,3	4,9	5,3	5,2	5,1
* Männer	%	5,4	5,3	6,0	6,0	5,7	5,1	5,8	5,8	5,6
* jüngere von 15–25 Jahren	%	4,9	4,6	5,0	5,2	5,0	4,1	4,5	4,8	4,7
jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,2	3,0	3,1	3,0	2,8	3,0	3,0	3,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,6	5,3	6,0	5,9	5,7	5,0	5,7	5,7	5,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	5,8	6,5	6,4	6,2	5,5	6,2	6,2	6,1
* Ausländer/-innen	%	12,1	12,4	13,4	13,5	13,1	12,6	14,3	14,2	14,0
Deutsche	%	4,8	4,6	5,1	5,1	4,9	4,3	4,8	4,8	4,6
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 407	...	4 234	4 581	3 765
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	23 602	27 760	23 584	25 087	26 056	29 601	29 218	30 783	32 075

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2013	2014		2015			2016		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 942	221 871	220 043	221 444	224 000	222 311	222 050	223 263	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 107	114 512	113 516	114 112	115 108	114 017	113 613	113 869	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	155 110	156 803	155 003	156 170	158 263	156 333	156 114	157 033	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 832	65 068	65 040	65 274	65 737	65 978	65 936	66 230	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	61 451	62 581	62 581	62 840	63 359	63 872	63 842	64 160	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	519	456	388	486	520	440	594	686
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	507	473	408	351	439	454	381	536	614
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	2	4	5	6	4	6	6
Unternehmen	Anzahl	64	74	90	44	95	55	54	95	111
private Haushalte	Anzahl	485	442	364	340	386	459	382	493	569
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	934	852	707	977	1 034	1 076	1 080	1 465
* Umbauter Raum	1 000 m ³	633	594	511	453	612	608	611	683	929
* Wohnfläche	1 000 m ²	119	112	97	85	115	116	111	129	170
Wohnräume	Anzahl	4 783	4 424	3 997	3 369	4 386	4 760	4 628	5 150	7 361
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	180	172	147	134	179	192	186	205	273

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	126	123	149	116	100	109	130	105	90
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	11	14	11	9	11	14	5	10
Unternehmen	Anzahl	99	86	94	88	78	74	82	78	57
private Haushalte	Anzahl	14	26	41	17	13	24	34	22	23
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	15	8	7	7	9	8	11	4
* Umbauter Raum	1 000 m ³	739	797	660	523	498	424	1 083	2 201	589
* Nutzfläche	1 000 m ²	105	105	102	83	70	64	112	213	81
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	89	90	72	59	67	87	70	64	94

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 120	1 128	1 020	849	1 079	1 240	1 377	1 472	1 708
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 500	5 321	4 843	3 964	4 848	5 757	5 672	6 409	8 140

Landwirtschaft

	Einheit	2013	2014		2015			2016		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 747	11 228	12 161	11 398	12 318	12 441	12 042	11 404	11 636
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 847	1 944	2 321	2 059	2 074	2 325	2 481	2 114	1 959
darunter										
* Kälber	t	8	7	7	19	4	9	9	18	7
* Jungrinder	t	10	7	12	12	11	28	14	8	5
* Schweine	t	8 852	9 234	9 789	9 279	10 210	10 060	9 498	9 227	9 643
* Eierzeugung ²	1 000	14 522	15 097	13 206	12 585	13 425	15 330	15 862	17 702	17 565

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	984	982	983	983	974	1 005	1 008	1 007	989
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	248 561	251 312	252 796	251 667	250 437	254 925	254 400	253 333	252 258
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 499	32 012	33 103	29 183	32 116	33 738	33 976	29 441	31 851
* Entgelte	Mill. EUR	1 002	1 029	1 346	991	957	994	1 382	1 011	996
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 045	7 107	6 957	6 869	6 643	7 206	7 258	7 010	6 386
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 945	4 006	3 810	3 626	3 980	3 872	3 825	3 299	3 638
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 839	1 846	1 935	1 957	1 495	2 047	2 087	2 350	1 545
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	85	83	98	81	73	98	100	87	81
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 176	1 172	1 114	1 204	1 095	1 189	1 247	1 273	1 123
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 337	2 386	2 220	2 297	2 431	2 117	2 158	1 951	2 108
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	961	931	998	984	705	1 134	1 102	1 222	719
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 812	3 918	3 823	3 832	3 829	3 950	3 984	3 889	3 620
Exportquote ⁶	%	54,1	55,1	55,0	55,8	57,6	54,8	54,9	55,5	56,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	103,0	101,6	96,1	99,1	107,5	111,8	109,0	106,2	112,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	100,2	98,2	95,5	90,6	105,6	95,9	97,1	83,9	102,3
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,2	111,9	105,3	114,3	116,7	121,0	119,7	127,6	116,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2013	2014		2015			2016			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	75,5	58,6	46,5	38,5	60,4	51,4	52,4	41,9	59,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	89,5	85,3	71,0	93,3	88,6	168,5	138,3	149,3	156,9
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	102,5	98,2	96,2	90,4	103,8	94,9	94,7	79,4	100,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	119,3	114,0	101,9	124,6	119,9	116,4	113,5	130,1	106,8

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	174	173	172	182	179	179	178	183
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 694	9 764	9 789	9 765	9 595	9 480	9 490	9 467	9 447
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 188	1 190	1 230	1 058	1 216	1 201	1 235	1 049	1 171
* Entgelte ³	Mill. EUR	41	42	58	40	37	50	57	39	38
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	474	321	364	364	330	313	318	362	...
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	459	307	350	349	315	298	304	347	...

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 062	18 875	18 891	18 603	18 248	19 092	19 064	18 875	18 559
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 919	1 969	2 094	1 554	1 233	2 264	2 127	1 592	1 195
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	311	319	331	255	239	367	336	271	232
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	596	642	672	554	474	705	709	550	466
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 012	1 008	1 091	745	520	1 191	1 082	771	497
darunter Straßenbau	1 000 h	537	544	585	381	214	648	573	405	218
* Entgelte	Mill. EUR	56	59	68	62	49	61	74	66	50

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	244	254	320	322	135	301	321	322	125
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	40	42	44	22	47	45	50	23
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	82	87	110	122	56	98	124	109	47
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	123	127	168	155	57	155	151	162	56
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	66	95	74	21	84	81	84	23

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2013	2014			2015					
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Betriebe ⁴	Anzahl	415	412	411	411	411	423	426	425	424
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	15 506	15 644	15 555	15 862	15 748	15 908	15 920	16 182	16 013
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 948	4 937	4 827	5 111	4 979	4 887	4 905	5 136	5 152
* Entgelte	Mill. EUR	119	120	118	120	128	118	125	126	134
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	412	425	387	422	548	351	425	431	553

Handel⁵Großhandel^{6, 6}

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte	2010=100	105,4	106,6	107,6	106,6	107,3	109,3	109,5	108,7	108,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,1	118,4	120,5	119,9	119,7	121,4	122,4	121,7	120,5
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	94,7	93,2	92,9	92,0	80,0	100,4	96,6	92,2	77,5
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,6	87,0	87,6	87,2	75,9	94,6	91,2	87,4	73,5

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2010=100	102,7	104,7	106,7	106,6	105,2	107,7	108,5	109,2	107,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,3	105,7	108,2	108,1	106,4	108,9	110,2	111,1	108,7
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	101,4	102,3	101,9	117,4	96,4	109,1	105,8	121,0	94,7
* Umsatz real ⁷	2010=100	96,7	97,3	97,2	112,7	93,2	103,1	100,3	115,8	91,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹
Kfz-Handel^{P,2}

	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2010=100	103,7	104,3	106,2	105,2	104,2	107,4	107,5	107,1	106,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,5	118,2	119,8	119,4	118,4	122,3	122,5	122,6	121,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	94,6	98,1	102,6	94,2	82,4	126,7	115,2	99,8	90,6
* Umsatz real ³	2010=100	92,1	95,4	99,4	91,4	79,9	121,6	110,8	96,2	87,1

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	99,8	102,0	102,1	98,8	95,1	107,0	101,8	100,6	95,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,5	103,7	103,4	100,8	96,3	110,3	105,0	104,0	98,7
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,4	80,7	73,8	76,6	55,9	91,3	73,0	80,6	58,5
* Umsatz real ³	2010=100	75,9	74,5	67,6	70,3	51,1	81,5	65,5	72,3	52,3

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	672	684	522	434	333	880	541	450	346
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	154	90	89	53	158	93	92	54
* Gästeübernachtungen	1 000	1 748	1 762	1 224	1 099	882	2 234	1 246	1 138	913
* darunter von Auslandsgästen	1 000	435	439	225	234	138	426	234	249	137

Verkehr
Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 779	1 770	2 008	1 753	1 796	2 028	1 811	1 958	1 738
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 191	1 232	1 406	1 135	1 107	1 451	1 229	1 288	1 162
* Getötete Personen	Anzahl	15	15	23	13	9	26	17	18	8
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	10	6	5	14	7	6	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	7	2	-	8	7	5	-
Radfahrer	Anzahl	1	4	3	1	-	1	1	-	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	4	3	2	1	4	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 547	1 593	1 821	1 481	1 489	1 858	1 616	1 646	1 574

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	296	305	347	238	220	343	311	283	226
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	137	134	136	136	137	178	157	158	126
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	77	100	41	19	78	66	33	19
Radfahrer	Anzahl	46	48	53	25	19	40	44	39	27
Fußgänger	Anzahl	29	29	39	28	41	29	34	49	43

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 881	11 953	10 920	10 455	9 553	12 416	12 382	10 869	10 364
darunter										
Krafträder	Anzahl	589	613	204	129	180	284	188	238	224
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 973	10 050	9 554	9 019	8 156	10 608	10 744	9 241	8 978
* Lastkraftwagen	Anzahl	904	878	818	905	877	1 063	1 027	943	833
Zugmaschinen	Anzahl	339	328	265	327	285	384	300	325	278

Personenbeförderung

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 521	54 611	56 619	47 029	55 977	56 253	56 127	45 499	...
Personenkilometer ³	Mill.	502	510	531	440	523	512	528	427	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 094	1 065	1 082	1 095	993	917	913	805	...
* Güterversand	1 000 t	821	813	872	833	747	689	709	719	...

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 876	4 010	4 336	3 959	3 738	4 546	4 206	4 085	3 975
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	294	291	303	297	261	319	315	314	264
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 540	3 677	3 986	3 606	3 430	4 129	3 796	3 665	3 598

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2013	2014			2015					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	22	24	26	22	20	22	21	19	18
* Halbwaren	Mill. EUR	170	159	155	163	153	168	134	133	119
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 348	3 494	3 806	3 421	3 257	3 939	3 641	3 513	3 460
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	944	931	965	890	861	992	953	772	769
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 404	2 563	2 841	2 531	2 396	2 947	2 687	2 741	2 691
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 653	2 731	2 913	2 763	2 398	3 173	2 936	2 886	2 676
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 283	2 200	2 559	2 458	2 120	2 839	2 621	2 586	2 438
Belgien	Mill. EUR	187	198	210	200	181	212	202	182	187
Luxemburg	Mill. EUR	54	54	57	55	47	53	54	50	48
Dänemark	Mill. EUR	35	37	37	30	37	42	35	36	37
Finnland	Mill. EUR	31	30	31	26	27	28	30	26	26
Frankreich	Mill. EUR	430	422	449	410	355	461	436	420	438
Griechenland	Mill. EUR	41	33	34	27	31	41	25	24	23
Großbritannien	Mill. EUR	240	279	303	292	274	314	285	309	290
Irland	Mill. EUR	12	14	14	19	24	24	23	19	22
Italien	Mill. EUR	218	224	243	232	183	256	218	291	209
Niederlande	Mill. EUR	225	222	202	234	204	334	275	261	242
Österreich	Mill. EUR	148	155	161	155	117	175	175	170	135
Schweden	Mill. EUR	63	70	74	71	58	79	76	73	68
Spanien	Mill. EUR	172	194	224	211	169	202	198	195	200
Portugal	Mill. EUR	33	32	38	33	28	34	30	33	25
* Afrika	Mill. EUR	98	105	113	85	141	145	116	127	142
* Amerika	Mill. EUR	530	553	640	518	580	589	585	466	564
darunter nach USA	Mill. EUR	342	386	472	368	434	419	417	321	432
* Asien	Mill. EUR	563	591	637	565	591	604	540	575	562
darunter nach China	Mill. EUR	147	162	171	137	155	137	120	142	123
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	33	28	28	34	29	30	32

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 599	2 666	2 748	2 590	2 516	2 975	2 987	3 165	2 645
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	270	266	237	283	249	261	306	268
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 222	2 281	2 363	2 217	2 119	2 522	2 409	2 653	2 159
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	44	41	45	40	33	41	34	38	34
* Halbwaren	Mill. EUR	310	293	324	337	252	339	224	204	205
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 868	1 947	1 994	1 840	1 834	2 142	2 151	2 411	1 921

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2013	2014			2015					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	537	550	536	523	541	640	555	527	408
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 331	1 397	1 459	1 317	1 293	1 502	1 596	1 884	1 513
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 911	1 983	2 061	1 966	1 921	2 226	2 162	2 097	1 991
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 680	1 726	1 858	1 687	1 666	1 987	1 961	1 927	1 813
Belgien	Mill. EUR	297	290	310	306	265	367	280	286	241
Luxemburg	Mill. EUR	42	45	45	46	37	52	50	50	42
Dänemark	Mill. EUR	18	19	20	19	17	21	25	21	19
Finnland	Mill. EUR	7	8	10	8	13	12	13	13	13
Frankreich	Mill. EUR	241	244	247	226	225	239	295	269	268
Griechenland	Mill. EUR	9	8	8	6	8	8	8	6	7
Großbritannien	Mill. EUR	99	111	116	105	88	124	109	109	91
Irland	Mill. EUR	21	25	39	11	76	10	69	90	180
Italien	Mill. EUR	163	163	169	148	156	150	176	170	139
Niederlande	Mill. EUR	255	260	311	289	264	347	286	251	246
Österreich	Mill. EUR	84	86	91	84	93	110	120	136	124
Schweden	Mill. EUR	41	43	47	45	36	52	47	43	43
Spanien	Mill. EUR	109	105	115	91	103	125	114	113	100
Portugal	Mill. EUR	16	15	17	14	9	17	17	16	15
* Afrika	Mill. EUR	70	51	43	31	35	31	30	32	30
* Amerika	Mill. EUR	251	243	231	226	234	273	391	639	259
darunter aus USA	Mill. EUR	186	173	149	180	187	195	320	551	198
* Asien	Mill. EUR	363	385	409	363	321	442	400	393	360
darunter aus China	Mill. EUR	161	164	165	149	152	187	173	198	162
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	5	4	4	4	4	4	5

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 017	...	2 620	2 477	3 441	2 848	2 622	2 475	3 205
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	...	423	395	562	446	424	458	505
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 005	...	1 780	1 594	2 153	1 890	1 742	1 480	2 068
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 985	...	2 569	3 951	3 574	2 763	2 748	3 875	3 283
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	452	...	346	621	534	382	371	586	517
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 027	...	1 810	2 845	2 383	1 905	1 934	2 750	2 153

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	567	524	426	478	431	467	508	453	402
davon										
* Unternehmen	Anzahl	90	81	47	85	70	76	62	68	36
* Verbraucher	Anzahl	354	320	283	272	250	268	326	272	244
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	105	78	111	103	99	101	100	91
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	20	19	18	10	8	24	19	13	31
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	91	96	106	60	81	106	63	102	43

Handwerk²

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,7	98,6	98,1	100,2	98,3	97,8	98,2	99,9	98,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	100,0	101,4	101,0	104,0	114,0	85,5	103,1	107,7	117,5

Preise

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	106,8	107,0	105,7	106,7	107,1	107,0	106,3	106,7	107,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	104,8	106,3	105,6	105,7	105,7	106,8	107,1	107,2	107,3

Verdienste⁷

	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 907	3 472	3 491	3 524	3 496	3 576	3 576	3 612
* Frauen	EUR	3 266	3 372	3 021	3 052	3 062	3 082	3 122	3 131	3 154
* Männer	EUR	4 009	4 121	3 651	3 665	3 707	3 660	3 756	3 755	3 796
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 205	7 434	6 360	6 403	6 456	6 427	6 531	6 566	6 636
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 405	4 506	4 053	4 097	4 126	4 086	4 156	4 181	4 209
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 235	3 319	2 975	2 993	3 013	2 989	3 062	3 058	3 088
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	2 756	2 470	2 487	2 514	2 464	2 572	2 574	2 586
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 030	2 111	1 921	1 946	1 957	1 910	2 021	2 024	2 031

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 175	4 282	3 716	3 729	3 767	3 680	3 816	3 806	3 863
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 001	3 877	3 587	3 616	3 643	3 390	3 460	3 519	3 527
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 353	4 472	3 836	3 840	3 887	3 836	3 948	3 919	3 984
* Energieversorgung	EUR	(5 040)	5 168	4 462	4 456	4 487	4 408	4 456	4 528	4 552
* Wasserversorgung ²	EUR	3 473	3 372	3 230	(3 275)	3 260	3 139	3 145	3 130	3 204
* Baugewerbe	EUR	3 257	3 351	3 090	3 140	3 128	2 923	3 187	3 241	3 226
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 551	3 671	3 312	3 336	3 366	3 380	3 423	3 431	3 456
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 275	3 496	3 019	3 032	3 078	3 186	3 219	3 241	3 265
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 748	2 905	2 608	2 600	2 614	2 683	2 726	2 731	2 743
* Gastgewerbe	EUR	(2 078)	2 219	1 986	1 978	1 979	2 057	2 085	2 104	2 161
* Information und Kommunikation	EUR	5 049	5 209	4 663	4 632	4 672	4 683	4 752	4 722	4 759
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 902	5 184	4 114	4 154	4 231	4 314	4 321	4 346	4 391
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 947	/	(3 849)	(3 838)	(3 857)	(3 419)	(3 409)	(3 470)	(3 605)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 823	5 031	4 190	4 223	4 216	4 314	4 401	4 366	4 422
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 160)	2 274	2 080	2 095	2 118	2 129	2 183	2 200	2 228
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 536	3 642	3 389	3 469	3 504	3 492	3 531	3 561	3 542
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 132	4 249	4 035	4 079	4 050	4 110	4 136	4 202	4 163
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 693	3 783	3 473	3 485	3 514	3 514	3 555	3 567	3 588
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 734	(3 587)	(3 339)	(3 362)	(3 645)	(3 354)	(3 330)	3 257	(3 392)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 272	3 295	3 064	3 108	3 126	3 056	3 082	3 088	3 138

Geld und Kredit³

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	121 674	124 868	124 657	124 257	124 973	121 419	120 613	122 178	124 927
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 174	12 066	12 369	11 869	11 692	10 833	10 437	9 901	10 314

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2013	2014			2015			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 002	13 109	13 295	13 232	12 432	11 579	11 170	11 134	11 942
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 498	99 693	98 993	99 156	100 849	99 007	99 006	101 143	102 671
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	113 342	117 843	117 623	117 462	118 519	114 975	114 545	116 013	119 231
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	102 470	106 825	106 566	106 600	107 683	103 978	103 815	105 394	108 340
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 872	11 018	11 057	10 862	10 836	10 997	10 730	10 619	10 891
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 332	7 025	7 034	6 795	6 454	6 444	6 068	6 165	5 696

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	113 014	114 331	112 942	114 661	116 885	113 702	114 532	117 274	117 893
Sichteinlagen	Mill. EUR	51 536	55 411	53 933	56 215	58 309	56 724	58 709	62 506	63 055
Termineinlagen	Mill. EUR	26 577	25 128	25 226	24 928	24 903	24 002	23 215	22 608	22 434
Sparbriefe	Mill. EUR	6 639	5 817	5 884	5 687	5 637	5 335	5 147	4 995	4 833
Spareinlagen	Mill. EUR	28 262	27 976	27 899	27 831	28 036	27 641	27 461	27 165	27 571
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 380	111 895	110 550	112 240	114 475	111 316	112 080	115 084	115 837
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 492	108 955	107 716	109 307	111 133	108 838	109 442	112 439	112 962
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 888	2 940	2 834	2 933	3 342	2 478	2 638	2 645	2 875
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 634	2 436	2 392	2 421	2 410	2 386	2 452	2 190	2 056

Steuern

Einheit	2013	2014		2015				2016	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 515	3 652	4 767	3 143	3 805	4 075	4 883	3 470	4 303
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 104	1 158	2 215	810	829	1 155	1 832	887	1 360
Lohnsteuer	Mill. EUR	761	795	971	664	1 087	1 090	1 015	662	1 133
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	149	156	-	-	495	481	-	-	529
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	157	166	598	35	15	5	427	46	50
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	72	102	356	53	20	73	129	52	21

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	29	8	46	55	44	8	36	51
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	16	15	-	-	38	37	-	-	47
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	83	66	281	11	- 348	- 57	254	91	106
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 4	6	-	-	- 340	- 41	-	-	18
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 411	2 494	2 552	2 333	2 976	2 920	3 050	2 584	2 943
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	499	504	494	701	575	615	549	658
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 931	1 995	2 048	1 839	2 275	2 344	2 436	2 035	2 285
Zölle	Mill. EUR	184	203	194	179	249	224	211	196	246
Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	180	51	40	65	162	54	45
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	65	12	7	31	66	11	7
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	49	115	39	32	34	96	43	38
Landessteuern	Mill. EUR	66	75	76	101	47	71	83	66	68
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	26	27	49	- 4	23	30	14	19
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	31	32	31	34	35	34	35	32	32
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	14	15	12	10	14	16	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	2	2	2	3	2

Einheit	2013	2014			2015					
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	603	597	655	599	611	571	688	660	672
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	125	130	141	144	121	123	139	154	124
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	458	445	491	430	469	427	523	479	523
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	15	18	17	19	17	17	21	21	21

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2013	2014				2015				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	909	925	1 017	919	1 172	672	1 072	1 008	1 336	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	379	369	425	346	325	412	446	385	358
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	348	363	391	361	632	110	416	394	736
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	37	41	39	43	74	5	45	48	94

Einheit	2013	2014		2015				2016		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	851	880	1 527	775	750	964	1 230	830	1 032
Landessteuern	Mill. EUR	66	75	76	101	47	71	83	66	68
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	418	442	870	348	277	431	687	387	529
Lohnsteuer	Mill. EUR	262	277	297	283	408	400	314	282	424
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	67	71	254	15	7	2	181	20	21
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	34	48	175	25	13	37	61	24	8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	13	4	20	24	19	3	16	23
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	33	141	6	- 174	- 28	127	45	53
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	344	342	524	321	422	459	396	385	419
Umsatzsteuer	Mill. EUR	255	252	420	247	351	288	285	288	345
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	89	90	104	74	72	171	111	97	74
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	15	1	1	1	17	- 2	4
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	5	0	0	0	6	- 1	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	11	31	2	2	2	34	- 4	9
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	6	1	0	0	7	- 1	2
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 845	1 881	2 499	1 592	1 880	2 053	2 546	1 709	2 080
Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	180	51	40	65	162	54	45
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	480	505	989	349	328	492	807	387	587
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 246	1 285	1 315	1 191	1 512	1 495	1 560	1 270	1 443
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	15	1	1	1	17	- 2	4

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im März 2016

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Menschen mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014
Kennziffer: A1083 201400

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Gemüse und Erdbeeren 2015
Kennziffer: C1053 201500

Bestockte Rebflächen 2015
Kennziffer: C1073 201400

Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2015
Kennziffer: C1113 201500

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2015
Kennziffer: D1013 201500

Gewerbeanzeigen im Dezember 2015
Kennziffer: D1023 201512

Insolvenzen 2015
Kennziffer: D3013 201500

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Januar 2016
Kennziffer: E1033 201601

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2015 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201500

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2016
Kennziffer: E1113 201601

Bauhauptgewerbe 2015 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201500

Bauhauptgewerbe im Dezember 2015 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201512

Ausbaugewerbe 2015 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Kennziffer: E3013 201500

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2015 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201544

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2015
Kennziffer: E5013 201500

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2015
Kennziffer: E5023 201544

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2015
Kennziffer: G1013 201500

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2015
Kennziffer: G1023 201512

Aus- und Einfuhr im Dezember 2015
Kennziffer: G3023 201512

Aus- und Einfuhr 2015 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201500

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2015
Kennziffer: G4013 201500

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2015
Kennziffer: H1023 201512

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2015
Kennziffer: J1033 201544

Sozialleistungen

Kinder- und Jugendhilfe – Teil III.1/Teil III.3 Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2015
Kennziffer: K1073 201500

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 4. Vierteljahr 2015 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201544

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der öffentlich

bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am 31. Dezember 2014
Kennziffer: L3013 201400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Februar 2016
Kennziffer: M1013 201602

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2015
Kennziffer: Z1013 201512

Sonstige Veröffentlichungen

Flyer: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder – Kurzporträt – Datenangebot (Ausgabe 2016)

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe März 2016
Kennziffer: Z2201 201603

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015 – Reihe 1, Band 1 (Berechnungsstand: August 2015)
Kennziffer: A6215 201500

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2015 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: Februar 2016)
Kennziffer: A6225 201500

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2015 – Reihe 1 Län-

derergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2015)
Kennziffer: A6235 201504

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2015 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 (Berechnungsstand: August 2015/Februar 2016)
Kennziffer: P1215 201500

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2015 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2015/Februar 2016)
Kennziffer: P1225 201500

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5 (Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015, Ergebnisse der Revision 2014)
Kennziffer: P1255 201400

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: BASF SE
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte